

Auf gutem Kurs, Rheinland-Pfalz!

Regierungsprogramm 2011 - 2016

Inhaltsverzeichnis

Sozial und Demokratisch	4
1. Wir schaffen Chancen durch Bildung.....	6
Aufstieg durch Bildung	6
Bildung ist und bleibt ein öffentliches Gut	7
Die Kleinen sind in Rheinland-Pfalz ganz groß.....	7
Gebührenfreiheit von der Kindertagesstätte bis zum Hochschulabschluss	7
Frühkindliche Bildung stärken	8
Jugendarbeit macht stark und bildet.....	9
Fit im Medienzeitalter	9
Gute Bildung – Gute Chancen	10
Wir wollen offene Hochschulen und gute Bildungschancen	12
für Alle!.....	12
Gute Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre	13
Wir stärken die Hochschulen und sichern den Fachkräftebedarf	13
Weiterbildung stärken	15
Gebührenfreiheit fürs Erststudium.....	15
Innovationsfähigkeit und Technologietransfer stärken.....	16
2. Wir gestalten Wirtschaft – innovativ und stark.....	18
Menschen prägen Wirtschaft	19
Für eine starke Wirtschaft	20
Konversion zu einer integrierten Regional- und Strukturpolitik weiterentwickeln.....	21
Landwirtschaft mit Zukunft	23
Zukunftsfähige Mobilität	24
Rheinland-Pfalz gut angebunden	24
Verkehr in Rheinland-Pfalz: leise, sicher und schnell	25
Lebensgefühl XXL: Tourismus in Rheinland-Pfalz	26
3. Wir stehen für gute Arbeit	28
Gute Arbeit - gerechter Lohn	28
Die Zukunft der Arbeit – mit den Menschen für die Menschen	29
Tariftreue achten – Mitbestimmung stärken	29
4. Wir haben Energie	31
Energie sparen – Energieeffizienz steigern – erneuerbare Energien ausbauen	32
Starke Verbraucher, bessere Rechte.....	33
Tierschutz hat für uns einen hohen Stellenwert.....	34
Umweltschutz geht Alle an	34
Hochwasserschutz: Sicherheit an den Flüssen in Rheinland-Pfalz.....	36
5. Wir sind stark in der Medien- und Netzpolitik	38
Digitaler Zugang für alle.....	38
Netzneutralität im Internet sicherstellen	38
Freiheit im Netz schützen – Grenzen deutlich machen.....	38
Digitale- und Medienkompetenz stärken	39
Daten wirksam schützen – Verbraucherrechte stärken	40
Netzkriminalität bekämpfen.....	40
Die elektronische Verwaltung weiter ausbauen – Bürgerbeteiligung ermöglichen.....	41

Den Medienstandort Rheinland-Pfalz ausbauen	41
Das Duale Rundfunksystem in eine gute Zukunft führen	42
6. Wir garantieren Freiheit, Sicherheit und Recht.....	43
Sicher leben in Rheinland-Pfalz.....	43
Entschlossen gegenüber Extremisten.....	45
7. Wir stärken die Handlungsfähigkeit von Staat und Kommunen.....	47
Bürgerschaftliches Engagement: gemeinsam aktiv	47
Kommunale Handlungsfähigkeit stärken.....	48
Solide Finanzen - Gestaltungsspielräume nutzen – Schulden abbauen	49
8. Wir sind sozial, solidarisch und fair	51
Gutes Leben im Alter.....	51
„Leben wie Alle – mittendrin von Anfang an“	52
Integration vor Ort leben.....	52
Familienland Rheinland-Pfalz.....	53
Gute Gesundheitsversorgung im ganzen Land	55
9. Wir gestalten Heimat.....	57
Rheinland-Pfalz: ein Land voller Kultur.....	57
Kultur ist, wie man lebt.....	57
Jung sein in Rheinland-Pfalz.....	58
Sportpolitik ist Gesellschaftspolitik	58
Heimat mit Zukunft.....	59
Leben auf dem Land – gut versorgt und mobil	60
Politik für Deutschland und Europa.....	61
Gleichstellung von Lesben und Schwulen	62
Solidarisch und fair in der Weltgemeinschaft.....	62
10. Menschlich und kompetent: Die SPD in Rheinland-Pfalz.....	64

Sozial und Demokratisch

Auf gutem Kurs, Rheinland-Pfalz!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Rheinland-Pfalz ist ein starkes und erfolgreiches Land. Zu Recht sind die Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler stolz auf ihre Leistungen.

Sie haben von der SPD in Rheinland-Pfalz immer wieder Tatkraft und Einsatz gefordert. Wir haben gehalten, was wir versprochen haben. Wir arbeiten gerne für Sie und Rheinland-Pfalz.

Menschlich und kompetent.

Das Land hat sich gut entwickelt. Dies ist insbesondere Ihrer Schaffenskraft, Ihrer Kreativität zu verdanken.

Es ist aber nicht zuletzt das Ergebnis einer weitsichtigen, vernünftigen Politik, wie sie von Ministerpräsident Kurt Beck und den SPD-geführten Landesregierungen geprägt wurde.

Wir rheinland-pfälzischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit Mut entschieden, was morgen noch zählt. Rheinland-Pfalz besitzt ein hohes Maß an Dynamik. Die Weichen sind richtig gestellt. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen das Land in eine erfolgreiche Zukunft führen.

Vor uns liegen neue Aufgaben. Wir werden sie tatkräftig und kompetent angehen. Dabei ist Soziale Gerechtigkeit der Maßstab unseres Handelns. Nur in einer als gerecht empfundenen Gesellschaft stehen Menschen füreinander ein. Freiheit bedeutet für uns auch, dass Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

In Rheinland-Pfalz leben wir eine Kultur der Fairness und der Solidarität. Die SPD steht für Aufstieg und wirtschaftliche Vernunft, für Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, für gute und zukunftsfähige Arbeit und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist in allen Bereichen durchgängiges Prinzip unserer Politik.

Nur mit einem Gefühl der Sicherheit können sich Ideenreichtum und Schaffensdrang, Leistung und Solidarität voll entfalten. Nur ein handlungsfähiger Staat kann dies gewährleisten. Wer alles nur dem Markt und dem Wettbewerb überlässt, zerstört den sozialen Zusammenhalt. Profitgier macht uns nicht glücklich. Wir brauchen Familie, Heimat, privates Glück, Respekt, Anerkennung und ein gutes Auskommen mit unserer täglichen Arbeit.

Wir sind uns der Herausforderungen dieses Jahrzehnts bewusst: des demografischen Wandels, des Ausbaus der Bildungs- und Wissenschaftsgesellschaft, der Globalisierung und des Klimawandels und nicht zuletzt der Sicherung des sozialen Zusammenhalts und eines handlungsfähigen Staates.

Bei den rheinland-pfälzischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können Sie sich darauf verlassen:

Bildung steht bei uns hoch im Kurs.

Bildung ist mehr als das Vermitteln von Wissen. Bildung wirkt persönlichkeitsbildend. Wir wollen selbstbewusste und eigenverantwortlich handelnde junge Menschen. Bildung ist der Schlüssel für eine Zukunft in Wohlstand und Sicherheit. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass Menschen ihre individuellen Lebensziele verwirklichen können. Sie ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass die rheinland-pfälzische Wirtschaft international konkurrenzfähig bleibt.

Wir werden die Bildungschancen für Alle weiter verbessern. Niemand soll ohne Abschluss sein. Frühkindliche Bildung, ausreichend Betreuungsplätze, leistungsfähige Schulen, eine sehr gute Unterrichtsversorgung, längeres gemeinsames Lernen, eine hohe Durchlässigkeit und ein kostenfreies Erststudium sind für uns der Maßstab dafür. Zur Verbesserung der pädagogischen Qualität wollen wir die demografische Dividende nutzen. Somit verbessern wir stetig die Rahmenbedingungen für Schule, Ausbildung, Beruf und Universität.

Unsere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sichert Arbeit für viele Menschen.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft besteht aus einer gesunden Mischung von klassischer Industrie und neuen Branchen, von großen Unternehmen und einem leistungsfähigen Mittelstand. Unsere Wirtschaft wandelt sich. Wir in Rheinland-Pfalz haben die Erfahrung, wie man Strukturwandel erfolgreich gestaltet. Wir werden starke Impulse für Zukunftstechnologien setzen. Wir wissen, dass Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit nur erhalten bleiben, wenn es gelingt, weiterhin genügend Auszubildende und Beschäftigte zu Fachkräften aus- und weiterzubilden.

Arbeit zu haben, bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben. Arbeit schafft unseren Wohlstand. Wir kämpfen für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und die Mitbestimmungsrechte in den Betrieben. Wir wollen den flächendeckenden Mindestlohn, Tariftreue und gleiche Löhne für Frauen und Männer.

Nur in einer sauberen Umwelt ist gutes Leben möglich.

Der nachhaltige Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen zeichnet unsere Politik aus. Rheinland-Pfalz - seine Menschen und seine Wirtschaft - brauchen eine stabile Energieversorgung.

Wir benötigen bezahlbare, sichere und umweltverträgliche Energiequellen ohne Atomkraftwerke. Wir wollen das energieeffizienteste Land in Deutschland werden. Wir setzen auf heimische Ressourcen, stärken damit ländliche Räume und fördern innovative Technologien. Weniger Energieverbrauch schont die Haushaltskasse der Familien.

Unsere Umweltpolitik verbindet Ökologie mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. Sie sichert Lebensqualität, schützt vor Umweltgefahren und gibt Impulse für Innovation und Beschäftigung. Rheinland-Pfalz verfügt über eine einzigartige Vielfalt an Kulturlandschaften. Diese für unsere Kinder zu erhalten und zu schützen, ist unsere Aufgabe.

Rheinland-Pfalz geht als ein modernes und sicheres Land erfolgreich ins neue Jahrzehnt. Wir wollen die **Kommunen stärken**. Sie sichern die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung unseres Zusammenlebens. Sie müssen in der Lage bleiben, für eine attraktive und serviceorientierte öffentliche Infrastruktur zu sorgen.

Mit diesem Programm stellen wir unsere Ideen für eine gute und gerechte Zukunft vor. Mit den Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzern wollen wir gemeinsam die Zukunft des Landes gestalten. **Menschlich und kompetent**. Dafür steht Ministerpräsident Kurt Beck.

Dafür steht die SPD in Rheinland-Pfalz.

Wir laden Sie ein, sich gemeinsam mit uns über unsere Ziele für die Jahre 2011-2016 zu unterhalten.

1. Wir schaffen Chancen durch Bildung

Aufstieg durch Bildung

Gleiche Bildungschancen für alle sind die Voraussetzung für gleiche Lebenschancen. Wir wollen bereits den Kleinsten den Einstieg in gute Bildung gewährleisten und allen den Aufstieg durch Bildung ermöglichen. Bildung ist eine wesentliche Bedingung für positive Lebensperspektiven, sie sichert individuelle Entfaltung und erhöht die Chancen zur Selbstverwirklichung eines jeden Einzelnen. Bildung hilft, die Welt zu verstehen, sie sichert die Teilhabe am demokratischen Gemeinwesen und auch am Arbeitsmarkt. Unser Bildungssystem will Begabungen entdecken und Talente fördern. Dabei gilt: Kinder müssen auch Kinder sein dürfen. Auf dieser Basis wollen wir Leistung bewerten.

Soziale Gerechtigkeit und hohe Leistungsfähigkeit sind bei uns in der Bildung kein Gegensatz, sondern bedingen einander. Wir wollen möglichst viele junge Menschen zu einem guten Abschluss führen, um ihnen in einem qualifizierten Beruf die **Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten** zu bieten, die Fachkräfte brauchen.

Bildungschancen und damit **Aufstiegsmöglichkeiten** dürfen nicht von sozialer Herkunft oder vom Geldbeutel abhängen. Deshalb ist Bildung in Rheinland-Pfalz von der Kindertagesstätte bis zum ersten Hochschulabschluss frei von Gebühren – weil die SPD als Regierungspartei gleiche Chancen schaffen will. Ein für alle Begabungen **durchlässiges Bildungssystem**, in dem allgemeine und berufliche Bildung gleichwertig und gleichberechtigt sind, hilft, alle Bildungspotentiale in unserer Gesellschaft auszuschöpfen.

Dies deckt den Fachkräftebedarf der Zukunft und erhält uns die

notwendige Wettbewerbsfähigkeit. Die Attraktivität eines Bildungsstandortes bestimmt den künftigen Erfolg von Betrieben, Regionen und Ländern mit. Um gute Fachkräfte wird es künftig einen harten Wettbewerb geben. Rheinland-Pfalz wird mit guter Bildung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und attraktiven Lebensbedingungen gut darauf vorbereitet sein.

Bildung ist und bleibt ein öffentliches Gut

Der Weg zu mehr Bildungschancen für alle führt über eine nachhaltige Stärkung der öffentlichen Bildungsinfrastruktur. Bestrebungen, Teile des Bildungssystems zu privatisieren, lehnt die SPD Rheinland-Pfalz nachdrücklich ab. Eine bedarfsdeckende Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur vor Ort ist entscheidende Voraussetzung für die Bildungsteilhabe aller Kinder, gerade auch für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Aus diesem Blickwinkel bleiben die von der schwarz-gelben Bundesregierung vorgelegten Ansätze zur Grundsicherung weit hinter den bildungs- und sozialpolitischen Erfordernissen zurück. Für uns ist der flächendeckende Ausbau der Schulsozialarbeit ein geeignetes Instrument, um die bildungs- und soziokulturelle Teilhabe zu unterstützen.

Die Kleinen sind in Rheinland-Pfalz ganz groß

Kinder sind in unserem Land willkommen, denn Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb brauchen sie heute beste Bedingungen für ihr Aufwachsen. Richtschnur unseres politischen Handelns sind die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Eltern. Deshalb füllen wir seit mehr als 15 Jahren das „**Aktionsprogramm Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz**“ mit Leben und auf seine Erfolge sind wir stolz. Kinderrechte haben in Rheinland-Pfalz Verfassungsrang und sie gehören auch ins Grundgesetz. Dafür setzen wir uns ein.

Mehr Menschen sollen sich für Kinder entscheiden können und dafür schafft die von der SPD gestellte Landesregierung gute Rahmenbedingungen. **Genügend Betreuungsplätze für Kinder** unter drei Jahren – dieser Aufgabe stellen wir uns und wir sind ehrgeizig: Bis zum Jahr 2013 werden wir das bundesweite Ziel, für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz anzubieten, übertreffen.

Die **Bildungspolitik** ist die **Kernkompetenz** der Länder im föderalen Staat. Die Landesregierung und die SPD-Fraktion im Landtag haben diese Kompetenz konsequent genutzt, um Vorbildliches zu gestalten. In Rheinland-Pfalz hat Bildung Priorität. Mit dem Programm „**Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an**“ hat das Land einen Schwerpunkt auf die frühe Förderung gelegt. Nur in Rheinland-Pfalz sind die Kindergärten seit August 2010 vollständig beitragsfrei, nur in Rheinland-Pfalz haben schon zweijährige Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Platz im Kindergarten. Das entlastet Eltern im Durchschnitt um rund 800 Euro im Jahr und schafft Sicherheit und Vertrauen. Dazu gehört auch, dass jedes Kind am Mittagessen teilnehmen kann - das garantiert die Landesregierung zusammen mit den Kommunen und Trägern.

Gebührenfreiheit von der Kindertagesstätte bis zum Hochschulabschluss – das ist einmalig in Deutschland, das gibt es nur in Rheinland-Pfalz.

Ein leistungsfähiges und attraktives Bildungssystem braucht das begründete Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Bei der Weiterentwicklung unseres Bildungssystems setzt die SPD deshalb auf die **Einbindung aller Beteiligten** und auf deren verantwortungsbewusstes Handeln. Ob bei der Einführung der Ganztagschule oder der Umsetzung der Schulstrukturreform: Der intensive Dialog mit den Beteiligten und ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Schülern, Eltern, Lehrkräften und Schulträgern haben die nötige Akzeptanz hergestellt und Blockaden vermieden.

Mit seinem **Ganztagschulprogramm** setzt Rheinland-Pfalz bundesweit Maßstäbe. Inzwischen gibt es über 550 Ganztagschulen überall im Land und weitere werden dazu kommen.

Mit der Realschule plus haben die SPD und die von ihr gestellte Landesregierung die Weichen für ein zweigliedriges und **aufstiegsorientiertes Schulsystem** gestellt, das längeres gemeinsames Lernen, eine stärkere individuelle Förderung und damit sozialen Aufstieg ermöglicht. Gute Anmeldezahlen für die neue Realschule plus belegen: Dieser Weg ist erfolgreich. Und er beruht

dank der frühzeitigen Einbeziehung von Eltern, Schülern, Lehrern und Schulträgern auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens.

An den **Gymnasien** in Rheinland-Pfalz erlangen Schülerinnen und Schüler in der Regel nach der Klasse 13 das Abitur. Das unterscheidet uns positiv von anderen Ländern, in denen die Schulzeit am Gymnasium vorschnell und ohne ausreichende Vorbereitung auf acht Jahre verkürzt wurde. Die SPD in Rheinland-Pfalz hat solche Hau-Ruck-Reformen im Bildungsbereich stets abgelehnt. Wir sind nicht gegen eine Verkürzung der Gymnasialzeit – sie muss aber sorgfältig umgesetzt werden. Deshalb gibt es in Rheinland-Pfalz das achtjährige Gymnasium (G8) nur in Verbindung mit der Ganztagschule und nur, wenn Eltern, Lehrer und Schulträger dies wünschen. In dieser Politik wurden wir bestätigt!

Eltern haben eine große Mitverantwortung für die Bildung ihrer Kinder. Wir wollen sie dabei auch finanziell so gut wie möglich unterstützen. Der Beitragsfreiheit von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule, den gebührenfreien Ganztagschulen und der Entlastung vieler Eltern von den Kosten der Schülerbeförderung fügen wir nun den **flächendeckenden Ausbau der Schulbuchausleihe** und weitere Verbesserungen bei der Schülerbeförderung hinzu. Von der 1. Klasse bis zum Schulabschluss werden die Eltern dabei von bis zu zwei Dritteln der Bücherkosten entlastet. Und selbstverständlich bleibt es dabei: Eltern, die besonders belastet sind, erhalten alle Lernmittel komplett frei. **Die Schülerbeförderung wird familienfreundlich weiterentwickelt.** Nach der Realschule plus entfällt zukünftig auch der Eigenanteil für die Sekundarstufe I der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschulen. Die Schülerbeförderung erfolgt von der 1. bis zur 10. Klasse komplett kostenfrei.

Die SPD in Rheinland-Pfalz und die von ihr getragene Landesregierung setzen also auch in finanzieller Hinsicht klare Schwerpunkte zugunsten der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern: Alleine in den letzten 5 Jahren sind die Ausgaben für Bildung in Rheinland-Pfalz um 600 Millionen Euro gestiegen. Auch das ist ein wichtiger Baustein unserer Politik für Chancengleichheit und Aufstiegsorientierung.

Gute Schulen haben engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Damit das so bleibt, hat die Landesregierung die **Lehrerbildung** grundlegend reformiert und an den Universitäten und Studienseminaren in Rheinland-Pfalz ein duales Studienkonzept umgesetzt, das Praxis und Theorie besser miteinander verbindet.

Auch Investitionen in die **Bildungsinfrastruktur** sind nachhaltige Investitionen in die Zukunft des Landes: Mit dem Sonderprogramm „Für unser Land: Arbeitsplätze sichern – Unternehmen unterstützen – nachhaltig investieren“ wurden die Gebäude und die Ausstattung von Kindertagesstätten, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, Hochschulen und Forschungsstätten erheblich verbessert. Rund 2.100 Projekte mit einem Investitionsvolumen von über 530 Millionen Euro hat das Land gefördert und damit Verbesserungen in allen Regionen erreicht.

Frühkindliche Bildung stärken

Rheinland-Pfalz steht bei der Bildung der Kleinsten ganz oben. Sowohl bei der Betreuungsrelation in Krippen als auch bei der Anzahl der Kinder pro Betreuungsperson in Kindergartengruppen belegt unser Land im bundesweiten Vergleich Spitzenplätze. Wir werden Vorreiter bleiben.

Unser Weg zu einer besseren frühkindlichen Förderung ist noch nicht zu Ende: Ab 2013 bereits sollen Eltern von **einjährigen Kindern einen Rechtsanspruch** auf einen Betreuungsplatz haben. Dies wird weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen, kirchlichen und freien Trägern geschehen.

Wir schätzen die **Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher**. Sie genießen eine moderne Ausbildung, bilden sich engagiert fort und können sich an der Fachhochschule Koblenz weiterqualifizieren. Diese Chancen wird eine SPD-geführte Regierung ausbauen, finanziell unterstützen, sowie die Ausbildungsmöglichkeiten erhöhen. Im Süden unseres Landes werden wir

einen weiteren Studiengang einrichten. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Tagespflegepersonen weitere Qualifizierungsangebote zur Verfügung gestellt werden.

Die Kindertagesstätten in unserem Land sind wichtige **frühkindliche Bildungseinrichtungen**. Sie sind Orte für frühkindliche Neugier und kindlichen Forscherdrang und stellen so wichtige Weichen für den weiteren Lebensweg. Gute Bildungs- und Betreuungsangebote und eine gezielte Sprachförderung sind die besten Voraussetzungen, damit später jedes Kind optimale Bildungschancen hat. Bei uns erhält jedes Kind im Kindergarten eine kontinuierliche Sprachförderung, die bei Bedarf intensiviert und konsequent in der Schule fortgesetzt wird. Jedes Kind in Rheinland-Pfalz soll bei der Einschulung über gute Deutsch-Kenntnisse verfügen.

Dazu gehört auch, dass der **Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule** stimmt. Dann macht Lernen weiterhin viel Spaß.

Wir wollen die Angebote der Sprachförderung und der Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Schulen weiter ausbauen und vertiefen.

„Leben wie Alle – mittendrin von Anfang an“ das ist das Motto in der Politik für Menschen mit Behinderung. Deshalb setzten wir uns dafür ein, dass **behinderte Kinder** in Regelkindergärten oder in integrativen Kindergärten aufgenommen werden.

Jugendarbeit macht stark und bildet

Mehr als 20 Jugendorganisationen – von der Jugendfeuerwehr, der Gewerkschaftsjugend bis zu den kirchlichen Organisationen – sind im Landesjugendring zusammengeschlossen. Sie sind ein wichtiger und starker Partner für die Jugendarbeit und das Ehrenamt im Land. Persönliche Stärken erfahren und Fähigkeiten ausbauen, Selbstbewusstsein tanken – das lernt man auch in der aktiven Jugendarbeit. Hier können Jugendliche ihre „Kompetenzen checken“ und das zum Wohle der Gemeinschaft. Die Jugendorganisationen machen nicht nur Angebote für ihre Mitglieder, sondern organisieren attraktive Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Wir werden den Jugendverbänden auch zukünftig dabei helfen, dass die Teilnahme nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Wir werden den **Ausbau der Angebote unterstützen** und dafür Sorgen tragen, dass sie allen Kindern und Jugendlichen offen stehen. Jugend braucht – im wahrsten Sinne des Worts – auch Raum zur zweckfreien und kreativen Nutzung.

Unsere **Demokratie lebt vom Engagement** gerade auch der Jugendlichen. Die Schülervvertretungen in den einzelnen Schulen und auch die Landesschülervvertretung werden weiter auf die Unterstützung der SPD zählen können. Die SPD wird außerdem die **Rechte von Schülerinnen und Schülern und Eltern** konsequent weiter stärken, auch in Hinblick auf die innerschulischen Gremien. Gute, moderne Bildung bedeutet auch, dass Kinder und Jugendliche schon frühzeitig die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung erlernen können. Wir setzen uns daher für mehr Möglichkeiten der Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements an Schulen und Kindertagesstätten ein. Mit vielfältigen Programmen und Initiativen - wie beispielsweise dem jährlich stattfindenden landesweiten **Demokratietag** - trägt die Landesregierung Ideen und Projekte in die Breite, die **demokratische und bürgerschaftliche Erziehung und Bildung** fördern. Diesen Weg gehen wir weiter. Auch in den Kommunen gibt es zahlreiche gute Beispiele für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen. Die SPD will diese Möglichkeiten ausbauen. **Jugendliche** in Rheinland-Pfalz **sollen ab 16 Jahren kommunale Räte und den Landtag mitwählen** können.

Fit im Medienzeitalter

Medienkompetenz ist heute eine ebenso wichtige Schlüsselqualifikation wie Lesen, Rechnen und Schreiben. Wir halten Schritt mit der Entwicklung neuer Medien und machen Kinder und Jugendliche fit im Umgang damit. **Mediencoats** in der Schule, **Medienerziehung** durch und in der Jugendarbeit, eine bessere **Ausstattung** mit neuen Medien in der Schule, im Jugendzentrum – das kommt an bei jungen Menschen. Wir wollen auch die Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte besser in die Lage versetzen, Kinder auf Chancen und Risiken der Medien

vorzubereiten. Das erfolgreiche Programm „**Medienkompetenz macht Schule**“ soll Schritt für Schritt auf alle Schulen übertragen werden.

Gute Bildung – Gute Chancen

Wir stehen in Rheinland-Pfalz gut da! Das zeigen uns nationale und internationale Studien. Unsere Schulen schneiden immer im oberen Drittel ab, aber wir wollen noch besser werden. Täglich setzen sich **Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer mit großem Engagement** für die Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen ein. Durch mehr gemeinsame Fortbildungen wollen wir diese intensive Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen verstärken, die Sprachförderung in den Kindertagesstätten wird noch früher einsetzen und nahtlos in der Schule fortgeführt.

Wir werden die Rahmenbedingungen für einen guten Unterricht weiter verbessern, damit mehr Zeit bleibt, um sich um die Stärken und Schwächen von Kindern zu kümmern. Auch die Zahl der Klassenwiederholer wollen wir weiter deutlich senken. Individuelle Förderung richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler. Kinder und Jugendliche mit **Migrationshintergrund** haben viele Fähigkeiten, die noch nicht ausreichend geschätzt und gefördert werden. Gezielte Sprachförderung, muttersprachlicher Unterricht und mehr interkulturelle Kompetenz sind wichtige Beiträge, damit Schülerinnen und Schüler ihre Chance auf einen bestmöglichen Schulabschluss nutzen können.

Der gemeinsame Unterricht von **Kindern mit und ohne Behinderungen** hat in Rheinland-Pfalz eine erfolgreiche Entwicklung genommen. Rheinland-Pfalz hat die zweitniedrigste Förderschulquote aller Länder. An 193 Schwerpunktschulen stehen über 500 Stellen zusätzlich zur Verfügung. Auch unsere Förderschulen stellen die gleichberechtigte Teilhabe in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Wir wollen die **sonderpädagogische Kompetenz an Schwerpunktschulen und Förderschulen** noch stärker nutzen, damit alle Kinder optimal gefördert werden und das Schulsystem so weit wie möglich ohne Barrieren besuchen können. Wir fühlen uns dabei der **UN-Behindertenrechtskonvention** und dem dort formulierten Leitbild der vollen Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben verpflichtet.

Egal, ob jemand schneller oder langsamer lernt – Jugendliche in

Rheinland-Pfalz brauchen einen **Schulabschluss**. Schon heute besser zu sein als der Bundesschnitt, das ist uns zu wenig. **Unser Ziel bleibt: Keiner ohne Abschluss**. Frühzeitig und kontinuierlich zu fördern, statt später teuer nachzuqualifizieren, nach diesem Grundsatz handeln wir. Dazu leisten auch die Berufsbildenden Schulen einen wichtigen Beitrag. Deshalb bauen wir auch die Schulsozialarbeit aus. Kinder und Jugendliche sollen immer einen Ansprechpartner für ihre kleinen und großen Sorgen haben. Schulsozialarbeit leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention in unseren Schulen.

Die demographische Entwicklung wird unweigerlich zu einem Rückgang der Schülerzahlen führen. Statt diese Veränderung zu beklagen, werden wir sie zum Wohle der Schülerinnen und Schüler als Vorteil nutzen, indem wir die pädagogische Qualität verbessern und die Betreuungsrelationen, z.B. durch geringere Klassenmessenzenzahlen, erhöhen. Mit **kleineren Klassen und zusätzlicher Förderung** werden wir dafür sorgen, dass niemand zurückbleibt. Unser **Stufenplan für kleinere Klassen**: Ab dem Schuljahr 2011/12 wird die Klassengröße in den Grundschulen auf maximal 24 Kinder gesenkt; beginnend mit dem ersten Schuljahr. 2013 und 2015 folgt in jeweils zwei Schritten die Reduzierung der Klassenmessenzenzahl in der Orientierungsstufe und in den Berufsfachschulen auf 25 Schülerinnen und Schüler. Und wir stehen weiter zu unserem Versprechen: kurze Beine, kurze Wege. Wir lassen die Grundschule nahe am Zuhause der Kinder. Ein Schulschließungsprogramm wird es mit uns nicht geben.

Mit der **Realschule plus** hat die Landesregierung eine neue Schulart geschaffen, die gleichberechtigt mit Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen für ein wohnortnahes und aufstiegsorientiertes Schulangebot sorgt. Unser Bekenntnis zu mehr Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit finden die Bürgerinnen und Bürger nicht in Sonntagsreden, sondern in

praktischer Politik. Deshalb halten wir die Schullaufbahn möglichst lange offen und erhöhen die Durchlässigkeit zwischen den Schularten. So wird der **individuelle Aufstieg** für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Diese Aufstiegschancen wollen wir noch erweitern, indem an den Realschulen plus in den nächsten Jahren Fachoberschulen errichtet werden, um einen weiteren Zugang zu höheren Abschlüssen zu ermöglichen. Nah zur **beruflichen Praxis** können hier Jugendliche die **Fachhochschulreife** erwerben und haben so einen guten Einstieg in eine Ausbildung oder ein Studium. Und auch die Berufsbildenden Schulen mit ihrem breitgefächerten Angebot bieten optimale Anschlussmöglichkeiten bis hin zur allgemeinen Hochschulreife.

Die **Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung** ist Basis für sozialen Aufstieg und wirtschaftlichen Erfolg. Wer gut im Beruf ist, der kann in Rheinland-Pfalz auch ohne Abitur an einer Hochschule studieren. Damit setzen wir den Verfassungsauftrag um. Um die **Durchlässigkeit** zwischen beruflicher und hochschulischer Fortbildung noch weiter zu erhöhen, werden wir wo möglich Hochschulstudiengänge und verwandte berufliche Fortbildungsabschlüsse analysieren und gegenseitige Anrechnungsmöglichkeiten festlegen.

Berufliche Qualifizierung ist ein zentraler Abschnitt im Leben; die Berufsbildenden Schulen vermitteln Jugendlichen das Rüstzeug für ihre berufliche Karriere und halten Bildungslaufbahnen offen. Wer seine Fachkenntnisse erweitern und seine Aufstiegschancen verbessern will, dem werden auch in Zukunft die **vielfältigen Angebote der Berufsbildenden Schulen** offenstehen. Dabei hat sich eine intensive **Lernortkooperation** zwischen Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen bewährt.

Berufsorientierung gehört zur schulischen Allgemeinbildung und muss sich deshalb als Bindeglied zwischen Schule und Arbeitswelt in allen Schularten wiederfinden. Sie soll frühzeitig einsetzen und kontinuierlich, kompetent und individuell geleistet werden.

Die Rahmenvereinbarung des Landes mit den Kammern, der Bundesagentur für Arbeit und den Wirtschaftsverbänden soll weiterhin mit konkreten Maßnahmen genutzt werden, damit Schulabgängerinnen und Schulabgänger besser ins Berufsleben starten und die Betriebe und Unternehmen ihre Aufgaben bei Ausbildung und Qualifizierung erfüllen können. Der **Ovale Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung** unter Leitung von Ministerpräsident Kurt Beck sorgt dafür, dass die Landesregierung, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Arbeitsagenturen gemeinsam darauf hinwirken, dass jeder Jugendliche die beste Chance auf einen Ausbildungsplatz erhält. Wir wollen uns für aussagekräftigere Ausbildungsstatistiken stark machen. Wir stellen uns entschieden gegen die von Schwarz-Gelb forcierte Aufweichung des Jugendarbeitschutzgesetzes. Wir setzen uns für ein Recht auf Ausbildung ein. Heute bereits könnten Betriebe in der Lage sein, jedem jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Andererseits können wir die Ausbildungsmöglichkeiten des Landes ausweiten. Allen jungen Menschen im Land soll ein Ausbildungsplatz angeboten werden.

Die Sicherung einer sehr **guten Unterrichtsversorgung** an allen Schulen wird weiterhin im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Wir werben für den Lehrerberuf, die von uns gestellte Landesregierung bildet neue Lehrkräfte aus und stellt auch bei zurückgehenden Schülerzahlen weiter ein, weil das Land gutes Personal für den Unterricht braucht. Insbesondere in den Gymnasien und Berufsbildenden Schulen ist der Bedarf hoch. Die Studierendenzahlen sind bereits gestiegen und die SPD will mit ihrer Politik dafür sorgen, dass möglichst viele ihre Ausbildung erfolgreich abschließen können. Dazu gehört auch der weitere Ausbau von Seminarplätzen für das Referendariat.

Wir verbessern die **Aufstiegsmöglichkeiten für engagierte Lehrkräfte**. Die SPD hat dafür gesorgt, dass erstmals alle Lehrämter Aufstiegsmöglichkeiten haben und vor allem die Schulleitungen an Grundschulen besser besoldet werden. Mit einem neuen pädagogischen Landesinstitut intensiviert die SPD-geführte Landesregierung die Fortbildung, sorgt dafür, dass innovative Unterrichtskonzepte in unseren Schulen zur Selbstverständlichkeit werden und Lehrkräfte besser auf ihre Leitungsverantwortung vorbereitet werden.

Die bundesweite Vorreiterrolle unseres Landes bei den **Ganztagschulen** soll nach dem Willen der SPD weiter ausgebaut werden. Unser Ziel ist es, dass bis zum Jahre 2016 jede zweite Schule

ein Ganztagsangebot hat. Für uns bedeutet Ganztagschule viel mehr als Betreuung, sie ist ein pädagogisches Konzept, das Unterricht, Förderung und Freizeitangebote verbindet, die Schule in einen Lebensraum verwandelt, in dem mit Freude

gelernt, individuell gefördert, gelebt und gespielt wird. Die hervorragende Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern aus Vereinen, Kirchen, Unternehmen und Sozial- und Jugendverbänden soll fortgesetzt werden. Kinder haben viele Talente und sie brauchen Zeit und Räume, um sie entfalten zu können. Das bieten die Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz, aber auch die speziellen Angebote an den Entdeckertagsgrundschulen und Schulen für Hochbegabtenförderung/Internationalen Schulen, dem Musikgymnasium, dem Sportgymnasium, den Eliteschulen des Sports, sowie dem neuen Kunstgymnasium in Alzey.

Und es bleibt dabei: Ein **warmes Mittagessen** in der schuleigenen Mensa gehört zu einer guten Ganztagschule dazu. Der Sozialfonds sorgt dafür, dass niemand davon ausgeschlossen wird.

Wir wissen um die **unterschiedlichen Bedürfnisse** von Jungen und Mädchen. Wir wollen, dass erfolgreiche Projekte wie das „Ada-Lovelace-Projekt“, das Mädchen über naturwissenschaftlich-technische Ausbildungsberufe und Studiengänge informiert, mit der SPD fortgeführt werden mit dem Ziel, noch mehr junge Frauen für diese Berufsfelder zu interessieren. Auch Jungen müssen spezielle Förderung in den Bereichen erhalten, in denen sie sie brauchen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf einen erfolgreichen Schulabschluss und in dem zentralen Bereich der Leseförderung. Damit wirklich alle gleiche Chancen haben.

Eine **vertrauensvolle Zusammenarbeit** zwischen Schulen und Eltern ist der Garant für ein erfolgreiches Lernen. Wir werden die Fortbildungen für engagierte **Elternvertretungen** ausbauen und dabei darauf achten, dass auch Eltern mit **Migrationshintergrund** sich verstärkt in Elternbeiräten und Elternvertretungen engagieren können.

Wir wollen offene Hochschulen und gute Bildungschancen

für Alle!

Mit uns hat sich Rheinland-Pfalz immer stärker zu einem **Land der Wissenschaft, Forschung und Technologie** entwickelt. Attraktive Hochschulstandorte und erfolgreiche Forschungsstätten prägen heute das Bild eines innovativen Landes.

Klug wurden die Chancen für **neue Standorte auf Konversionsflächen** zum Ausbau eines regionalen Angebots von Fachhochschulen genutzt. Wir wissen um die Bedeutung der Hochschul- und Forschungslandschaft für die gute Entwicklung eines starken Wirtschaftsstandortes und eines zukunftsfähigen Arbeitsmarktes. Die Attraktivität des Studienstandorts Rheinland-Pfalz stärkt den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz und gibt innovative Impulse für die Entwicklung unseres Landes.

Die **Hochschul- und Forschungslandschaft** in Rheinland-Pfalz steht vor großen Herausforderungen. In den nächsten Jahren werden geburtenstarke Jahrgänge ihr Recht auf gute Ausbildung in Anspruch nehmen wollen. Wir werden die Chance ergreifen und auch diesen jungen Menschen die Möglichkeit einer fundierten Hochschulbildung anbieten – und schaffen mit einer hochwertigen Qualifizierung vieler Menschen eine gute Grundlage für zukünftige Arbeitsplätze und Wohlstand in Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort profitiert in hohem Maße von der Zusammenarbeit der Forschungseinrichtungen mit der Wirtschaft. Diese weiter zu verbessern ist unser Ziel. In Rheinland-Pfalz entwickelte innovative Produkte sollen auch hier produziert werden.

In unserer heutigen Wissensgesellschaft bedeutet **Lernen und Weiterbilden** im Beruf mehr als je zuvor. Neben der Schulausbildung und der Erstausbildung wird von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwartet, dass sie sich im Beruf weiterqualifizieren, um dem Wandel in der Arbeitswelt gerecht werden zu können. Berufliches Wissen verlangt nach ständiger Erweiterung.

Berufliche und betriebliche Weiterbildung wird damit ein elementarer Baustein der Arbeitsplatzsicherung. Die SPD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass in Rheinland-Pfalz berufsbezogene und betriebliche Weiterbildung Bestandteil der Unternehmenskultur wird und damit die Chancen der Menschen auf einen sicheren Arbeitsplatz steigen. Dabei wissen wir die Gewerkschaften und Betriebsräte auf unserer Seite.

Auch die **individuellen Weiterbildungschancen** wollen wir stärken. Mit der Öffnung des Hochschulstudiums für beruflich Qualifizierte hat die von uns gestellte Landesregierung dazu einen entscheidenden Schritt getan.

Das Bildungsland Rheinland-Pfalz ist beim Ausbau der Hochschulen und von **Studienplätzen Vorreiter**. Das trägt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs bei. Die Hochschulen des Landes arbeiten zunehmend verzahnt mit der Wirtschaft, sie sind ein wichtiger Motor für Innovationen in der mittelständischen Unternehmenslandschaft. Von besonderer Bedeutung sind dabei die praxisorientierten Fachhochschulen, die mit 13 Standorten gerade auch regional wichtige Partner der Wirtschaft sind.

Gute Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre

In der laufenden Legislatur hat die Landesregierung den Ausbau unserer Hochschulen bereits massiv vorangetrieben.

- Für den Hochschulbau sind von 2006 bis 2011 rund 500 Millionen Euro aufgebracht worden. Die Fachhochschulen Koblenz und Mainz sind an komplett neue Standorte gezogen und an allen Universitätsstandorten wurden zusätzliche Flächen durch Neubauten geschaffen.
- Das 2005 gestartete **Sonderprogramm „Wissen schafft Zukunft“** wurde 2009 von 37,5 Millionen auf jährlich 80 Millionen Euro aufgestockt.
- Mehrere hundert zusätzliche Stellen wurden den Hochschulen zur Verfügung gestellt.

Diese Kraftanstrengungen sind notwendig. Deshalb werden wir uns auch in den kommenden fünf Jahren für den Ausbau der Studienplätze einsetzen und damit allen Studieninteressierten ein attraktives Angebot machen.

Im Februar 2010 hat der neuberufene **„Rat für Technologie für Rheinland-Pfalz“** seine Arbeit aufgenommen. Das 20-köpfige Gremium von ausgewiesenen Fachleuten aus der Wissenschaft und hochrangigen Repräsentantinnen und Repräsentanten aus der Wirtschaft wird eine SPD-geführte Landesregierung zukünftig in Fragen der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik beraten.

Schon jetzt hat die Landesregierung durch **den Pakt für Ausbildung und Fachkräftesicherung** ein deutliches Signal gesetzt. Wir wollen den bisher eingeschlagenen Weg der Zusammenarbeit aller Akteure bei der Berufsorientierung und der Ausbildung weiterführen und das regional und qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebot ausbauen.

Wir stärken die Hochschulen und sichern den Fachkräftebedarf

Die **Universität Mainz** ist inzwischen die **fünftgrößte Hochschule** in der Bundesrepublik. Die Anstrengungen um den Hochschul- und Forschungsstandort Mainz sind auch mit der Auswahl zur Stadt der Wissenschaften 2011 belohnt worden. Die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität ist mit über 7000 Beschäftigten inzwischen einer der größten Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz; durch gute Rahmenbedingungen hat sie einen Spitzenplatz in der medizinischen Forschung erlangt und steht trotz erheblichen Kostendrucks in der Gesundheitsversorgung als in öffentlicher

Hand geführtes Unternehmen auf ökonomisch gesunden Füßen und bietet sichere Arbeitsplätze. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Eine Privatisierung der Universitätsmedizin lehnen wir ab.

Beispielhaftes geschieht in **Kaiserslautern**, wo sich um wachsende Hochschulen herum eine ganze Reihe von **Forschungsinstituten** etabliert hat. Eine Vielzahl von neuen Unternehmensgründungen ist ebenso Ergebnis dieser Entwicklung wie das internationale Renommee der Wissenschafts- und Forschungsregion Kaiserslautern im Bereich der Mathematik und der Informationstechnologie.

Die **Universität Trier** nutzt ihren Standortvorteil und ihr ausgeprägtes geistes- und gesellschaftswissenschaftliches Profil als echte europäische Universität, als Zentrum grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Die **Universität Koblenz-Landau** steht bundesweit beispielhaft für die Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer, setzt aber auch neue Schwerpunkte in zukunftsträchtigen Bereichen.

Zur besseren **Vereinbarkeit von Familie und Studium** hat die von der SPD gestellte Landesregierung massiv in den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen an Hochschulstandorten investiert.

Allein seit 2006 sind in Rheinland-Pfalz 24 neue Gruppen direkt an Hochschulstandorten eingerichtet worden bzw. sind derzeit im Entstehen. Sie sind ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Studium und stärken die Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen. Deshalb wollen wir den Ausbau fortsetzen.

Diese Attraktivität zeigt sich gerade durch den Zuspruch der Studierenden: Rheinland-Pfalz gehört seit langem zu den wenigen westdeutschen Ländern, die **mehr Studierende aufnehmen als abgeben**. In keinem westdeutschen Flächenland ist die Zahl der Studienanfänger seit 2007 so stark gestiegen wie in Rheinland-Pfalz. Diese erfolgreiche Politik wollen wir fortführen.

Das **Sonderprogramm „Wissen schafft Zukunft“** wird mit uns über das Jahr 2013 hinaus weitergeführt werden. Für die Hochschulen bedeutet dies neben einer Verbesserung der finanziellen Grundausstattung insbesondere auch Planungssicherheit. Dies ermöglicht die Entwicklung und Umsetzung auch mittel- und langfristiger Konzepte in Forschung und Lehre. Und: Es schafft Freiräume. Die SPD steht für das vertrauensvolle Zusammenwirken zwischen Hochschulen und Landesregierung, deren Politik die Hochschulen in die Lage versetzt, die Betreuung der Studierenden kontinuierlich zu verbessern.

Die **Bauinvestitionen** im Hochschulbereich werden auf hohem Niveau weitergeführt. Dazu gehören auch die Neubauten der Fachhochschulen Kaiserslautern und Ludwigshafen.

In der zweiten Phase des **Hochschulpaktes** werden den Hochschulen in den Jahren 2011 bis 2016 rund 400 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Das sichert auch den geburtenstarken Jahrgängen ein qualitativ hochwertiges Studium. Um den Hochschulen Planungssicherheit zu geben, hat die Landesregierung das Sondervermögen zur Finanzierung der zweiten Phase des Hochschulpaktes noch einmal aufgestockt. Die SPD wird dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für unsere Hochschulen weiter verbessert werden. Dies wollen wir auch durch eine Stärkung ihrer finanziellen und personellen Autonomie erreichen. Mit dem neuen Hochschulgesetz werden die Gestaltungsmöglichkeiten der Hochschulen weiter flexibilisiert, mehr Aufgaben in die Verantwortung der Hochschulgremien gelegt und so die Eigenverantwortung ausgeweitet. So können die Hochschulen professioneller und schneller auf sich verändernde Rahmenbedingungen eingehen und moderne und effiziente Strukturen aufbauen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Vergütung von wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräften in Zukunft tarifvertraglich geregelt wird.

Wir werden dafür sorgen, dass im neuen Landespersonalvertretungsgesetz auch die Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräfte an den Hochschulen unseres Landes den Personalrat mitwählen darf und durch ihn auch vertreten wird.

Weiterbildung stärken

In unserer heutigen Wissensgesellschaft gewinnen Lernen und Weiterbilden eine immer größere Bedeutung im Beruf. Gerade berufliches Wissen verlangt nach ständiger Erweiterung. Wir wollen, dass die **Bedeutung der berufsbezogenen und betrieblichen Weiterbildung** stärker im Bewusstsein der Sozialpartner verankert wird, und werden dazu unseren Beitrag leisten. Damit werden die Chancen der Menschen auf einen sicheren Arbeitsplatz steigen.

Maßnahmen für eine zweite und dritte Chance werden wir auch in Zukunft unterstützen. Dazu gehören Programme gegen Analphabetismus genauso wie Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen. Mit den starken Weiterbildungsträgern in unserem Land wollen wir stabile **Weiterbildungsnetzwerke knüpfen und ein Programm zur Gestaltung regionaler Weiterbildungslandschaften** mit freien Trägern, Kommunen und der Wirtschaft initiieren. Zuverlässige Förderung, klare Informationen über die Weiterbildungsmöglichkeiten und der Ausbau der Weiterbildungsberatung – dies sind wichtige Voraussetzungen, um die Weiterbildungsbeteiligung in den kommenden Jahren zu erhöhen. Damit sichern wir Arbeitsplätze und den Fachkräftebedarf der Betriebe in unserem Land. Gerade für junge Menschen muss die Weiterbildung selbstverständlicher werden. Wir wollen deshalb überprüfen, ob die Bildungsfreistellung für Auszubildende erhöht werden kann.

Individuelle Weiterbildungschancen wollen wir stärken. Mit der Öffnung des Hochschulstudiums für beruflich Qualifizierte hat die Landesregierung einen entscheidenden Schritt getan.

Gebührenfreiheit fürs Erststudium

Die Entscheidung zum Studium darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Wir halten deshalb an der Gebührenfreiheit für das Erststudium fest. Das rheinland-pfälzische System der Studienkonten gibt gleichzeitig Anreize für ein zügiges Studium und für wissenschaftliche Weiterbildung.

Zum Ausbau der Hochschulen gehört eine stetige Verbesserung der Qualität der Lehre. Wir wollen auch weiterhin exzellente Konzepte der Lehre fördern und honorieren. Kein neuer **Bachelor- oder Masterstudiengang** geht an den Start, bevor er nicht von externen Sachverständigen begutachtet wurde. Wir werden die Hochschulen weiter dabei unterstützen, die Studienreform mit den neuen Bachelor - und Masterstudiengängen weiterzuentwickeln. Mit einem modernen Hochschulgesetz hat die von der SPD gestellte Landesregierung bereits einen verbindlichen Rahmen geschaffen, der die berechtigte Kritik der Studierenden an den Studienreformen aufgegriffen und Entwicklungen korrigiert hat. Wir wollen den Studierenden ein flexibles und so weit wie möglich selbstbestimmtes Studium ermöglichen – ohne Prüfungsflut oder verschulte Studiengänge. Und dazu gehört auch die Chance für Absolventen eines Bachelorstudiums, ein Masterstudium aufnehmen zu können.

Die SPD Rheinland-Pfalz bekennt sich zur Verantwortung des Staates, **die Studierenden finanziell zu fördern**, und will deshalb das Bafög weiter bedarfsgerecht ausbauen. Die Belange **behinderter Studierender** werden wir berücksichtigen. Neben der Barrierefreiheit in den Hochschulen gehört dazu vor allem, ihre besonderen Unterstützungsbedarfe zu beachten.

Zur wachsenden Bedeutung der Hochschulen gehört aus unserer Sicht ihre Öffnung zur Gesellschaft. Die Hochschulen sind Orte für alle Menschen mit akademischer Neugier, mit Faszination für das Grundsätzliche und Neue. Dies gilt unabhängig vom Lebensalter. Durch das neue Hochschulgesetz sind die Voraussetzungen für eine bundesweit einmalige **Öffnung der Hochschulen für Meister und gleichwertig beruflich qualifizierte Menschen ohne Abitur** geschaffen worden. Wir wollen diesen Studierenden optimale Chancen für die Erreichung des Studienerfolgs ermöglichen. Auch das hilft, den Fachkräftebedarf der Zukunft zu sichern. Dazu gehören entsprechende Brückenkurse und Schnupperangebote. Eine von der SPD getragene

Landesregierung wird dabei auch in Zukunft eng mit den Kammern der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Außerdem wollen wir **berufsbegleitende und duale Studiengänge weiter ausbauen** und unter der neuen Dachmarke „Duale Hochschule Rheinland-Pfalz“ bündeln.

Trotz erkennbarer Fortschritte ist das Ziel der **Chancengleichheit von Frauen und Männern** in Hochschule und Wissenschaft noch nicht erreicht. Der Anteil von Frauen an den Professuren ist noch immer viel zu gering. Deshalb werden wir ein Nachwuchsförderprogramm auflegen, das den speziellen Bedürfnissen von Frauen in der Wissenschaft entspricht.

Berufstätige sollen zur Unterstützung des lebenslangen Lernens Möglichkeiten der Teilnahme an der **wissenschaftlichen Weiterbildung** bekommen. Mit einer neuen Form der Kooperation der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien mit Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz ist ein gutes Fundament geschaffen worden.

Innovationsfähigkeit und Technologietransfer stärken

Der Transfer von Wissen, Ideen und Fachkräften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist ein wichtiger Faktor für die Innovationsfähigkeit unseres Landes. Wir machen eine Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik aus einem Guss. Sie beginnt bei der Grundlagenforschung und reicht vom **Wissens- und Technologietransfer** bis hin zur direkten Innovationsförderung von Unternehmen.

Mit der **Forschungsinitiative** für die Universitäten und Fachhochschulen unseres Landes hat die SPD-Landesregierung die Profilbildung und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen enorm gestärkt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Forschungsinitiative für Universitäten und Fachhochschulen fortgeschrieben werden. Die Forschungsinitiative trägt zu einer weiteren Profilbildung der einzelnen Standorte bei, ohne die wissenschaftliche Breite der Forschung und die große Palette der Fächer an den rheinland-pfälzischen Hochschulen von den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften über die Sozial-, Geistes- und Naturwissenschaften, die Human- und Zahnmedizin bis zur Musik, den Bildenden Künsten und dem Sport zu vernachlässigen.

Mit innovativen neuen Konzepten hat sich Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren bundesweit einen Namen gemacht. So hat die SPD-geführte Landesregierung gemeinsam mit der Johannes Gutenberg-Universität Mainz das **Max-Planck-Graduate-Center** geschaffen – ein einmaliges, attraktives Angebot für den exzellenten wissenschaftlichen Nachwuchs aus dem In- und Ausland. Mit dem **Helmholtz-Institut Mainz**, dem ersten gemeinsamen Institut dieser Art zwischen einer Hochschule und einem Helmholtzzentrum, wurde die Verbindung zu verschiedenen Großforschungseinrichtungen intensiviert. Dass die **Boehringer Ingelheim Stiftung** mit insgesamt 100 Millionen Euro die Errichtung und den Betrieb des Exzellenzzentrums für Lebenswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz fördert, belegt die Bedeutung der Hochschulforschung.

Mit den zahlreichen Neugründungen von Forschungseinrichtungen sind alleine hier in den letzten fünf Jahren rund 500 neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze entstanden. Mit der Ausgründung des neuen Spitzenforschungsinstituts im Bereich der Krebsforschung werden in Mainz in den nächsten fünf Jahren nochmals über 100 qualifizierte Medizinarbeitsplätze hinzu kommen. Und am Standort Kaiserslautern befindet sich das neue **Max-Planck-Institut für Softwaresysteme** im Bau. Die praktische Umsetzung unserer hochschul- und wissenschaftspolitischen Ideen durch die Landesregierung hat also dazu geführt, dass Investitionen in die Forschung den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt stärken.

Mit der weiteren Ansiedlung von Forschungsinstituten und dem Ausbau der Forschungsinfrastruktur wollen wir auch in Zukunft regionale Wachstumskerne fördern und Grundlagen für den Ausbau von fachlichen Netzwerken und regionalen Clustern aus Wissenschaft und Wirtschaft schaffen.

2. Wir gestalten Wirtschaft – innovativ und stark

Rheinland-Pfalz ist ein **starker und attraktiver Wirtschaftsstandort**,

an dem zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir werden dafür sorgen, dass dies auch so bleibt. Schon seit vielen Jahren stehen wir mit der drittniedrigsten Arbeitslosigkeit im Ländervergleich an der Spitze. Im ersten Halbjahr 2010 ist unsere Wirtschaft stark gewachsen. Auch hier belegt unser Land Platz 3 im Bundesländervergleich. Bei dem Anstieg der Erwerbstätigkeit liegt unser Land ebenfalls an der Spitze. Bei der Entwicklung von 1991 bis 2009 liegen wir bundesweit auf Platz 2.

Durch das schlüssige Ineinandergreifen unserer Politik ist Rheinland-Pfalz ein **erfolgreicher Industriestandort** und das Land des **modernen Mittelstandes**. Die Basis dafür ist das Zusammenwirken von Mittelständlern, Großunternehmen und der vielfältigen Dienstleistungsbranche, das wir fördern. Wir wollen Rheinland-Pfalz weiterhin fit halten für die neuen wissensbasierten Wirtschaftsbereiche und die neuen Exportmärkte in aller Welt. Damit Rheinland-Pfalz das Exportland bleibt, unterstützen wir die heimischen Unternehmen im europäischen Binnenmarkt und auf den Weltmärkten.

Die Industrie bleibt Fundament unserer Wirtschaft. Wir stehen für eine aktive Industriepolitik, die alle Beteiligten einbezieht. Die Industrie stellt viele gute Arbeitsplätze bereit. Im weltweiten Wettbewerb wird es weiterhin zu Produktionsverlagerungen und Schließungen kommen. Wir schützen die Beschäftigten und geben keinen Arbeitsplatz verloren.

Der Mittelstand ist unser Innovationsmotor. Er schafft und sichert wertvolle Chancen für die international orientierte Wirtschaft in Rheinland-Pfalz und gute Arbeit für die Menschen. In Industrie und Mittelstand finden Jugendliche gute Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven.

Ökonomie und Ökologie sind für uns keine Gegensätze. Umweltbewusstes

Wirtschaften sichert unsere Lebensgrundlage und schafft soziales Wachstum. Viele Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien haben ihren Firmensitz in Rheinland-Pfalz, weil sie hier ein verlässliches politisches Umfeld finden. Wir stehen für ein wirtschaftliches Wachstum, das für gute Arbeit sorgt, den sozialen Ausgleich stärkt und sich der ökologischen Verantwortung stellt.

Wir sichern die **Mobilität** im Land und in seinen ländlichen Räumen: Hochwertige Verkehrsinfrastruktur ist ein wesentlicher Bestandteil von lebenswerten Wohn- und Wirtschaftsstandorten. Barrierefreiheit ist für uns dabei ein selbstverständliches Erfordernis. Sie dient nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und jungen Familien mit Kindern. Da steht Rheinland-Pfalz gut da, aber wir wollen noch besser werden.

Eine **effektive Verwaltung** ist ein ebenso entscheidender Wettbewerbsfaktor und Wachstumstreiber wie das konstruktive **Miteinander von Unternehmensleitungen und Betriebsräten**. Beides wollen wir nicht nur erhalten, sondern auch ausbauen.

Bei uns ist der Ehrliche nicht der Dumme! Mit unserem Landestariftreugesetz haben wir Dumpingwettbewerb den Riegel bei öffentlichen Vergaben vorgeschoben. So sichern wir gute Arbeit und eine starke Wirtschaft. Mit unserer neuen Regelung führen wir den Mindestlohn im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen ein. Ein flächendeckender Mindestlohn bleibt gerade vor der Freigabe der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Osteuropa unser Ziel.

Wir stärken die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** im Interesse der Menschen, die für ihre Familie leben und arbeiten, und im Interesse der Betriebe. Unsere gute **soziale Infrastruktur** ist auch ein wichtiger Standortvorteil. Dazu gehört auch der Ausbau von Betriebskindergärten.

Wir stehen für den Schutz und die Stärkung der wirtschaftlichen Basis des Landes, besonders in der weltweiten **Wirtschafts- und Finanzkrise**: Durch die schnellen Hilfen für Unternehmen konnte die Beschäftigung mit Beginn der Krise in Rheinland-Pfalz auf hohem Niveau gehalten werden. Mit qualifizierten Belegschaften, innovativen Technologien und erfolgreichen Produkten geht unser Land in die Zukunft. Dazu wollen wir in allen Teilen des Landes **bestmögliche**

Standortvoraussetzungen schaffen. Wir setzen dabei auf Erfahrung, das Engagement der Menschen, die regionale Vielfalt und die Besonderheiten unseres Landes. Das macht uns stark – jetzt und auch in Zukunft.

Menschen prägen Wirtschaft

Wirtschaftlicher Erfolg, Sozialpartnerschaft und Nachhaltigkeit sind die Leitideen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Gemeinsam mit den Unternehmen, den Kammern, den Betriebs- und Personalräten und ihren Gewerkschaften stärken wir die Zukunftsfähigkeit des Landes. Dies ist der rheinland-pfälzische Erfolgsweg und der zentrale Standortvorteil unseres Landes. Mit dem „Ovalen Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ und dem „Pakt für Rheinland-Pfalz – für Arbeit und Wirtschaft“ erhalten und verbessern wir die Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze. Unter dem Motto „Gute Leute - Gute Aussichten“ kümmern wir uns um die Fachkräftesicherung. Im Rahmen vielfältiger Aktivitäten setzen wir uns mit unterschiedlichen Partnern für die Sicherung des Fachkräftebedarfs und damit auch für die Schaffung zukunftsfähiger Rahmenbedingungen für das Land ein. Besonderen Wert legen wir dabei auf den Erhalt und Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit der Menschen in Rheinland-Pfalz. Dies stärkt und sichert unseren Standort.

Besonders wichtig ist uns die gezielte Förderung von Branchen, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch in Zukunft sichern können. Wir unterstützen die Unternehmen auf dem Weg zu den Weltmärkten. Rheinland-Pfalz hat eine Exportquote von fast 50 Prozent, viele Arbeitsplätze hängen von der **internationalen Wettbewerbsfähigkeit** unserer Unternehmen ab. **Geringer Verwaltungsaufwand** und schnelle Genehmigungsverfahren sind unsere Servicegarantien. In keinem Land soll es schneller gehen als bei uns. Aufbauend auf unseren Exportinitiativen unterstützen wir die rheinland-pfälzischen Unternehmer gezielt auf ihrem Weg auf die Zukunftsmärkte und greifen die sich abzeichnenden Trends bei **Zukunftstechnologien und Dienstleistungen** mit eigenen Schwerpunkten auf.

Die Wirtschaftspolitik der SPD Rheinland-Pfalz setzt mit der **Clusterstrategie** vor allem auf die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft. Dies unterstützt die Gründung neuer Unternehmen und damit die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze. Gerade für unsere mittelständisch orientierte Wirtschaft hat dies eine besondere Bedeutung: Auf vergleichsweise engem Raum konzentrieren sich in einzelnen Clustern Netzwerke und Verbände von Unternehmen, Zulieferern und Dienstleistern, wissenschaftlichen Instituten, Universitäten, Fachhochschulen und Fachschulen, deren Forschungsschwerpunkte und Ausbildungsgänge einen möglichst direkten Bezug zueinander haben. So gehen Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Forschung sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften Hand in Hand. Mit der weiteren Ansiedlung von Forschungsinstituten und dem Ausbau der Forschungsinfrastruktur wollen wir regionale Wachstumskerne fördern und die Grundlagen für den Ausbau von fachlichen Netzwerken und regionalen Clustern aus Wissenschaft und Wirtschaft schaffen. Clusteraktivitäten bestehen in unserem Land unter anderem in den Bereichen Nutzfahrzeugtechnologie, Naturstoffsynthese, Metall, Keramik und Kunststoff sowie Informationstechnologie und Mikrosystemtechnik. So konnte sich der länderübergreifende Software-Cluster „Softwareinnovationen für das digitale Unternehmen“, an dem Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus Kaiserslautern sowie die Technische Universität beteiligt sind, erfolgreich im Spitzenclusterwettbewerb des Bundes durchsetzen.

Zur Stärkung der Innovationsdynamik haben wir Strukturen etabliert, um den **Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen** zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dazu wurden Transfernetzwerke der Fachhochschulen und der Universitäten auf- und ausgebaut, die Forschungs- und Technologiedatenbank neu konzipiert und die Patentverwertung gestärkt.

Wir wollen eine Personalpolitik, die dem Familienleben und dem Älterwerden gerecht wird. Unser Ansatz einer „**lebensphasenorientierten Personal- und Unternehmenspolitik**“ bezieht bewusst die unterschiedlichen Phasen der Erwerbstätigkeit - vom Berufseinstieg bis zur Rente - der in einem Betrieb tätigen Menschen in Planungen und Entscheidungen ein. Wir verfolgen damit drei

Ziele: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und die Umsetzung einer Personalpolitik, die dem Alterwerden unserer Gesellschaft gerecht wird. Gleichberechtigung am Erwerbsleben setzt für Frauen und Männer voraus, dass alle qualifizierte und gut bezahlte Berufe ergreifen können, die vereinbar sind mit den Anforderungen des Familienlebens.

Eine **gute Infrastruktur** ist eine wichtige Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges. Damit stärken wir unser Land und sorgen für sichere Arbeitsplätze. Die Landesregierung unter Ministerpräsident Kurt Beck baut daher gezielt die wichtigen Verkehrsachsen des Landes aus, um Rheinland-Pfalz noch stärker an die Ballungsräume Europas anzubinden.

Für eine starke Wirtschaft

Wir setzen unsere **dialogorientierte Wirtschaftspolitik** fort und

erhalten gemeinsam mit unseren Partnern die Branchenstrukturen, fördern unsere schlagkräftigen Unternehmen und sichern deren Belegschaften. Unsere Industrie sichert Exportchancen. Daher hat die Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode ihre Außenwirtschaftsinitiativen verstärkt, Verwaltungsverfahren vereinfacht und mit einem Soforthilfeprogramm die Krise zur Chance für die Zukunftsorientierung unserer

Wirtschaft umgewandelt. Darauf wollen wir aufbauen und unsere **industriellen Kerne weiter stärken**. Sie sind ein wichtiger Beschäftigungsfaktor. Durch die Förderung der weiteren Vernetzung von Unternehmen und Branchen sichern wir die Zukunftsfähigkeit des Landes. Vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs wird eine von uns getragene Landesregierung die **Förderung von Clustern und Netzwerken ausbauen** und noch stärker auf grenzüberschreitende, europäische Kooperationen ausrichten. Die Politik der SPD Rheinland-Pfalz wird auch in den nächsten Jahren alles daran setzen, dass Forschungsergebnisse schneller in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können. Dazu gehört auch der Ausbau der gemeinsamen Verbundforschung von Hochschulen und Unternehmen. Gerade in der Zeit der Krise ist es eine Aufgabe des Staates, die **Unternehmensfinanzierung** sicherzustellen. Mit der Straffung der **Förderprogramme** in der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns die Möglichkeit geschaffen, um die **Innovationsförderung** noch weiter zu stärken. Die Eigenkapitalbasis von jungen, aber auch von etablierten Unternehmen konnten wir mit dem aktiven Einsatz der Investitions- und Strukturbank (ISB) gezielt verbessern. Mit dem Mittelstandsförderungsgesetz schaffen wir eine moderne Rechtsgrundlage für eine passgenaue und wirksame Wirtschaftsförderung unseres Landes. Mit der systematischen Evaluierung der Förderprogramme werden wir unseren Mittelstand noch zielgenauer unterstützen und ihn in seiner Zukunftsfähigkeit stärken.

Mit der SPD wird es auch weiterhin gezielte Hilfen für Unternehmen mit individuellen Liquiditätsproblemen und Unterstützung für deren weitere Entwicklung geben. Wir stehen an der Seite unseres Mittelstandes – und wir wissen um die besondere Bedeutung der Förderpolitik auch in Zeiten des sich langsam stabilisierenden wirtschaftlichen Aufschwungs.

Dienstleistungen werden immer wichtiger und schaffen gute Beschäftigungsperspektiven. Besondere Jobmotoren sind die **unternehmensnahen Dienstleistungen**, die sich mit unserer industriellen Basis hervorragend ergänzen, und die **personenbezogenen Dienstleistungen** wie **medizinische Versorgung, Gesundheitswirtschaft** und der **Tourismus**. Aber auch die Branchen der **Kreativwirtschaft** nehmen an Bedeutung zu. Wir entwickeln die Initiative Gesundheitswirtschaft weiter, in der sich die Akteure vernetzen und Beschäftigungsperspektiven für viele Menschen aller Qualifikationen eröffnen.

Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, die letzten „weißen Flecken“ bei der **Breitbandversorgung** zu schließen. Mit unserer **Breitbandinitiative** sichern wir die flächendeckende Versorgung der Menschen in Rheinland-Pfalz mit schnellem Internet bis zum Ende des Jahres 2011. Wir nutzen dabei die Digitale Dividende für eine schnelle flächendeckende Breitbandversorgung insbesondere im ländlichen Raum und für ein mobiles Breitband-Internet in

Ergänzung zum Festnetz. Wir stellen die flächendeckende Breitbandversorgung durch einen Mix aller vorhandenen Technologien sicher. Ein wichtiger Standortfaktor in Rheinland-Pfalz sind zudem **schnelle Zugänge** zum **Internet**. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass alle Regionen des Landes mit schnellen Anschlüssen versorgt werden. Mit der Breitbandinitiative und dem Leerrohrprogramm haben wir wesentliche Weichen hierfür schon gestellt.

Mit unserem Breitband-Wettbewerb haben wir die nächste Stufe in Angriff genommen und unterstützen innovative Kommunen bei ihren dezentralen Projekten mit neuen Technologien.

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, Elektromobilität in Rheinland-Pfalz und Deutschland voranzubringen. Um Impulse für die Marktfähigkeit innovativer Elektrofahrzeuge zu geben, werden wir gemeinsam mit der Branche einen **Masterplan Elektromobilität** erstellen. Rheinland-pfälzische Unternehmen sollen davon profitieren.

20 Jahre Konversion – eine rheinland-pfälzische Erfolgsgeschichte

Vom Abzug der Stationierungstreitkräfte und von der Reform der Bundeswehr war und ist Rheinland-Pfalz wie kein anderes Land in Deutschland betroffen. Die Landesregierung hat deswegen den Schwerpunkt auf die so genannte „Beschäftigungskonversion“ gelegt, also die Umnutzung von militärischen Liegenschaften und Einrichtungen unter dem Aspekt der Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen und der Schaffung von neuen beruflichen Perspektiven für die Menschen in den betroffenen Regionen.

Der Flughafen Frankfurt/Hahn, der Flughafen Zweibrücken, der PRE-Park Kaiserslautern, der Industriepark Region Trier und der Flugplatz Bitburg sind fünf große rheinland-pfälzische Konversionsprojekte, die allein mehr als 10.000 direkte Arbeitsplätze geschaffen haben. Insgesamt sind durch alle rheinland-pfälzischen Konversionsmaßnahmen bislang mindestens 50.000 Arbeitsverhältnisse direkt und indirekt entstanden, dies mit maßgeblicher Unterstützung des Landeskonzessionsprogramms.

Der Umweltcampus Birkenfeld bietet auf das Thema „Umwelt“ ausgerichtete Studiengänge an. In Neustadt und Bad Kreuznach sind auf großen Konversionsflächen Parks zur Nutzung der Solarenergie entstanden und in Morbach besteht mit der „Energielandschaft“ eine modellhafte Konzentration von Anlagen der Wind-, Sonnen- und Biomassenutzung.

Diese erfolgreiche Politik gibt uns die Zuversicht, auch die Folgen der aktuellen Reform der Bundeswehr zu meistern. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie diese Reform im Konsens mit der Landesregierung umsetzt und sich bei der Abfederung finanzieller Folgekosten maßgeblich beteiligt.

Konversion zu einer integrierten Regional- und Strukturpolitik weiterentwickeln

Auch in Zukunft werden wir unsere Konversionspolitik für die Menschen und für den wirtschaftlichen Erfolg fortsetzen. Wir wollen weiterhin **zukunftsweisende Impulse für Innovationen und Wachstum** geben, die **Anziehungskraft des Wirtschaftsstandortes** erhöhen und vor allem zusätzliche, zukunftssträchtige Arbeitsplätze schaffen.

Dazu setzen wir auf die **gezielte Förderung** in Kombination mit einer **integrierten Regional- und Strukturpolitik**, die bei der Flächenentwicklung die Chancen der gesamten Region im Auge hat. Die Region Westpfalz ist zentraler Gegenstand dieser Strukturpolitik, deren besondere Bedürfnisse durch unsere **Westpfalz-Strategie** berücksichtigt werden. Dieser klassische Industriestandort ist heute mit dem Leuchtturm Kaiserslautern einer der führenden IT-Forschungsstandorte in Deutschland. Insbesondere die Technische Universität, zwei Fraunhofer-Institute und ein Max-

Planck-Institut sowie zahlreiche Unternehmen belegen dies. Hier wollen wir konsequent das traditionelle Stellenangebot im verarbeitenden Gewerbe insbesondere in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien ausbauen.

Darüber hinaus werden ehemalige militärische Flächen künftig verstärkt für **umweltverträgliche Energieherstellung** genutzt. In Neustadt, Bad Kreuznach und Morbach sind entsprechende Anlagen schon im Einsatz oder es werden Nutzungsmöglichkeiten für erneuerbare Energien entwickelt. Weitere Schwerpunkte der Flächennutzung liegen in den Bereichen **Forschung und Entwicklung, neue Technologien, Tourismus und Logistik**. Zur Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz sollen ehemalige militärische Flächen zukünftig noch stärker als bisher für **Ausgründungen und Existenzgründungen von jungen Start-up-Unternehmen** nutzbar werden.

Landwirtschaft mit Zukunft

Landwirtschaft und Weinbau prägen in besonderer Weise die ländlichen Regionen des Landes. Sie bieten frische und gesunde Lebensmittel. Sie sichern Arbeitsplätze und Einkommen, erbringen wertvolle Leistungen zur Pflege und Erhaltung der einmaligen Kulturlandschaften und schaffen regionale Identitäten.

Die Landwirtschaft befindet sich in einem intensiven **Strukturwandel**. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind dabei sehr unterschiedlich auf die Zukunft vorbereitet. Die SPD Rheinland-Pfalz unterstützt die Landwirtschaft im Wandel und versteht sich als **Partnerin für kleine und große Betriebe** gleichermaßen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die bewährte **zielgenaue und regional orientierte Förder- und Beratungsstrategie** stärken, um so die Wettbewerbsfähigkeit von Landwirtschaft und Weinbau weiter zu verbessern. Dabei kommt es besonders auch darauf an, den **Milchviehbetrieben** bei der Erfüllung ihrer wichtigen Funktionen zu helfen und ihre aktive Beteiligung am Marktgeschehen zu sichern.

Wir unterstützen den Weg einer noch größeren **Kunden-, Markt- und Qualitätsorientierung** der Landwirtschaft unter Einschluss touristischer Angebote sowie die Etablierung erfolgreicher Regionalmarken.

Wir wollen den **umweltschonenden, ökologischen Landbau** weiter stärken, damit dieser einen festen Platz in der Agrarpolitik bekommt. Auch durch ihn wird die Erschließung neuer Märkte ermöglicht und die Schonung der Umwelt vorangetrieben.

Die Grüne Gentechnik ist mit Befürchtungen und Risiken verbunden und darf nur genutzt werden, wenn sie auf Akzeptanz stößt. Bedingung ist, dass sie keine negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit hat. Die Koexistenz mit der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft muss in jedem Einzelfall sichergestellt sein. Wir sehen aber auch Chancen: z.B. weniger chemische Pflanzenschutzmittel auf den Feldern oder Energieeinsparungen in der Weiterverarbeitung verbesserter Rohstoffpflanzen. Wir stehen für strenge Zulassungskriterien in der EU und klare Haftungsregelungen. Landwirte und Verbraucherinnen und Verbraucher müssen eine echte Wahlfreiheit haben. Jede Verunreinigung von Saatgut und Erntegut muss vermieden werden. Sicherheit geht vor.

Die **Mitgestaltung der EU-Agrarpolitik** bleibt eine zentrale agrarpolitische Aufgabe. In der aktuellen Diskussion um die Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik nach 2013 ist die Position der SPD klar:

1. Wir brauchen weiterhin Zahlungen, die die besonderen Anforderungen im Natur-, Tier- und Umweltschutz an die Europäische Landwirtschaft honorieren, ein Basis-Einkommen sichern und mit denen auch die Risiken zunehmend schnellen Veränderungen unterworfenen Agrarmärkte abgedeckt werden.
2. Wir brauchen eine besondere Unterstützung für die Landwirtschaft in den Mittelgebirgsregionen und für den Weinbau in den Steillagen.
3. Wir brauchen eine Fortsetzung der Strukturförderung für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume, damit die rheinland-pfälzischen Landwirte und Winzer sich mit Produktivität und Effizienz am Markt behaupten können.
4. Wir müssen bürokratische Belastungen abbauen.

Die SPD in Rheinland-Pfalz steht auch für die praxisgerechte Abstimmung der **Fort- und Weiterbildungsangebote** mit den Berufsverbänden der Agrarwirtschaft und des Weinbaus. Bei uns haben Grüne Berufe eine Zukunft: die Zahl der Auszubildenden konnte allein in fünf Jahren bis 2009 um fast 200 auf fast 2.100 gesteigert werden.

Nicht zuletzt: Wir werden weiterhin Betriebe unterstützen, die unverschuldet in eine wirtschaftliche Schiefelage geraten sind, weil Abnehmer ihre wirtschaftliche Macht ausnutzen oder weil die internationale Preisentwicklung das Wirtschaften erschwert. Wir werden auch in Zukunft bei der

Überbrückung von Liquiditätsengpässen helfen. Auch die Schaffung von **Perspektiven der Unternehmensfortführung**, die Setzung neuer betrieblicher Schwerpunkte und die Unterstützung bei der Frage der **Hofnachfolge** gehört zu unserer Agenda der Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft.

Das bedeutendste Weinbaugebiet Deutschlands weiter entwickeln

Rheinland-Pfalz soll als das **bedeutendste Weinbaugebiet Deutschlands** auch in Zukunft über beste Wettbewerbschancen verfügen. Auf Bundes- und Europaebene haben wir dafür in den letzten Jahren wichtige Grundlagen gelegt, u.a. indem regionaltypische Rebsorten ein besonderer Stellenwert eingeräumt wurde. Die Akzeptanz regionaler Traditionen und Identitäten im europäischen Kontext werden wir im Weinbau auch zukünftig weiter unterstützen. Wir wollen, dass dabei weiterhin regionaltypische Stärken und Traditionen mit modernster Technologie eine fruchtbare Synthese eingehen. Unsere Förderung von Steil- und Steilstlagen trägt zum Erhalt von bedeutenden Kulturlandschaften bei.

Mit dem neuen **Bachelor-Studiengang „Weinbau und Oenologie“** haben wir für eine wichtige Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten im Weinbau gesorgt.

Zukunftsfähige Mobilität

Wir wollen eine **hochwertige und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur**, denn diese ist wesentlich für unser Land. Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer legen weite Strecken zur Arbeit zurück. Für die Unternehmen ist eine gute Verkehrsanbindung ein entscheidender Wirtschaftsfaktor.

Die SPD steht für eine erfolgreiche Verkehrspolitik, die sich an der Verbesserung der **Lebensqualität** der Menschen, den Bedürfnissen des **Wirtschaftsstandortes**, von **Barrierefreiheit** und am **Natur- und Klimaschutz** orientiert.

In den nächsten Jahren werden zu der bisherigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Bedeutung der Verkehrspolitik zusätzliche **gesellschaftliche Herausforderungen** kommen. Gerade in unseren ländlichen Räumen stehen wir vor besonderen Aufgaben. Auch dort sichern wir die Mobilität und wahren so die **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse** in Rheinland-Pfalz. Mit rund 20.000 Kilometern gut ausgebauter Straßen, einem Wasserstraßennetz von über 600 Kilometern, dem Rheinland-Pfalz-Takt im öffentlichen Nahverkehr sowie einem gut ausgebauten Radwegenetz von 7.000 km Länge besteht unsere erfolgreiche Verkehrspolitik den Praxistest.

Rheinland-Pfalz gut angebunden

Wir werden unseren **Standortvorteil Infrastruktur** weiter ausbauen. Mit Verkehrsinvestitionen von über 500 Millionen Euro pro Jahr hat die SPD-Landesregierung in den vergangenen Jahren die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Die Investitionen auf Rekordniveau haben Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen.

Mit dem **Rheinland-Pfalz-Takt 2015** wollen wir den öffentlichen Personennahverkehr leistungsfähig halten und noch attraktiver machen. Nur so können wir die Weichen für gegenwärtige und zukünftige Mobilitätsansprüche richtig stellen.

Der Rheinland-Pfalz-Takt 2015 soll die Zugkilometerleistung im Nahverkehr unseres Landes erneut deutlich steigern: Wir wollen eine Erhöhung um 20 Prozent im Vergleich zu heute. Unser Ziel ist es, mit gleich bleibendem Finanzmitteleinsatz landesweit ein dichtes Netz aus Regionalexpress- und Regionalbahn-Angeboten zu knüpfen. Neue Linien, neue

Direktverbindungen und dichtere Takte sollen alle Oberzentren in Rheinland-Pfalz untereinander und mit den benachbarten Zentren verbinden. Zudem prüfen wir die Reaktivierung von sechs Bahnstrecken zusätzlich zur bereits beschlossenen Reaktivierung der Hunsrückbahn. Barrierefreiheit ist uns dabei ein wichtiges Anliegen, auf das wir achten werden.

Der **internationale Flughafen Frankfurt-Hahn** ist für Passagiere und Unternehmen eine erstklassige Adresse geworden. Unter Verantwortung des Landes sind wegweisende Zukunftsinvestitionen vorgenommen und gut 11.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Der Flugbetrieb des Flughafens Zweibrücken wird durch das Factory Outlet, den Multimedia-Internet-Park und den Freizeit- und Tourismussektor gestärkt.

Die SPD strebt eine weitere deutliche Verbesserung der **Verkehrsanbindung** im Lande an. Unsere Straßenprojekte werden einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau des Standortes Rheinland-Pfalz leisten. Einige bedeutsame Maßnahmen sind:

- der Lückenschluss auf der Eifelautobahn A 1 und der Hochmoselübergang, die Rheinland-Pfalz endgültig zum europäischen Drehkreuz machen werden,
- der vierspurige Ausbau der B 50, um den Flughafen Hahn und die Region an das Rhein-Main-Gebiet und die Verkehrsadern Europas anzubinden,
- die Mittelrheinquerung als ein zentraler Beitrag zur Strukturverbesserung,
- die Planungen für eine Rheinbrücke im Raum Wörth-Karlsruhe, die bereits begonnen haben,
- die Stärkung der Kapazität auf der A 60 und dem Mainzer Ring, um die Verkehrssituation in der Landeshauptstadt zu verbessern,
- der vierstreifige Ausbau der gesamten B 10 zwischen Pirmasens und Landau, der die Region erheblich entlasten und den Verkehrsfluss erleichtern soll, sowie
- mehrere im Bau befindliche Ortsumgehungen – zum Beispiel für Rengsdorf, Kruft, Dausenau, Enkenbach, Bad Bergzabern und Bad Neuenahr.

Die **Wasserstraßen** haben für Rheinland-Pfalz eine besondere Bedeutung. Hafenanlagen sind als Güterumschlagsplätze insbesondere an Rhein und Mosel wichtige Wirtschaftsfaktoren. Gemeinsam mit dem Bund hat die Landesregierung diesen wichtigen Standortfaktor sowohl im Bereich der Hafenanlagen als auch bei der Errichtung und dem Ausbau von „Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs“ in großem Umfang gefördert. Darüber hinaus bietet der Verkehr auf der See und auf den Binnenwasserstraßen eine ökologische Alternative beim Transport von Gütern. Wir werden daher den Ausbau der Schleusen an der Mosel fortsetzen.

Wir wenden uns gegen Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, die Aufgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu privatisieren.

Verkehr in Rheinland-Pfalz: leise, sicher und schnell

Mit uns bleiben die Straßenbauaktivitäten des Landes im Bereich der Sanierung und des Erhaltes auf hohem Niveau. Für uns ist **Lärmschutz an Rhein und Mosel** ein Handlungsschwerpunkt. Das länderübergreifende Projekt „Leiser Rhein“ und das 10-Punkte-Programm für kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, die den Schienenverkehr im gesamten Mittelrheintal schrittweise menschen- und umweltverträglicher gestalten sollen, gehören ebenso zu unserer Politik wie der Einsatz der SPD Rheinland-Pfalz auf Bundesebene für niedrigere Grenzwerte.

Neben der **Bekämpfung des Bahnlärms** an den Stellen, wo er verursacht wird, fordert die SPD Rheinland-Pfalz die Bundesregierung auf, die Planung für eine **Alternativtrasse** für den Gütertransport zu den Strecken am Mittelrhein vorzulegen.

Die SPD Rheinland-Pfalz und die Landesregierung setzen sich dafür ein, dass unser Land Sitz und Stimme in der Fluglärmkommission bekommt. Der **Flughafen Frankfurt/Main** ist wichtig für die wirtschaftliche Prosperität der Rhein-Main Region. Die Bedürfnisse der Menschen in den

Wohngebieten um den Flughafen und in dessen Ein- und Abflugschneisen nehmen wir sehr ernst. Die SPD-geführte Landesregierung hat ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben, um die Folgen der neuen An- und Abflugrouten zu überprüfen und mögliche Alternativen zu entwickeln. Für uns gilt: Eine neue Landebahn darf nur kommen, wenn die zusätzlichen Belastungen am Tage durch Ruhe in der Nacht ausgeglichen werden. Die bestehenden Regelungen zur Begrenzung von Nachtflügen müssen ohne wenn und aber erhalten bleiben.

Wir wollen die Hunsrückbahn I bis Ende 2014 reaktivieren. Damit erfolgt die umfassende Erschließung des Flughafens Frankfurt/ Hahn. Wir streben eine Reaktivierung der Schienenstrecke Homburg-Zweibrücken gemeinsam mit dem Saarland an.

Wir wollen die erfolgreiche Schnellverkehrsstrecke Frankfurt-Paris über die Pfalzbahn (Paris - Ostfrankreich - Südwestdeutschland, POS Nord) stärken. Die dringend benötigten Ausbaumaßnahmen zwischen Mannheim und dem Beginn der Schnellfahrstrecke nach Paris bei Baudrecourt in Frankreich unterstützen wir seit vielen Jahren.

Wir stehen für **intelligente Nahverkehrskonzepte**, die die Mobilität der Menschen in den ländlichen Räumen erhalten. Maßnahmen dafür sind die weitere Schaffung von Mitfahrerparkplätzen, die Einrichtung von Mobilitätszentralen sowie die Stärkung von Sammeltaxen und Bürgerbussen. Wir werden dafür sorgen, dass Vereine oder Ortsgemeinden im ganzen Land bei der Erprobung ihrer Bürgerbusprojekte begleitet und beraten werden. Es gilt, den individuellen Bedürfnissen abseits von Fahrplänen gerecht zu werden.

Wir wollen die Zahl der **Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter** in den Nahverkehrszügen gerade ab 19.00 Uhr steigern, um Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in den Zügen zu verbessern und Service und Betreuung den Wünschen der Fahrgäste anzupassen

Wir setzen uns dafür ein, alle neuen Mobilitätsangebote von vorneherein barrierefrei zu planen.

Auch setzen wir auf eine klimafreundliche Mobilität, weil sie nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Automobilwirtschaft und die Arbeitsplätze enorme Chancen bietet. Daher setzen wir einen Schwerpunkt bei der Zukunftstechnologie Elektromobilität und beteiligen uns am Regionalen Cluster für Elektromobilität.

Lebensgefühl XXL: Tourismus in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist das Land der Erholung in großartiger Natur. Seine Hügel und Täler, seine steilen Hänge und grünen Wälder, seine romantischen Ortschaften und Weltkulturerbestätten verleihen unserem Land einen unvergleichlichen Charme. Rheinland-Pfalz lockt viele Menschen aus der ganzen Welt mit seinen malerischen Landschaften. Jede der neun rheinland-pfälzischen Regionen ist einzigartig. Natur, Geschichte und Menschen prägen unser Land. Bei uns treffen wunderschöne Natur, kulturelle Vielfalt und kulinarischer Hochgenuss zusammen. Kurz: Rheinland-Pfalz ist **DAS Urlaubs- und Erholungsland**. Wir werden Wanderregion Nr. 1 unter den deutschen Mittelgebirgsregionen. Wir sind das Weintourismusland mit internationaler Anerkennung.

In den vergangenen Jahren konnte durch das Engagement der vielen Regionalinitiativen und der Menschen vor Ort das touristische Potenzial immer besser genutzt werden.

Im Tourismus sind unsere Kulturlandschaften der entscheidende Wettbewerbsvorteil. Menschen aus aller Welt sind gerne in Rheinland-Pfalz zu Gast. Wir konzentrieren uns deshalb mit der ersten gemeinsamen rheinland-pfälzischen **Tourismusstrategie 2015** auf vier Felder, die in einer engen Beziehung zu dem Erlebnis dieser Kulturlandschaften stehen: Wandern, Radfahren und Gesundheit sowie Wein und Genuss. Kultur und Tourismus sind eng miteinander verknüpft, da das kulturelle Erbe des Landes nicht nur zur regionalen Identität beiträgt, sondern die Regionen auch für die Touristen noch attraktiver macht.

Die SPD und die von ihr getragene Landesregierung arbeiten an einem großräumigen Netzwerk aus zehn ausgezeichneten **Weitwanderwegen**. Hierbei wollen wir an die großen Erfolge des

Rheinsteigs und der Limes-Wanderwege anknüpfen. Durch die Ausweisung neuer Prädikatswanderwege wollen wir das „**Wanderwunder**“ in unserem Land fortsetzen. Das „**Radwanderland Rheinland-Pfalz**“ hat sich zur Top-Adresse für den Radtourismus entwickelt. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau, die Vernetzung und die Beschilderung des touristischen **Radwegenetzes** sowie die Weiterentwicklung des Tourenplaners und des zugehörigen Internetauftritts ein.

Der **Ideenwettbewerb für Heilbäder und Kurorte** macht unser Land als Wohlfühl- und Bäderregion fit für die Zukunft. Mit einem **Förderprogramm** unterstützt die Landesregierung die rheinland-pfälzischen **Beherbergungsbetriebe** bei besonderen Anstrengungen und stärkt damit deren Wettbewerbsfähigkeit. Wir legen Wert auf **barrierefreie** Tourismusangebote, damit auch behinderte und ältere Menschen und Familien mit Kindern unsere Angebote wahrnehmen können.

Wir werden die **Tourismusstrategie 2015** weiter umsetzen. Unter Führung der SPD wird das Land das Marketing in ausgewählten Auslandsmärkten intensivieren. Wir werden die Verbesserung der Qualität der Infrastruktur, der Hotel- und Gaststättenbetriebe und im Service vorantreiben. Um mit der Vielfalt unseres Landes werben zu können, stärken wir die regionalen Anstrengungen zum Erhalt und zur Verbesserung der Ortsbilder. Dabei werden die Akteure von Seiten einer SPD-geführten Landesregierung durch die Fortschreibung, Verbesserung und Koordinierung der Fördermöglichkeiten unterstützt.

3. Wir stehen für gute Arbeit

Arbeit für alle, die arbeiten können, und das zu einem gerechten Lohn: Dies bleibt die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahre. Dafür setzt sich die SPD ein. Dass Rheinland-Pfalz im Ländervergleich auf Platz 3 und damit ganz vorne bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt, dass die Jugendarbeitslosigkeit gering und die Vermittlungsquote in Ausbildung hoch ist, ist auch ein Verdienst der guten Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre.

Menschen brauchen Planungssicherheit und Perspektive. Wir wollen **gute Arbeit** in unserem Land: sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze, nach Tarifvertrag bezahlte Arbeitsverhältnisse, flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne, die Gleichberechtigung im Berufsleben und die Sicherung der Mitbestimmung in den Betrieben. Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Tarifverträge gehören zu den unverzichtbaren Arbeitnehmerrechten, für die sich die SPD einsetzt.

Sicherheit ist Voraussetzung für die notwendige Bereitschaft zu Veränderungen. Die Unternehmen verlangen von Staat und Politik immer wieder zu Recht Berechenbarkeit, Verlässlichkeit und Sicherheit für ihr unternehmerisches Handeln. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen für sich die gleiche Sicherheit erwarten können.

In den kommenden Jahrzehnten wird mit dem **Rückgang der Bevölkerungszahl** auch die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter sinken. Aus- und Weiterbildung werden sich verändern, die Belegschaften in den Betrieben werden eine andere Alterszusammensetzung haben. Umso wichtiger ist es, dass die Beschäftigten im Betrieb qualifiziert werden und durch altersgerechte Arbeit ihre Gesundheit und Leistungsfähigkeit erhalten können. Genauso wichtig wird sein, dass alle, die arbeiten können und wollen, auch die Chance bekommen zu arbeiten.

Wir wollen die Chance auf Berufstätigkeit erhöhen, z.B. bei Frauen, Frauen und Männern mit Migrationsgeschichte, ohne Schulabschluss oder berufliche Ausbildung. Im Zuge eines allgemein verbesserten Arbeitsmarktes werden diese Gruppen verstärkt im Blick unserer Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik stehen. Das bedeutet für uns, alle Menschen **ohne Schulabschluss** oder ohne berufliche Ausbildung mit und ohne **Migrationshintergrund** gezielt zu fördern und ihre Vermittlung in Beschäftigung zu verbessern. Ebenso müssen Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Perspektive haben.

Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** darf weder für Frauen noch für Männer weiter zu einem Hindernislauf werden. Besonders wichtig ist, **Frauen** die Rückkehr in den Beruf zu sichern.

All das liegt auch im Interesse der Unternehmen, die auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr denn je angewiesen sind. Und es ist im Interesse unserer ganzen Gesellschaft.

Gute Arbeit - gerechter Lohn

Auch die Unternehmen in Rheinland-Pfalz haben nur mit qualifizierten, gut bezahlten Arbeitsplätzen Chancen, im Wettbewerb erfolgreich zu sein. Wer wirtschaftlich in der ersten Liga spielen will, kann nicht auf gering qualifizierte, schlecht bezahlte Beschäftigung bauen. Wir kämpfen entschieden **gegen Missbräuche** durch Praktikumsplätze, den überzogenen Einsatz von Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs, befristete Arbeitsverhältnisse ohne sachliche Begründung und die ausufernde Zahl von Minijobs.

Niemand kann heute sagen, wie die Arbeitswelt in 30 Jahren

aussehen wird. Eines aber wissen wir schon heute genau: Die **Anforderungen an die Qualifikation**, an die Kenntnisse und Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden weiter steigen. Deshalb wird die **qualifizierte Berufsausbildung und die berufliche**

Weiterbildung während des gesamten beruflichen Lebens immer wichtiger. Steigende Anforderungen und flexible Formen und Zeiten der Arbeit müssen deshalb einhergehen mit materieller und sozialer Sicherheit.

Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir noch mehr dafür tun, dass **Frauen und Männer** in unserem Land tatsächlich **gleiche Lebenschancen** haben.

Deshalb will die SPD in Rheinland-Pfalz die Infrastruktur für die Betreuung von Kindern weiter ausbauen. Wir unterstützen familiengerechte, flexible Arbeitszeiten auch in privaten Unternehmen und arbeiten dafür, dass der Wunsch von Frauen und Männern, Kinder zu haben, nicht an familienfeindlichen Regelungen in Unternehmen und in der Gesellschaft scheitert.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns auch in Zukunft dafür ein,

- dass ein **flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn** alle Beschäftigten vor Ausbeutung und alle seriösen Unternehmen vor Schmutzkonzurrenz schützt;
- dass tarifliche Bindungen wieder die Regel werden;
- dass Beschäftigte in Leiharbeit so bezahlt und so behandelt werden, wie die Arbeitnehmer des Unternehmens, in dem sie beschäftigt werden;
- dass die Schere der Einkommen zwischen Frauen und Männern geschlossen wird;
- dass berufliche Weiterbildung zu einer Selbstverständlichkeit für alle Unternehmen und für alle Beschäftigten wird;
- dass gute Arbeit anständig bezahlt wird;
- dass die Arbeitnehmerrechte erhalten und gestärkt werden;
- dass starke Betriebsräte unternehmensbezogen erfolgreich arbeiten können;
- dass die Gewerkschaften handlungsfähig bleiben.

Die Zukunft der Arbeit – mit den Menschen für die Menschen

Wir sind in Zukunft mehr denn je auf die Fähigkeiten und auf das Wissen aller angewiesen. Deshalb müssen wir falsche Vorstellungen über typisch männliche oder typisch weibliche Berufe überwinden.

- Wir wollen Unternehmen stärker dafür gewinnen, mehr **Mädchen in technischen Berufen** auszubilden.
- Wir wollen, dass die Anstrengungen an den Hochschulen verstärkt werden, mehr Frauen für das Studium der Mathematik, der Ingenieurwissenschaften und der Naturwissenschaften zu begeistern.
- Wir wollen Frauen und Männer stärker unterstützen, die nach der **Elternzeit** oder einer familienbedingten Unterbrechung ihrer beruflichen Arbeit wieder ins Erwerbsleben zurückkehren.

Tariftreue achten – Mitbestimmung stärken

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Rheinland-Pfalz auch in den kommenden Jahren das soziale Gewissen in der Bundesrepublik Deutschland bleibt.

- Wir werden deshalb dafür sorgen, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge **soziale Aspekte** besonders berücksichtigt werden.
- Wir haben ein **Tariftreuegesetz** verabschiedet, damit der wirtschaftliche Wettbewerb nicht auf Kosten der Arbeitnehmer ausgetragen wird.

- Wir achten die wichtige Arbeit der **Betriebs- und Personalräte**. Sie haben gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt, dass sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Unternehmen zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten und für sozialen Ausgleich zu sorgen.
- Wir setzen uns für verbindliche Maßnahmen zur **Überwindung der ungleichen Bezahlung** von Frauen und Männern ein.
- Wir halten einen gesetzlich festgelegten Frauenanteil in Aufsichtsräten und Kontrollgremien für notwendig. Im Verantwortungsbereich der Landesregierung haben wir schon dafür gesorgt, dass Frauen und Männer bei der Besetzung von Gremien gleichermaßen zu berücksichtigen sind.

In den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird das durchschnittliche Alter der Belegschaften in den Betrieben und Verwaltungen steigen. Deshalb werden wir die **berufliche Weiterbildung fördern**.

Ergänzend zu bestehenden Förderungen des Bundes wollen wir rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen, sich beruflich weiterzubilden.

Das bestehende Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen ist vielfältig. Um jeder und jedem eine passende und interessante Weiterbildung zu ermöglichen, wollen wir ein Weiterbildungsportal in Rheinland-Pfalz schaffen. Kleine und mittelständische Unternehmen sind in Rheinland-Pfalz besonders stark vertreten. Sie sind wichtig für unser Land. Deshalb wollen wir diese Unternehmen bei der betrieblichen Weiterbildung ihrer Beschäftigten in besonderer Weise unterstützen.

Gesunde, leistungsfähige und leistungsbereite Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital eines modernen Unternehmens. **Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung** gewinnen deshalb an Bedeutung. Das ist im Interesse aller: der Beschäftigten, die selten erkrankt sind; der Unternehmen, die dadurch produktiver werden; und der sozialen Sicherungssysteme, die finanziell entlastet werden.

Dazu brauchen wir zusätzliche Anstrengungen, um die Arbeitsplätze und die Arbeitsorganisation so zu gestalten, dass ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgreich arbeiten können. Die SPD-geführte Landesregierung hat deshalb gemeinsam mit der Handwerkskammer Rheinhessen ein Kompetenzzentrum „Zukunftsfähige Arbeit in Rheinland-Pfalz“ gegründet, das vor allem kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützt, sich auf die veränderte Altersstruktur der Beschäftigten einzustellen.

4. Wir haben Energie

Klima schützen, Energieversorgung sichern, Energierechnungen reduzieren, Arbeitsplätze schaffen

Rheinland-Pfalz ist ein **Land voller Energie(n)**. Der **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas** haben für uns hohe Priorität.

Unsere Energie- und Klimaschutzpolitik verbindet Wertschöpfung und Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Wir stellen heute die Weichen für die **Energieversorgung** unserer Kinder. Dies ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir werden das integrierte **Energie- und Klimaschutzkonzept** für Rheinland-Pfalz weiterentwickeln. Wir wollen **umweltfreundliche, sichere und bezahlbare Energien ohne Atomkraft**. Dazu gehört eine **stabile Netzinfrastruktur**, die uns zuverlässig mit Strom und Wärme versorgt. Nur wenn wir unsere Energieversorgung heute umstellen, werden Energierechnungen langfristig bezahlbar bleiben. Energie darf nicht zum Luxusgut werden. Wir wollen statt Marktmacht von vier Energiekonzernen mehr und fairen Wettbewerb - vor allem auch für regionale und kommunale Energieversorger. Weil wir zu wenig Wettbewerb haben, müssen Verbraucherinnen und Verbraucher Energiepreise bezahlen, die mit einer natürlichen Preisbildung nichts zu tun haben.

Die SPD wird weiterhin Impulse für Innovationen setzen, um attraktive Arbeitsplätze im Land zu halten und zu schaffen. Wir werden Rheinland-Pfalz für die Zukunftsleitmärkte der Energie- und Umwelttechnologie fit machen. Die energetische Gebäudesanierung hat sich bereits heute zum Jobmotor für das Handwerk und das produzierende Gewerbe entwickelt.

Wir wollen Wohlstand und Wachstum von Rohstoff- und Energieverbrauch stärker entkoppeln. Wir werden dafür sorgen, dass **Rheinland-Pfalz zum energieeffizientesten Land in Deutschland** wird. Das Land und die Kommunen sollen dabei Vorbild sein. Unsere Strategie bindet Wissenschaft, Unternehmen und Gewerkschaften ein.

Die SPD wird energiewirtschaftliche Impulse setzen und die **dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien** vor Ort stärken. Wir unterstützen die Kommunen in ihrer Schlüsselrolle für den Energieumbau. Die kommunalen Energieunternehmen sind unverzichtbar für den Wettbewerb. Zur Stärkung der kommunalen Energiepolitik und der Versorgung mit erneuerbaren Energien setzen wir uns für eine Bündelung der Vergabe von Konzessionen für Gas und Strom ein.

Unsere Energiepolitik setzt darauf, **Energie zu sparen**, die **Energieeffizienz zu steigern**, **Erneuerbare Energien auszubauen** und die Eigenproduktion im Land zu stärken.

Wir setzen auf die **Erschließung heimischer Ressourcen**. Dies schafft Arbeit, stärkt die ländlichen Räume und fördert innovative Technologien. „Aus der Region, für die Region“: wir unterstützen die vorbildlichen Initiativen in zahlreichen Kommunen und Kreisen mit dem Ziel einer vollständigen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien. Im kommunalen Bereich wollen wir die sukzessive Umstellung auf energiesparende und klimaschonende Straßenbeleuchtung unterstützen. Die Landesregierung ist mit ihren Gebäuden Vorreiter. Unser Ziel ist die CO₂-neutrale Landesverwaltung. Bis 2020 wollen wir die CO₂-Emissionen um mindestens 50 Prozent reduzieren.

Die SPD hält am **Atomausstieg** fest. Die von Bundestag und Bundesrat beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke bis in das Jahr 2040 lehnen wir ab. Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie und stellt eine Gefahr für die Menschen dar. Die Laufzeitverlängerung verursacht mehr Atommüll ohne Endlagermöglichkeit. Sie ist teuer für Verbraucherinnen und Verbraucher und die Wirtschaft, weil sie die Marktmacht von vier großen Energiekonzernen mit über 85 Prozent der Energieerzeugungskapazitäten zementiert. Die Laufzeitverlängerung behindert den notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien, gefährdet Arbeitsplätze, entwertet

kommunale Investitionen und blockiert Innovation und neue Technologien. Auch deswegen klagt die Landesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Laufzeitverlängerungsgesetz.

Mehr als ein Drittel unseres Stromverbrauches soll 2020 durch Erneuerbare Energien gedeckt werden. Unser Ziel bleibt, langfristig unseren Strombedarf vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Die zuverlässige Integration der erneuerbaren Energien muss vor allem regional und auf der Verteilnetzebene stattfinden, ergänzt durch flexible Kraftwerke und ein regionales und lokales Energiemanagement.

Wir setzen uns für kostendeckende, degressive Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ein, die verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen in diesem Wachstumsmarkt schaffen.

Bis wir unser endgültiges Ziel - 100 Prozent Erneuerbare Energien für Rheinland-Pfalz - erreichen, müssen die fossilen Energieträger überall dort, wo sie noch zum Einsatz kommen, hocheffizient, mit hohen Wirkungsgraden und hoher Wertschöpfung genutzt werden.

Energie sparen – Energieeffizienz steigern – erneuerbare Energien ausbauen

Wir haben mit Energie Impulse gesetzt. Wir gehen diesen Weg konsequent weiter.

Wir werden weiter für Energieeinsparung werben. Zentrale Bausteine für den Erfolg sind das Partnernetzwerk und die Beratungsangebote. Für Bürgerinnen und Bürger bieten die Verbraucherzentralen an über 60 Standorten eine kostenlose Energieersterberatung an. Wir ergreifen zielgerichtete Maßnahmen zur Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen.

Mit dem **Effizienznetz Rheinland-Pfalz (Effnet)** steht den kleinen und mittleren Unternehmen eine fachübergreifende, zentrale Informations- und Beraterplattform zur Verfügung. Wir werden die **Beratungsinfrastruktur weiter ausbauen**. Mit Branchenkonzepten z.B. für die Keramikindustrie wollen wir einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit von Rohstoff- und energieintensiven Wirtschaftszweigen leisten.

Die auf Innovation ausgerichtete Förderpolitik werden wir weiterführen. Wir unterstützen Leuchtturm- und Demonstrationsobjekte, um Energieeinspar- und Effizienztechnologien sowie die regenerativen Energien im Markt zu etablieren und den Technologietransfer und die Entwicklung von Know-how zu beschleunigen. Das Energiegewinnhaus, das mehr Energie produziert als es verbraucht, und das Passivhaus sollen der Standard im Neubau werden. Wir wollen den Standard weiter entwickeln.

Die **Kraft-Wärme-Kopplungsinitiative** zur Nutzung der Abwärme aus der Stromerzeugung wird zusammen mit den Akteuren aus der Energie- und Rohstoffwirtschaft weiterentwickelt. Als neuen Baustein wollen wir mit den Energieversorgern die „Initiative Zuhause-Kraftwerk“ hinzufügen. Überall dort, wo ganzjährig Wärme benötigt wird - z.B. in Hotels, Gaststätten oder der Wohnungswirtschaft -, wollen wir eine breite Markterschließung für solche Kleinst-KWK-Anlagen unterstützen.

Rheinland-Pfalz ist reich an Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme und Wasser. Wir werden die Potentiale aller **regenerativen Energien** im Lande gezielt erschließen. Die Kommunen unterstützen wir auf ihrem Weg, ihre örtlichen und regionalen Energiekonzepte planungsrechtlich abzusichern. Wir überlassen aber den Kommunen die letzte Entscheidung und werden keine Entscheidungen von oben herab treffen.

Rheinland-Pfalz ist bereits heute in der Spitzengruppe der solaren Stromerzeugung in Deutschland. Über die **Solarinitiative 2015** sollen u.a. 100.000 Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden in Rheinland-Pfalz errichtet werden.

Wir werden die regionalen Planungsgemeinschaften bei der Entwicklung einer Repowering-Strategie für **Windkraftanlagen unterstützen**. Für uns haben leistungsstärkere Anlagen an den bestgeeigneten Standorten Priorität vor der Ausweisung weiterer Standorte.

Die energetische Nutzung von Biomasse und die Wasserkraft sind als grundlastfähige Energieträger unverzichtbar. Wir wollen die Biomassepotentiale aus Land- und Forstwirtschaft sowie aus Abfällen erschließen und über Stoffstromkonzepte energetisch nutzen.

Ein Schwerpunkt bleibt die Beratung der Landwirtschaft in Fragen des nachhaltigen, naturverträglichen Anbaus und der effizienten Nutzung von Energiepflanzen.

Die Tiefengeothermie kann verantwortlich nur ausgebaut werden, wenn Folgeschäden auszuschließen sind.

Die Hochschulen sind zusammen mit den forschenden Unternehmen unverzichtbare Partner unserer Klimaschutz- und Energiepolitik. Eine SPD-geführte Landesregierung wird diesen Weg weiter fördern.

Die **Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen** im Straßenverkehr gehört zu den größten Herausforderungen für den Klimaschutz. Eine klimafreundliche Mobilität bietet enorme Chancen für Automobilwirtschaft und Arbeitsplätze. Wir setzen auf energiesparende Antriebssysteme und die Entwicklung der Elektromobilität.

Unternehmen aus Rheinland-Pfalz haben sich erfolgreich auf den Zukunftsmärkten für Umweltsanierungen, erneuerbare Energien und Effizienztechnologien etabliert. Sie tragen zur Exportstärke der heimischen Wirtschaft bei. Wir unterstützen diese Entwicklung, indem wir uns für verlässliche Rahmenbedingungen auf dem Heimatmarkt einsetzen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat die energiewirtschaftlichen Akteure durch Förderung, die Novellierung des Gemeindefinanzrechts und Unterstützung kommunaler und regionaler Energiekonzepte gestärkt. Im Rahmen eines Sonderprogramms hat das Land mehr als 30 Nahwärmenetze gefördert, um erneuerbare Energie in der Wärmeversorgung zu nutzen. Wir werden Kommunen und Planungsgemeinschaften darin unterstützen, diesen Ausbau fortzusetzen. Wir werden ein Informations- und Kommunikationsportal für Kommunen aufbauen.

Für eine sichere Energieversorgung sind der Ausbau und die Instandhaltung der Netze unabdingbar. **Schnelle Genehmigungsverfahren** der Behörden leisten hierzu einen Beitrag. Mit dem Aufbau eines Kompetenznetzwerkes „smart grids/ virtuelles Netzwerk“ unterstützen wir die sichere Einbindung der erneuerbaren Energien in das Stromnetz und die Entwicklung von **Speichertechnologien** zur Bereitstellung dezentraler, erneuerbarer Regenergie.

Starke Verbraucher, bessere Rechte

Verbraucherschutz ist ein wichtiger Baustein für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft. Die Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen Rechte, Informationen, Transparenz und sichere Produkte. Die Verbraucherkompetenz zu stärken, auch für einen bewussten, umwelt- und sozialverantwortlichen Konsum, ist Teil unserer Strategie für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz. Wir haben unsere Politik für Verbraucherinnen und Verbraucher verstärkt. Der erste Platz unter allen Ländern im Verbraucherschutzindex belegt dies.

Wir wollen eine **verbraucherfreundliche Gesetzgebung** und eine klare **Kennzeichnung von Produkten**. Deshalb hat die SPD-geführte Landesregierung Initiativen ergriffen: zur Verbesserung der Fahrgastrechte, des Datenschutzes, der Verbraucherrechte in der Finanzberatung sowie bei unerlaubten Werbeanrufen und im Internet.

Die Verbraucherinformation und die unabhängige, kundennahe Beratung durch die Verbraucherzentralen werden wir auf hohem Niveau fortführen.

Wir nehmen besonders die schutzbedürftigen Verbraucher in den Blick. Kinder, Jugendliche und ältere Menschen haben spezifische Informationsbedürfnisse, denen wir gezielt Rechnung tragen, z.B. durch bessere Kennzeichnung und Qualitätsstandards von Spielzeug, Kundenschutz im Bereich der Neuen Medien oder einem breiten Angebot an Pflegeberatung.

Wir setzen auf den Dialog von Anbietern und Verbrauchern. Im Rahmen der Verbraucherdialoge werden wir weiterhin konkrete Empfehlungen zu aktuellen Themen erarbeiten.

Die Sicherheit unserer Lebensmittel hat für uns eine hohe Priorität. Zur Eigenverantwortung der Produzenten gehört zwingend auch eine effektive staatliche Überwachung. Die Landesregierung hat ein umfassendes Qualitätsmanagement eingeführt und die Informationsverarbeitung beschleunigt.

Wir wollen die allgemeine Beratung der **Verbraucherzentrale stärken und das Beratungsangebot in der Fläche** verbessern.

Wir setzen uns für weitere Verbesserungen der **Fahr- und Fluggastrechte** ein. Wir wollen einen besseren Rechts- und Datenschutz für Internetdienstleistungen und engagieren uns auch in Zukunft für verbraucherfreundliche Lösungen bei Vertragsabschlüssen im Internet.

Wir werden weitere Initiativen zur **Stärkung der Verbraucherrechte** im Finanzmarkt ergreifen. Wir treten für umfassende Anforderungen an die Ausbildung, Qualifikation, Registrierung, Haftung und Aufsicht von Finanzvermittlern ein. Provisionssysteme müssen transparent gemacht werden und so gestaltet sein, dass sie eine verbrauchergerechte Beratung fördern. Informationen über Geldanlageprodukte müssen einfach und verständlich sein und eine Vergleichbarkeit mit Konkurrenzprodukten gewährleisten.

Wir werden die Qualitätsoffensive für die Lebensmittelüberwachung in Zusammenarbeit mit den Kommunen fortsetzen und die Leistungsfähigkeit des Landesuntersuchungsamtes stärken.

Wir setzen uns für eine Verbesserung des **Verbraucherinformationsgesetzes** ein, u.a. durch Erweiterung und Vereinfachung der Auskunftsansprüche und durch Zusammenführung mit dem Informationsfreiheits- und dem Umweltinformationsgesetz.

Wir werden weiterhin national und auf europäischer Ebene für eine transparente und verbraucherfreundliche **Kennzeichnung von Lebensmitteln** - wie z.B. die nährwertbezogene Ampelkennzeichnung – eintreten.

Tierschutz hat für uns einen hohen Stellenwert

Die Verbraucher sollen durch eine besondere Tierschutzkennzeichnung wissen, mit welchen Tierschutzstandards Lebensmittel produziert werden. Wir setzen uns weiter konsequent dafür ein, die **Haltungs- und Transportbedingungen von Nutztieren** zu verbessern, **Tierrechte zu stärken** und **Alternativen zu Tierversuchen** zu entwickeln. Wir unterstützen das ehrenamtliche Engagement für den Tierschutz und bauen die Förderung von Tierschutzeinrichtungen aus. Wir lehnen die tierschutzwidrige Käfighaltung von Legehennen in sog. Kleingruppen ab, welche die Tiere in ihren natürlichen Verhaltensweisen einschränkt. Die Klage des Landes vor dem Bundesverfassungsgericht gegen diese Haltungsform war erfolgreich. Wir setzen uns für ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine ein. Wir wollen ein effektives Verbot der Qualzucht und eine Verbesserung des Tierschutzes bei der Haltung exotischer Arten.

Umweltschutz geht Alle an

Die **kooperative Umweltpolitik** der SPD verbindet Ökologie mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. Sie sichert Lebensqualität, schützt vor Umweltgefahren und gibt Impulse für Innovation und Beschäftigung. Die SPD steht für eine nachhaltige Entwicklung. Wir wollen unsere Kinder nicht durch einen ungebremsten Verbrauch unserer endlichen Ressourcen belasten.

Rheinland-Pfalz verfügt über eine einzigartige Vielfalt an Kulturlandschaften. Sie haben typische Lebensräume und Arten hervorgebracht. Diese zu erhalten und zu schützen, ist unsere Aufgabe. Der weltweite **Klimawandel** stellt uns vor die Herausforderung, die Auswirkungen und Folgen der Erderwärmung mit regionalen Modellen zu analysieren und Anpassungsstrategien für unser Land zu entwickeln.

Als walddreichstes Land fühlen wir uns dem **sorgsamem Umgang mit unseren Wäldern** besonders verpflichtet. Der naturnahe Waldbau und die nachhaltige Nutzung sind unsere Prinzipien. Wir erfüllen damit unseren Teil der globalen Verantwortung für Rohstoffsicherung, Klimaschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt.

Unser Wald ist für uns wichtiger Erholungs-, Rückzugs- und Nutzungsfaktor. Er ist Lieferant des nachhaltigsten Rohstoffes Holz, Lebensraum für eine große Artenvielfalt und hat eine bedeutende Wohlfahrts- und Sozialfunktion für die Menschen und Regionen. Nicht zu vergessen: Wälder binden CO₂. Die Beschäftigten im Forstbereich leisten deshalb eine wichtige und wertvolle Arbeit.

Unser Leitgedanke ist „**Naturschutz durch Nutzung**“. Daran richten wir unsere Politik aus. Rheinland-Pfalz ist Spitzenreiter im Vertragsnaturschutz, mit dem wir die landwirtschaftliche Nutzung so honorieren, dass bunte, artenreiche Wiesen und Weiden und strukturreiche Weinbergshänge nicht verschwinden.

Intakte Böden sind Lebensgrundlagen für Mensch und Tier und tragen zum Erhalt der biologischen Vielfalt bei. Der Schutz der Böden und die deutliche Reduzierung der **Flächeninanspruchnahme** sind wichtige Voraussetzungen für den Klimaschutz und die Ressourcenverantwortung.

Die SPD und eine von ihr gestellte Landesregierung werden den Weg von der klassischen Abfallwirtschaft zur **Kreislaufwirtschaft** konsequent weiter gehen. Unsere Verantwortung für mehr Energie- und Ressourceneffizienz verpflichtet uns, Rohstoffe, Biomasse, Wasser, Abfall und Energie durch Stoffstrommanagement integriert und nachhaltig zu nutzen.

Wir setzen auch im Naturschutz auf die Zusammenarbeit mit Naturschützern, Landnutzern und Eigentümern.

Mit dem Konzept „**Verantwortungsarten in Rheinland-Pfalz**“ wollen wir für 25 Leitarten und ihre Lebensräume werben und einen „Schirm“ für ein vielfältiges Artenspektrum aufspannen.

Mit der Entwicklung des Biotopverbundes, der sich inzwischen auf ca. 20 Prozent der Landesfläche erstreckt, und der Förderung von Wildtierkorridoren sollen **Lebensräume vernetzt**, die Entwicklung stabiler Populationen gefördert und bessere Verbreitungsmöglichkeiten unterstützt und nachhaltig gesichert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die **europäische Agrarpolitik 2013** die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft für ihre Leistungen für die Natur und die Umwelt stärker unterstützt.

Ein Netz für **Schutzgebiete**, welches sich auf über 50 Prozent der Landesfläche spannt, werden wir behutsam weiterentwickeln. Die Förderkulisse soll ökoeffizient weiterentwickelt, der Vertragsnaturschutz ausgebaut und auf die Natura 2000-Gebiete konzentriert werden.

In den letzten sechs Jahren ist die Anzahl der Naturparke von sechs auf acht gestiegen. Die SPD wird deren Unterstützung bei konkreten Projekten sicherstellen. Die guten Erfahrungen mit dem „Partnerbetrieb Naturschutz“, mit dem Rheinland-Pfalz bundesweit Vorreiter war, ermutigen uns, das Projekt im Rahmen unserer Umweltpolitik schrittweise zu einem landesweiten Angebot zu entwickeln.

Wir wollen die Flächeninanspruchnahme bis zum Jahr 2020 halbieren. Dieses Ziel ist nur im Zusammenwirken mit vielen Akteuren, vor allem mit den Kommunen, zu erreichen. Das Projekt „Raum+ Rheinland-Pfalz 2010“ legt dazu mit einem nachhaltigen Flächenmanagement die Grundlagen.

Mit dem „**Handlungsprogramm Klimawandel**“ entwickeln wir Maßnahmen und Anpassungsstrategien für Natur-, Wald- und Wasserwirtschaft. Forschungsprojekte liefern auf der Grundlage regionaler Klimamodelle die Basis dafür. Die Landesregierung bindet Kommunen, Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz- und Wirtschaftsverbände ein und hat das Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen in Trippstadt gegründet.

Wir halten am Gemeinschaftsforstamt und der Präsenz in der Fläche fest. Unsere Forstämter sind wichtige Dienstleister für Kommunen und private Dritte und sie sind stark in der Ausbildung. Wir

setzen uns für eine verlässliche Personalentwicklung im Forstbereich ein. Eine nachhaltige **Forstwirtschaft** liefert verlässlich den Rohstoff für eine Wertschöpfung, die zirka 50.000 Arbeitsplätze in unserem Land sichert. Wir wollen die Clusterpolitik Forst und Holz fortsetzen und damit die Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Wirtschaftszweiges stärken.

Wir haben ein Kompetenzzentrum Stoffstrommanagement eingerichtet und werden regionale Stoffstrommanagementkonzepte weiter fördern.

Hochwasserschutz: Sicherheit an den Flüssen in Rheinland-Pfalz

Mit unserer **Hochwasserschutzpolitik** investieren wir auch in Zukunft in die Sicherheit der Rheinland-Pfälzer, schaffen Perspektiven für die städtebauliche Entwicklung und sorgen für gute Standortbedingungen für Unternehmen. Die flächendeckende **Versorgung mit hochwertigem Trinkwasser und die Abwasserbeseitigung** werden wir weiterhin auf hohem Niveau sichern. Mit der **Aktion Blau** haben wir im Gewässerschutz viel erreicht.

In die Generationenaufgabe **Hochwasserschutz**, in die seit Beginn der 1990er Jahre ein Investitionsvolumen von über 660 Millionen Euro geflossen ist, soll weiter investiert werden - zur Förderung des natürlichen Wasserrückhaltes in der Fläche, für sichere Deiche, Rückhalteräume und örtliche Schutzmaßnahmen sowie die Stärkung der Eigenvorsorge.

Wir halten an dem **Ziel eines „200-jährigen“ Hochwasserschutzes für den Oberrhein** fest und werden dafür sorgen, dass die erforderlichen Maßnahmen in Rheinland-Pfalz zügig umgesetzt werden. Im Hochwasserschutz am Oberrhein sollen die Rückhalteräume bis 2012 - soweit nicht durch gerichtliche Überprüfung verzögert - einsatzbereit und die Deichertüchtigung abgeschlossen sein. Wir erwarten, dass die anderen Anrainer-Länder auch ihre Verpflichtungen erfüllen.

Wir wollen mit örtlichen Hochwasserschutzmaßnahmen die Sicherheit für die Menschen an den großen Nebenflüssen des Rheins, am Mittelrhein, aber auch an den kleineren Flüssen in der Fläche erhöhen. Hierfür sind bis 2015 Investitionen von über 100 Millionen Euro geplant. Deshalb wollen wir auch im UNESCO-Welterbe „Oberes Mittelrheintal“ die Investitionen für Hochwasserschutz und Renaturierung mit Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung des Naturschutzes und der Infrastruktur für Tourismus verbinden.

Wir werden die Menschen in den hochwassergefährdeten Gebieten weiter unterstützen. Ein Hochwassermeldedienst steht landesweit auch an den kleinen Flüssen zur Verfügung. Hochwassergefahrenkarten informieren Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen über Risiken. Sie erleichtern die rechtzeitige und gezielte Vorsorge und Einsatzplanung im Hochwasserfall. Hierzu werden auch landesweit regionale Hochwasserpartnerschaften der kommunalen Gebietskörperschaften eingerichtet.

Die „Aktion Blau“ des Landes ist eine Erfolgsgeschichte: Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 140 Millionen Euro wurden seit 1995 zur naturnahen Gestaltung und verbesserten Durchgängigkeit unserer Bäche und Flüsse sowie zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in der Fläche realisiert. Eine SPD-geführte Landesregierung wird diese Förderung auf hohem Niveau fortsetzen.

Mit der finanziellen Unterstützung des Landes in Höhe von rund einer Milliarde Euro konnten die rheinland-pfälzischen Kommunen in den vergangenen zehn Jahren die Infrastruktur der **Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung** auf ein hohes Niveau ausbauen: 99 Prozent der Bevölkerung sind an mechanisch-biologische Kläranlagen angeschlossen und wir haben die drittgünstigsten Abwassergebühren im Ländervergleich. In der Wasserversorgung wird die Bevölkerung flächendeckend mit hochwertigem Trinkwasser versorgt. Wir wollen die Erstausrüstung mit Abwasseranlagen zum Abschluss bringen. Der Schwerpunkt unserer Förderung wird in der Unterstützung von Wasserversorgungsverbänden liegen - zur größeren Versorgungssicherheit und auch als Antwort auf klimabedingte Veränderungen. Wir werden die Zusammenarbeit von Kommunen und Betrieben weiter fördern, damit sich die Bürgerinnen und Bürger auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels darauf verlassen können, dass diese Leistungen der Daseinsvorsorge weiterhin zu sozialverträglichen Preisen angeboten werden.

Die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung als zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge sollen in der bewährten Hand der Kommunen bleiben. Wir lehnen eine Privatisierung der Wasserversorgung und der Abwasserbehandlung ab.

5. Wir sind stark in der Medien- und Netzpolitik

Das Internet und die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sind selbstverständlicher Teil des Alltags der Menschen geworden. Die digitale Verfügbarkeit von Daten scheint grenzenlos. Google, Soziale Netzwerke, Twitter, Smart Phone, Apps sind Ausdruck einer digitalen Revolution, deren Ende nicht absehbar ist. Diese faszinierenden Möglichkeiten der Kommunikation, der weltweiten Vernetzung von Menschen sind eine Bereicherung für uns und treten neben die sogenannten „klassischen“ Medien, wie Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften. An vielen Stellen wachsen sie mit den neuen technischen Möglichkeiten zusammen. Auch unsere Arbeitswelt ist ohne die digitalen Medien nicht mehr vorstellbar. In Rheinland-Pfalz arbeiten 63.000 Menschen in diesen Bereichen.

Die sich dadurch bietenden Chancen wollen wir für Rheinland-Pfalz nutzen und die Möglichkeiten weiter ausbauen. Für die Informationstechnologie und das Internet wollen wir weitgehende Entfaltungsspielräume bieten und gleichzeitig dem Missbrauch und der Kriminalität klare Grenzen setzen. Wir sorgen für Freiheit und Sicherheit im Netz.

Digitaler Zugang für alle

Zugang zur und Teilhabe an der digitalen Welt sind unverzichtbar. Wir werden dafür sorgen, dass ab 2012 jedem Haushalt in Rheinland-Pfalz ein **leistungsfähiger Breitbandanschluss** zur Verfügung steht. Dafür haben wir auch terrestrische Frequenzen bereitgestellt. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes geschaffen werden. Wir lehnen eine regionalisierte Preisgestaltung ab, die den ländlichen Raum und die Ränder von Ballungszentren benachteiligt.

Wir werden ein Infrastrukturausbaugesetz auf den Weg bringen, in dem verbindlich festgelegt wird, dass bei Tiefbauarbeiten die notwendigen Leerrohre für den Glasfaserausbau mit verlegt werden.

Netzneutralität im Internet sicherstellen

Für die Freiheit der Information im Netz und den ungehinderten Transport von Daten ist es unerlässlich, die **Neutralität des Netzes durch die Betreiber** sicherzustellen. Wir werden dazu geeignete Maßnahmen in die Gesetzgebung des Bundes einbringen.

Mit Sorge sieht die SPD Rheinland-Pfalz erhebliche Konzentrationsprozesse sowohl bei den Betreibern als auch bei Teilangeboten im Netz, beispielsweise bei Suchmaschinen oder sozialen Netzwerken. Wir setzen uns für neue kartell- und medienrechtliche Möglichkeiten ein, eine solche ungewünschte Entwicklung zu unterbinden. Nur ein von Monopolen freies Internet kann seine kreativen Kräfte transparent entfalten.

Freiheit im Netz schützen – Grenzen deutlich machen

Auch im Internet gelten die Freiheitsrechte; deshalb werden wir diese auch schützen, gegenüber dem Staat, aber mehr noch gegenüber der Wirtschaft. Von dort drohen immer mehr Gefahren. Die Mega-Datensammler zeigen dies tagtäglich. Von ihnen drohen die Kommerzialisierung und der Verlust der Privatsphäre. Der gläserne Mensch aber ist nicht mehr frei. Dieser Entwicklung werden wir uns entgegenstellen.

Auch im Internet gibt es keine Freiheit ohne Bindung und Begrenzung. Deshalb brauchen wir für Internet-Aktivitäten einen **neuen rechtlichen Rahmen**. Die Vorschriften des **Bundesdatenschutzgesetzes** sind deshalb zu **modernisieren**; außerdem brauchen wir ein

Internetgesetz, das u. a. Regelungen über Bewertungsportale und über den Schutz digitaler Urheberrechte enthält. Eine SPD-geführte Landesregierung wird beides im Bundesrat auf den Weg bringen.

Notwendig ist bei der Nutzung des Internets darüber hinaus die Fähigkeit, verantwortungsvoll mit der Freiheit im Internet umzugehen. Das schließt den sorgsam Umgang mit den eigenen Daten und den respektvollen Umgang mit den Daten Dritter ebenso ein, wie die Aufgabe, ethischen Grundsätzen bei der Online-Nutzung Geltung zu verschaffen. All dies gehört zur **Digitalen- und Medienkompetenz**, der wir eine hohe Priorität einräumen. Dies gilt auch für die Förderung von Online-Techniken, mit denen die Risiken des Internets besser beherrscht werden können. Dazu zählt z. B. die Einführung eines digitalen Verfallsdatums.

Die Speicherkapazitäten sind grenzenlos, die Möglichkeiten persönliche Daten miteinander zu kombinieren ebenso. Dies macht Bewegungs-, Interessens- oder sonstige Profile möglich. Das heutige Internet wird durch das „Internet der Dinge“ ergänzt werden. Die RFID-Technik wird unseren Alltag beherrschen. Sie wird die Privatsphäre neu bedrohen. Deshalb hat die Landesregierung diesen Bereich der Aufsicht des **Landesbeauftragten für den Datenschutz** unterstellt. Die SPD Rheinland-Pfalz unterstützt nachdrücklich dessen Bemühungen um eine stärkere Sensibilisierung der Menschen und um ein wacheres Datenschutzbewusstsein.

Digitale- und Medienkompetenz stärken

Eigenverantwortliches und selbstbewusstes Handeln von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und den respektvollen Umgang mit Anderen gerade im Umgang mit den neuen digitalen Medien zu vermitteln und zu unterstützen, das ist das Ziel von **Medienkompetenz**. Ihre Vermittlung findet nicht nur an Schulen statt. Rheinland-Pfalz ist dabei bundesweit vorne. Mit dem Programm „Medienkompetenz macht Schule“ hat die Landesregierung seit dem Schuljahr 2007/2008 an 380 Schulen moderne Technik installiert. 20.000 Lehrkräfte haben sich seit 2006 an Medien-Fortbildungen beteiligt. Die Medienbildung wurde von der Landesregierung auch durch zahlreiche Handreichungen und Fortbildungen unterstützt.

Die SPD Rheinland-Pfalz will

- die Vermittlung von Medienkompetenz als verpflichtenden Bestandteil der Lehrerausbildung einführen;
- nicht nur Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern Medienkompetenz vermitteln, sondern auch Eltern und älteren Menschen;
- alle Schulen der Sekundarstufe I und II bis 2015 mit Laptops und einem fächerübergreifenden Medienkompetenz-Angebot ausstatten;
- an Grundschulen das spielerische Erlernen von Medienkompetenz fördern;
- einen Medienführerschein für alle Schülerinnen und Schüler einführen, der in verschiedenen Qualitätsstufen den Erwerb von Medienkompetenz dokumentiert;
- Schüler- und Jugendredakteure weiter unterstützen;
- das Projekt „Zeitung lesen macht schlau“ ausweiten.

Besonders wichtig ist uns der **Jugendmedienschutz**. Wir wollen, dass Eltern für die Risiken sensibilisiert werden, denen Kinder und Jugendliche bei der Mediennutzung ausgesetzt sein können. Gemeinsam mit allen relevanten Akteuren in der digitalen Welt wollen wir geeignete Handlungskonzepte erarbeiten. So werden in Rheinland-Pfalz schon heute gemeinsam mit „jugendschutz.net“ Jugendliche zu Medienscouts ausgebildet.

Daten wirksam schützen – Verbraucherrechte stärken

Wir brauchen eine neue Sensibilität für den Umgang mit den eigenen Daten. Aber auch die Überprüfung des Umgangs mit Daten generell ist ein wichtiger Teil des Datenschutzes.

Es ist deshalb richtig und gut, dass die Aufsicht über private und öffentliche Daten in Rheinland-Pfalz beim Datenschutzbeauftragten des Landes zusammengeführt worden ist.

Wir werden

- uns für eine bessere Verwirklichung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung einsetzen. Dieses Datenschutzrecht setzt voraus, dass jeder grundsätzlich selbst entscheidet, was mit seinen Daten geschieht. Deshalb muss gelten: Datenverarbeitung nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen. Regelungen, bei denen die Datenverarbeitung erlaubt ist, solange nicht ausdrücklich Widerspruch eingelegt wurde, müssen die Ausnahme sein;
- nicht nachlassen in unserem Einsatz für ein wirksames Arbeitnehmerdatenschutzgesetz;
- den Schutz von Minderjährigen im Internet, vor allem in den sozialen Netzwerken, besser zur Geltung bringen;
- auf eine größere Sicherheit der online gespeicherten Daten drängen, insbesondere in den sozialen Netzwerken;
- die bisher offene Frage, wie das informationelle Selbstbestimmungsrecht von Unternehmen zu schützen ist, gemeinsam mit den Kammern klären;
- die RFID-Technik und ihre Auswirkungen im Alltag kritisch begleiten;
- die Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz weiterhin sicherstellen und ihn für seine Kontrollfunktion, seine Öffentlichkeitsarbeit und seine Zusammenarbeit mit den behördlichen Datenschutzbeauftragten weiter personell und materiell stärken.

Datenschutz und Verbraucherschutz sind eng verbunden. Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz bietet dazu ein umfangreiches Beratungsangebot. 2009 haben 6600 Schülerinnen und Schüler an den Veranstaltungen zum Thema „Kostenfalle Handy und Internet“ teilgenommen.

Wir werden

- die enge Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale in diesem Bereich fortsetzen;
- ein koordiniertes Vorgehen von Datenschutz und Verbraucherschutz weiter fördern;
- die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken, vor allem im Bereich der unlauteren Telefonwerbung, des Missbrauchs von Mehrwertdiensten (Bezahl-Telefonnummern) und bei kostenpflichtigen Warteschleifen;
- uns dafür einsetzen, dass Kundendaten nicht ohne Einwilligung des Betroffenen an Dritte weitergegeben werden dürfen.

Netzkriminalität bekämpfen

Die Möglichkeiten des Internets werden durch Kriminelle missbraucht. Dies bezieht sich auf Wirtschaftskriminalität ebenso wie auf die Anstachelung zum Rassenhass oder die Verbreitung von Kinderpornografie. Auch die organisierte Kriminalität und Terroristen bewegen sich im Netz und nutzen es für ihre Zwecke.

Damit die Polizei wirksam gegen Kriminalität im Internet vorgehen kann, braucht sie neue Ermittlungsinstrumente. Dies wird durch das rheinland-pfälzische Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz sichergestellt. Es vereint die Notwendigkeiten einer erfolgreichen

Polizeiarbeit mit den selbstverständlichen Regeln des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates.

Dies ist unser Maßstab: **der Schutz der Privatsphäre** und die **Freiheit der Bürgerinnen und Bürger sind auch im Netz ein hohes Gut**. Wir werden

- auch weiterhin die Kriminalität im Netz entschieden bekämpfen;
- für das Löschen unzulässiger Internet-Inhalte eintreten.
- Freiheit und Sicherheit für alle auch in der digitalen Gesellschaft garantieren.

Die elektronische Verwaltung weiter ausbauen – Bürgerbeteiligung ermöglichen

2006 wurde die **Zentralstelle für IT und Multimedia** gegründet, die bundesweite Beachtung erfährt. Sie gestaltet die Informationstechnologie und das E-Government des Landes. Rheinland-Pfalz verfügt über ein hochleistungsfähiges Datennetz, alle Bereiche der Verwaltung sind mit dem modernsten Stand der Technik ausgerüstet. Wir werden die **Verwaltung** mit elektronischen Verfahren noch **effizienter und schneller** gestalten. Wir wollen damit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen den Kontakt und den Umgang mit den Behörden weiter erleichtern. Bürgerbüros werden sicherstellen, dass auch die Mensch-zu-Mensch-Kommunikation erhalten bleibt. Das ist für uns bürgernahe Verwaltung.

Wir werden

- bis zum Jahr 2015 alle wesentlichen Verwaltungsleistungen online bereitstellen und Antragsverfahren überwiegend elektronisch abwickeln;
- insbesondere die elektronische An-, Ab- und Ummeldung von Kraftfahrzeugen ermöglichen;
- flächendeckend die Behördenrufnummer 115 mit einer einheitlichen Ansprech- und Lotsenfunktion für die Bürgerinnen und Bürger einführen;
- die Aktivitäten der Informations- und Kommunikationstechnologie im Land weiter bündeln.

Die elektronische Entwicklung ermöglicht neue Formen der unmittelbaren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am demokratischen Prozess. Wo das Internet dazu beitragen kann, öffentliche Meinungs- und Beteiligungsprozesse zu verbessern, werden wir diese Möglichkeit im Sinne einer starken Demokratie nutzen. Dazu gehört die Einführung der **öffentlichen Petition via Internet**.

Den Medienstandort Rheinland-Pfalz ausbauen

In den Regionen Mainz, Rheinhessen, Trier, Koblenz und Kaiserslautern vernetzt die Landesregierung seit Jahren erfolgreich Land, Kommunen, IT-Wirtschaft und Wissenschaft. Aus dieser intensiven Zusammenarbeit sind zahlreiche Unternehmensgründungen und Wissenschaftsansiedlungen entstanden.

Wir werden dafür sorgen, dass

- die elektronischen Prozessketten zwischen Wirtschaft und Verwaltung weiter intensiviert werden;
- Genehmigungsverfahren durch elektronische Abwicklung weiter beschleunigt werden;
- elektronische Anlaufstellen für alle Online-Behördengänge (One-Stop-eGovernment) eingerichtet wird.

Rheinland-Pfalz ist Standort bedeutender Medienunternehmen. Das ZDF, der SWR, RPR und zahlreiche engagierte Lokal- und Regionalsender sind hier beheimatet. Bedeutende Verlagshäuser und Druckereien, aber auch viele kleine und mittelständische Design- und Werbeagenturen sind in Rheinland-Pfalz zu Hause.

Mit der **Multimedia-Initiative** des Landes unterstützen wir diese Branche insbesondere im Bereich der Ausbildung in zukunftssträchtigen Medienberufen. Die Universität Mainz gehört auf dem Gebiet der Medienwissenschaften zu den herausragenden Hochschulen bundesweit; ebenso sind die Fachhochschule Mainz bei Grafik und Design, die Universität Koblenz in der Informatik und die Technische Universität Kaiserslautern bei elektronischer Systementwicklung bundesweit herausragende Hochschulstandorte. Sie werden wir weiter stärken.

Wir werden

- einen Ausbildungs- und Hochschulverbund Medien mit Kern in Mainz schaffen. Dazu wird an der Universität Mainz in engem Zusammenwirken mit der Fachhochschule bis 2013 ein Medienhaus errichtet, in dem alle Disziplinen an einen Ort zusammengeführt werden;
- die erfolgreiche Zusammenarbeit der Landesregierung mit der IHK Rheinhessen und den anderen Partnern weiter intensiv begleiten;
- die Landesregierung in ihrer Initiative für exzellente Wissenschaftsleistung an der Universität Mainz weiterhin unterstützen.

Das Duale Rundfunksystem in eine gute Zukunft führen

Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft. Sie tragen zur Information, zur Meinungsbildung und zum Zusammenhalt der Gesellschaft substantiell bei.

Die SPD Rheinland-Pfalz möchte, dass sich ZDF, SWR und Deutschlandradio auskömmlich fortentwickeln können. Dafür setzen wir uns ein. Und wir werden weiter dafür streiten, dass einseitige politische Einflussnahme auf die Anstalten unterbleibt.

Die privaten Fernseh- und Hörfunkveranstalter müssen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, ihre Programme zu refinanzieren. Auch deshalb treten wir für einen **Werbeverzicht der öffentlich-rechtlichen Anstalten** ein. Wir wehren uns allerdings dagegen, wenn bei Veranstaltern wie Verlagen überzogene Renditeerwartungen qualitätsvolle Angebote immer seltener werden lassen.

6. Wir garantieren Freiheit, Sicherheit und Recht

Freie Entfaltung, gemeinschaftliches Zusammenleben und Wohlstand sind nur in einem **sicheren und sozialen Rechtsstaat** möglich. Ohne Sicherheit ist Freiheit wenig wert – ohne Freiheit ist Sicherheit nichts.

Wir sind unserem großen gemeinsamen **Erbe von Hambach** verpflichtet. Freiheit ist kein selbstverständlicher Besitz, sie muss immer aufs Neue verteidigt und bewahrt werden.

Für uns steht die freie Entfaltung in Sicherheit im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir setzen auf eine **grund- und bürgerrechtsorientierte Rechts- und Innenpolitik**, die dafür sorgt, dass Rheinland-Pfalz ein sicheres Land bleibt. Deshalb haben sich die SPD und die Landesregierung gegen die automatische Kennzeichenerfassung zur Feststellung von Gesetzesverstößen entschieden.

Mit Platz 3 im Ländervergleich steht Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren mit an der Spitze der Länder mit der **höchsten Aufklärungsquote** von Straftaten. Das Risiko, in unserem Land Opfer einer Straftat zu werden, ist vergleichsweise gering. Dies sind Erfolge einer umsichtigen Innen- und Rechtspolitik der von uns gestellten Landesregierung, die auf Prävention und Repression setzt. So bekämpfen wir auch den Terrorismus und Extremismus mit allen Mitteln des Rechtsstaates.

Die SPD in Rheinland-Pfalz steht für Gerechtigkeit durch eine starke Justiz – richtige und rasche Rechtsdurchsetzung dient den Bürgerinnen und Bürgern, und sie ist auch ein Standortvorteil. Bei der Kürze der gerichtlichen Verfahrenszeiten sind wir in vielen Bereichen Spitze. Dazu trägt auch das moderne rheinland-pfälzische Konzept der Konfliktbeilegung durch Schlichtung und Mediation bei.

Justiz ist ein öffentliches Gut – Privatisierungsbestrebungen, beispielsweise im Bereich des Strafvollzuges und des Gerichtsvollzieherwesens, lehnen wir ab.

Gleicher Zugang zum Recht – auch sozial Schwächere müssen in der Lage sein, ihre Rechte bei Behörden und Gerichten gleichermaßen durchzusetzen. Deshalb wenden wir uns gegen jede Form der Änderung bei der Prozesskostenhilfe oder der Beratungshilfe, wenn diese bedürftige Menschen abhält, ihre Rechte geltend zu machen.

Es ist Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu schützen. Wir bekennen uns zu dieser öffentlichen Aufgabe. Bei uns steht **Opferschutz** im Vordergrund, denn die Opfer von Straftaten bedürfen unserer Hilfe.

Sicherheit beruht auch auf Vertrauen der Menschen in die staatlichen Institutionen. Ein **funktionsfähiger öffentlicher Dienst** ist daher eine zentrale Säule unseres sozialen Rechtsstaates. Für qualifiziert und zügig arbeitende Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften und effizienten Strafvollzug sind gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso notwendig wie eine moderne technologische Ausstattung. Dafür setzt sich die SPD ein.

Gesellschaftliches Miteinander lebt vom Einsatz eines und einer **jeden Einzelnen**: Feuerwehren und Hilfsorganisationen mit ihren überwiegend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sind herausragende Vorbilder dafür, wie Bürgerinnen und Bürger einen wichtigen Bereich der Inneren Sicherheit selbst gestalten – davon lebt unser Land. Dies gilt es zu erhalten.

Freie Entfaltung, sicheres Zusammenleben und gesellschaftliches Engagement sind die Leitideen unserer Rechts- und Innenpolitik.

Sicher leben in Rheinland-Pfalz

Mit dem Konzept "P.R.O - **Prävention, Repression und Opferhilfe**" hat die Landesregierung in Rheinland-Pfalz eine umfassende Sicherheitsstrategie im Kampf gegen Kriminalität umgesetzt.

Das statistische Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Auch die seit Jahren sehr hohe **Aufklärungsquote** von über 62 Prozent ist Beleg der souveränen Arbeit unserer Polizei. Wir setzen auf die Präsenz vor Ort und haben die Polizei personell enorm verstärkt: Im Juni 1991 gab es 8.480 ausgebildete Polizeibeamtinnen und –beamte in Rheinland-Pfalz, heute sind es fast 10.000. Über 900 weitere Polizistinnen und Polizisten befinden sich in der Ausbildung.

Mit ihrer technischen Ausstattung nimmt die rheinland-pfälzische Polizei im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz ein. Die föderale Sicherheitsarchitektur in Deutschland hat sich bewährt. Wir lehnen die Kompetenzverlagerung zu Lasten der Länder ab und sehen keine Notwendigkeit für die Errichtung einer deutschen Superbehörde wie das FBI.

Wir brauchen keine „Hilfs-Sheriffs“ und keine Bundeswehr im Innern, denn SPD-Innenpolitik sichert die **starke Präsenz der Polizei** - auch in ländlichen Räumen. Die Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit zum Schutz der Bevölkerung. Das gilt auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der freiwilligen und Berufsfeuerwehren. Ihnen und den Angehörigen der Rettungsdienst und des THW verdanken viele Menschen in unserem Land ihr Leben. Die SPD achtet diese Leistung. Sie wird sich dafür einsetzen, dass der Respekt für Polizei und Rettungskräfte in der Gesellschaft erhalten bleibt und gestärkt wird.

Durch den Wegfall der Wehrpflicht wird unsere Gesellschaft in Zukunft in noch größerem Maße als bisher auf das ehrenamtliche Engagement vieler Frauen und Männer angewiesen sein. Ihnen sollte in noch stärkerem Maße gesellschaftliche Anerkennung zukommen, um auch Nachwuchskräfte zu motivieren, sich zu engagieren.

Die SPD wird dieses Engagement stärker fördern und neue Formen der Anerkennung der Leistungen und des Einsatzes entwickeln. Damit wollen wir auch die Anreize erhöhen, sich für die Gemeinschaft trotz damit verbundener Gefahren einzusetzen.

Für eine **effiziente Strafjustiz** hat die Landesregierung die personelle Ausstattung der Staatsanwaltschaften, der Strafgerichte sowie der Bewährungs- und Gerichtshilfe spürbar verstärkt.

Die **personelle Erweiterung des Strafvollzuges**, gewaltige Bauinvestitionen, zum Beispiel für den Neubau der Justizvollzugsanstalt Wittlich und für eine Vielzahl von Gebäudesanierungen, sowie neue Gesetze, beispielsweise das Jugendstrafvollzugsgesetz und das Untersuchungshaftvollzugsgesetz, haben den Strafvollzug in unserem Land in jeder Hinsicht modernisiert und verbessert.

Im Interesse eines **effektiven Opferschutzes** hat die Landesregierung den Aufbau **ambulanter Nachsorgeeinrichtungen** für Gewalt- und Sexualtäter gefördert.

Mit dem bundesweit vorbildlichen Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG), bietet das Land auf Initiative der SPD den Opfern von häuslicher und sexueller Gewalt ein engmaschiges Hilfs- und Betreuungsangebot.

Insbesondere **Zeugen und Zeuginnen**, die Opfer von Straftaten wurden, steht ein flächendeckendes Netz von Zeugenkontaktstellen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften mit Rat und Tat zur Seite.

Zudem haben wir dafür gesorgt, dass die **Häuser des Jugendrechts** neu gestaltet wurden. Dort arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Staatsanwaltschaft und Polizei, Jugendhilfe und freien Trägern vorbeugend und effektiv gegen Jugendstraftaten. Rheinland-Pfalz ist mit diesem Konzept bundesweit führend.

Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung sind keine Kavaliersdelikte, sondern müssen konsequent geahndet werden. Unsere Strategie hierzu setzt auf spezialisierte Staatsanwaltschaften und Strafgerichte sowie eine gute Ausstattung der Gerichte und Behörden mit Personal und mit den erforderlichen Sachmitteln. **Konsequente Strafverfolgung** in allen Bereichen dämmt die Kleinkriminalität ein und sorgt dafür, dass in Rheinland-Pfalz auch kein Platz

ist für organisierte Kriminalität mit Schutzgelderpressung, Drogen- und Menschenhandel oder für Produkt- und Markenpiraterie.

Die Innenpolitik der SPD Rheinland-Pfalz ist geprägt durch das gemeinschaftliche Agieren von Staat und Gesellschaft im Rahmen unserer Sicherheitspartnerschaft. Bei uns werden alle öffentlichen und privaten Institutionen und vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitsarbeit einbezogen. In diesem strategischen Ansatz nehmen die **kriminalpräventiven Räte** in den Kommunen eine wichtige Rolle ein. Vor Ort können viele Ursachen für die Entstehung von Kriminalität viel besser erkannt und direkt angegangen werden.

Mit dem bundesweit vorbildlichen Projekt der forensischen Ambulanz für Opfer häuslicher und sexueller Gewalt haben wir neue, hilfreiche Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen. Die Opfer müssen nicht sofort zur Polizei, stattdessen können sie sich an die Ambulanz wenden und mit Beratungspersonen die weiteren Schritte besprechen. Dabei gelten alle Angaben schon in dieser Phase als gerichtsfest.

Die SPD will, dass die Opfer von Straftaten künftig noch stärker unterstützt werden. Dazu gehört für uns ein dichtes **Netz psychosozialer Hilfen** für die Betroffenen und eine weitere Stärkung des **Täter-Opfer-Ausgleichs**, bei dessen Anwendung Rheinland-Pfalz führend ist.

Eine **Reform der Gerichtsorganisation** und der gerichtlichen Verfahren wird die SPD Rheinland-Pfalz nur dann mittragen, wenn mit ihr **mehr Bürgernähe und mehr Effektivität** erreicht wird.

Wir werden ein **öffentliches Rechtsberatungsangebot** einführen, wenn dadurch eine bessere Rechtsberatung für Jugendliche und sozial schwächere Menschen erreicht werden kann.

Wir werden in allen Oberzentren **Häuser des Jugendrechtes schaffen** und das Erfolgsmodell für unsere ländlichen Räume weiterentwickeln.

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas – die **internationale Zusammenarbeit** der Gerichte und Staatsanwaltschaften unseres Landes mit vielen europäischen Ländern, insbesondere mit Bulgarien, Polen und der Ukraine, werden wir ausbauen.

Wir garantieren auch weiterhin einen hohen **Personalstand der Polizei**. Damit Rheinland-Pfalz ein sicheres Land bleibt, werden wir sicherstellen, dass unsere Polizei auch in den kommenden Jahren über gut **ausgebildete Beamtinnen und Beamte** und **moderne Technik** verfügt. Wir werden mit **der Einführung des Digitalfunks** die technische Leistungsfähigkeit der Polizei- und Rettungskräfte weiter erhöhen.

Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein sicheres Land mit **hoher Aufklärungsquote** und vergleichsweise **geringer Kriminalität** ist.

Entschlossen gegenüber Extremisten

Besondere Wachsamkeit und Konsequenz zeigen wir gegenüber **Extremisten**. Wir treten entschlossen allen radikalen und extremistischen Diffamierungen und Gewalttaten entgegen. Wir werden uns auch weiterhin nicht durch verblendete und radikale Gruppen in unserem Bemühen um ein friedliches Miteinander beeinträchtigen lassen. Gewalttäter und extremistische Organisationen müssen konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Wir werden als Bürgerbewegungen getarnten rechtspopulistischen Bestrebungen entschieden entgegenzutreten.

Der Verfassungsschutz ist und bleibt für uns ein wichtiges Instrument im Kampf gegen politisch (links wie rechts) und religiös motivierten Extremismus und gemeinsam mit der Polizei gegen den internationalen Terrorismus.

Besondere Aufmerksamkeit werden wir den Bemühungen von Rechtsextremisten widmen, Jugendliche in ihr Fahrwasser zu ziehen. Wir werden weiter daran arbeiten, ihren gesellschaftlichen Nährboden trocken zu legen. Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, viele Projekte und Maßnahmen der Sozial- und Jugendpolitik, gezielte

Aufklärung und politische Bildung helfen dabei. Wir unterstützen das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ bei seiner engagierten Arbeit.

Wir setzen uns für ein Verbot der NPD ein.

7. Wir stärken die Handlungsfähigkeit von Staat und Kommunen

Die SPD will einen starken, handlungsfähigen und bürgerfreundlichen Staat. Eine an **Menschlichkeit und Fairness** orientierte Politik für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im Land setzt einen handlungsfähigen Staat und starke Kommunen voraus.

Unsere Politik ermöglicht **Lebenschancen und Lebensqualität** für alle und nicht nur Reichtum für wenige. Wir wissen: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Zu einem handlungsfähigen Staat und starken Kommunen gehören ausreichende finanzielle Möglichkeiten. Wir wollen politische Handlungsspielräume erhalten. Wir setzen die **verantwortungsvolle Konsolidierungspolitik** im Bereich der öffentlichen Haushalte fort.

Kommunen müssen für eine **attraktive öffentliche Infrastruktur** sorgen können. Dafür brauchen Bund, Länder und Kommunen eine ausreichende Finanzausstattung. Wir wollen, dass unser Staat handlungsfähig bleibt und eine bürgernahe, schnelle und effiziente Verwaltung ermöglicht. Wir treten für den Erhalt eines handlungsfähigen Staates und für eine gerechte Lastenverteilung ein. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Wir stehen für Bürgernähe und unbürokratischen Verwaltungsservice. Unser Ziel lautet: **Erhalt des direkten Kontakts der Menschen zur Verwaltung**. Deshalb wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken, denn sie ist Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Und das macht den eigentlichen Wert der Kommunalpolitik in Zeiten der Globalisierung aus, in der internationale Entwicklungen und europäische Institutionen immer komplizierter und damit für die Menschen immer undurchschaubarer werden.

Bürgerschaftliches Engagement: gemeinsam aktiv

Die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Gestaltung von Zukunftsaufgaben braucht **bürgerschaftliches Engagement**. Wir Sozialdemokraten wollen eine aktive Bürgergesellschaft, in der jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht und die Chance hat, sich an der Gestaltung unseres Gemeinwesens aktiv zu beteiligen. Nur im Dialog und im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern kann Politik erfolgreich im Sinne der Menschen gestaltet werden. Das schafft Akzeptanz und Bodenhaftung.

Das bundesweit überdurchschnittliche ehrenamtliche Engagement der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ist Teil des besonderen Lebensgefühls in unserem Land. Dieses wollen wir bewahren und ausbauen.

Die sozialdemokratische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren bereits neue Wege der Einbeziehung und **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** an der Gestaltung von politischen Entscheidungen beschritten. So wurden die Ideen zur Kommunal- und Verwaltungsreform mit ihnen entwickelt und diskutiert. Fast 1.000 Bürgerinnen und Bürger setzten sich bei Bürgerkongressen und so genannten Planungszellen in den verschiedenen Landesteilen intensiv mit der Reform auseinander. Diese Beteiligung ist in der Bundesrepublik einmalig.

Über **raumplanerische Großprojekte** müssen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig, umfassend, in verständlicher Form und fortlaufend informiert werden. In allen Entwicklungs- und Planungsphasen erhalten sie die Möglichkeit einer Beteiligung an den zu fällenden Entscheidungen. Eine **stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** trägt dazu bei, Konflikte frühzeitig zu erkennen, tragfähige Kompromisse zu finden und dadurch die Umsetzung von Großprojekten zu beschleunigen.

Auch über die Landesgrenzen hinaus sind unsere bei der Kommunal- und Verwaltungsreform praktizierten Beteiligungsansätze weithin anerkannt und werden inzwischen als „Markenzeichen“ sozialdemokratischer rheinland-pfälzischer Politik wahrgenommen. Als Sozialdemokraten setzen wir uns dafür ein, die **Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement** mit der Ausweitung der politischen Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung zu verbinden: Bürgerkongresse

und Planungszellen, Bürgerhaushalte oder Bürgerpanels tragen unserer Überzeugung nach dazu bei, Akzeptanz und Nachhaltigkeit von politischen Lösungen in den Kommunen zu verbessern. Deswegen ermutigen wir die Verantwortlichen vor Ort, diese Instrumente einzusetzen – im Sinne der Menschen in unserem Land. Mit der Kommunal- und Verwaltungsreform wollen wir die Bedingungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide verbessern und zugleich den Weg für neue Formen der Bürgerbeteiligung ebnen, die vor Ort auf eine frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und Dialog setzen.

In den vergangenen Jahren hat die Landesregierung die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement deutlich verbessert. So sind die Menschen in Rheinland-Pfalz bei der Ausübung ihres Ehrenamtes über das Land haftpflicht- und unfallversichert.

Wir Sozialdemokraten wollen das bürgerschaftliches Engagement weiter stärken. Dabei setzen wir auf eine Politik des Unterstützens und Förderns. Das bedeutet: Information und Beratung, Vernetzung und Dialog, Qualifizierung und Anerkennung. Unsere wichtigsten Partner hierbei sind Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine und Verbände, Initiativen und Bürgerstiftungen sowie natürlich die Kommunen. Dort engagieren sich Bürgerinnen und Bürger in vielfältiger Weise: im sozialen Bereich, im Naturschutz, bei der Pflege des Brauchtums, im Freizeitbereich, beispielsweise bei Anglern, vom Kleintierzuchtverein bis hin zu Schrebergärtnern. Sie alle erhalten unsere Unterstützung und die Unterstützung der sozialdemokratischen Landesregierung von Rheinland-Pfalz, um das große Potenzial des bürgerschaftlichen Engagements in unserem Land weiter zur Entfaltung zu bringen.

Kommunale Handlungsfähigkeit stärken

Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass die Belastungen der Kommunen durch die Bundesgesetzgebung berücksichtigt werden. Wir setzen uns für eine angemessene Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände ein, damit sie ihre Leistungsfähigkeit erhalten können. Starke Kommunen sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Mit der Reformagenda zur Verbesserung der kommunalen Finanzen ist die sozialdemokratische Landesregierung einen ersten wichtigen Schritt gegangen.

Die beispiellose Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu großen Einnahmeeinbrüchen bei den Kommunen und beim Land geführt. Der handlungsfähige Staat reagiert auf die durch den demographischen Wandel verursachten Veränderungen. Er investiert in Bildung und Ausbildung, Daseinsvorsorge, Gesundheitsversorgung und Sicherheit. Nur so kann eine gerechte Verteilung sichergestellt und können unsere Wirtschaftsstrukturen gestärkt werden. Die Voraussetzung dafür sind aber: Starke Kommunen.

Sozialdemokratische Politik, das ist Politik für eine **Verbesserung der Finanzlage der Kommunen**. Die Kommunen stehen vor noch nicht gekannten Finanzproblemen. Bedingt durch den Einbruch der Steuereinnahmen in 2009 und 2010, bedingt aber vor allem durch wachsende Aufgaben und Ausgaben, die vom Bund an die Kommunen übertragen werden, benötigen die Kommunen in Rheinland-Pfalz dringend neue finanzpolitische Perspektiven. Die Kommunen sind das Herzstück der Daseinsvorsorge in Rheinland-Pfalz!

Die Kommunen müssen in der Lage sein, die Daseinsvorsorge effizient und bürgerfreundlich zu organisieren. Wir treten für die Beibehaltung der **Gewerbsteuer** ein. Die Gewerbesteuer schafft nicht nur ein Interessenband zwischen den Kommunen und den ortsansässigen Unternehmen. Sie hat sich vielmehr als solide Finanzbasis der Kommunen erwiesen.

Während andere Länder die Zuweisungen an die Kommunen in dieser schwierigen Phase reduzieren, hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung mit der Kommunalen Reformagenda ein klares Signal für eine zukunftsfähige Finanzausstattung der Kommunen gegeben. Der „Beistandspakt“ in den Jahren von 2003 bis 2006 sowie der „Stabilisierungsfonds“ seit dem 1. Januar 2007 haben den Gemeinden und Gemeindeverbänden bis Ende 2007 im Wege der Vorfinanzierung rund 688 Millionen Euro mehr zukommen lassen. Kernstück unserer aktuellen Maßnahmen ist der **Kommunale Entschuldungsfonds**. Er dient der Konsolidierungshilfe. Verteilt

über 15 Jahre werden mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds 3,9 Mrd. Euro kommunaler Kassenkredite abgelöst. Der Kommunale Entschuldungsfonds ist eine gemeinsame Kraftanstrengung der SPD-Landesregierung mit den Kommunen. Ein Drittel des Entschuldungsvolumens trägt das Land, ein weiteres Drittel trägt die kommunale Solidargemeinschaft aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Ein Drittel trägt die jeweilige Kommune. Bei allem, was wir für die Kommunen tun: wir entwickeln es gemeinsam mit den Kommunen. In Rheinland-Pfalz gibt es kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander!

Ferner hat Rheinland-Pfalz vor Jahren schon das sogenannte Konnexitätsprinzip in die Landesverfassung eingefügt und im März 2006 durch ein bundesweit beispielhaftes Ausführungsgesetz kommunalfreundlich konkretisiert. Seitdem gilt: Wer bestellt, der bezahlt.

Wir setzen auf die **Stärkung der Kommunen**, denn sie sind die Wurzeln eines demokratischen Gemeinwesens und sichern die Beteiligung aller an dessen Gestaltung. Rheinland-Pfalz hat eine sehr feingliedrige Kommunalstruktur mit 2257 Ortsgemeinden. Hier sind die Bürgerinnen und Bürger verwurzelt, hier setzen sie sich in den kommunalen Räten, in Heimatvereinen und im Sport, in sozialen und kirchlichen Initiativen ein. Diesen Menschen, die sich mit großem persönlichem Engagement für die Gemeinschaft einsetzen, gebührt unser Respekt und unsere Anerkennung. Wir entwickeln unser Land gemeinsam mit ihnen weiter.

Durch die **Kommunal- und Verwaltungsreform** schafft die Landesregierung effiziente Strukturen, die den engen Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft sicherstellen werden. Die SPD hat 2006 eine Reform mit Augenmaß versprochen und ihr Versprechen gehalten. Die ersten Schritte bei der Aufgabenneuverteilung und der Reform der Verbandsgemeinden werden 2011 abgeschlossen. Die SPD wird die **Reform unserer Kommunalstrukturen mit Augenmaß** und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger fortsetzen. Es gilt, den Gestaltungsspielraum der Ortsgemeinden und der Kommunen insgesamt zu sichern.

Wir unterstützen die Arbeit der **Gleichstellungsbeauftragten** in den Kommunen und wollen ihre Arbeitsmöglichkeiten verbindlicher regeln. Wir wollen prüfen, wie der noch immer viel zu geringe Frauenanteil in den kommunalen Räten zu erhöhen ist.

Wir unterstützen mit unserer Politik die Kommunen bei der Umsetzung von **modernen Formen des Bürgerservices**. Zu nennen sind beispielhaft die Einrichtung von mobilen Bürgerbüros oder Serviceeinheiten, die die Bürgerinnen und Bürger zu Hause aufsuchen, die einheitliche Behördennummer 115, Außenstellen bzw. Bürgerbüros in den alten Rathäusern sowie Bürgersprechstunden vor Ort.

Solide Finanzen - Gestaltungsspielräume nutzen – Schulden abbauen

Das Land steht weiterhin vor großen finanzpolitischen Herausforderungen. Ein leistungsfähiger Staat stellt eine qualitativ hochwertige Infrastruktur und andere öffentliche Leistungen zur Verfügung; sorgt für sozialen Ausgleich; fördert die ökonomische und ökologische Modernisierung; und übernimmt eine aktive Rolle, wenn es der Stabilisierung der Märkte in Krisenzeiten bedarf. Wir wollen einen starken und handlungsfähigen Staat, der in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit investiert. Der starke Anstieg der Staatsverschuldung auch und gerade im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise stellt die künftige Handlungsfähigkeit des Staates in Frage. Die Zinszahlungen nehmen zu. Ein immer größerer Teil der Steuerzahlungen unserer Kinder und Enkel steht damit nicht mehr für wichtige gesellschaftliche Aufgaben wie Bildung, soziale Sicherheit und öffentliche Infrastruktur zur Verfügung. Hinzu treten Belastungen für den Landeshaushalt, die durch stark zunehmende Versorgungsausgaben in den kommenden Jahren zwangsläufig entstehen. Das Ziel, den Landeshaushalt nach den krisenbedingten Belastungen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, ist daher ein Gebot der Generationengerechtigkeit und stellt eine der wichtigsten Aufgaben für die Landespolitik in den kommenden Jahren dar.

Bereits mit der aktuellen **Finanzplanung** hat die SPD-geführte Landesregierung aufgezeigt, wie der strukturelle Haushaltsausgleich bis 2020 unter Berücksichtigung der politischen Schwerpunkte erreicht werden kann. Wir haben bereits vor der Wahl Klarheit geschaffen.

Mit dem Landeshaushalt 2011 hat die SPD-geführte Landesregierung ein deutliches Zeichen der Konsolidierung gesetzt. Die aktuellen Steuermehreinnahmen, die nicht an die Kommunen weiterzugeben sind, werden vollständig zur Konsolidierung eingesetzt.

Trotz der wirtschaftlichen Erholung bleibt festzuhalten, dass einige Akteure am Finanzmarkt durch eine marktradikale, nur auf den eigenen Vorteil bedachte Einstellung das Wirtschafts- und Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs geführt haben. Hunderte Milliarden Euro waren nötig, um das Finanzsystem zu stabilisieren und den Absturz der Konjunktur aufzuhalten. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die **Verursacher der Krise** auch an den Kosten beteiligt werden. Die derzeitige Politik von Schwarz-Gelb, vor allem den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Geringverdienern die finanziellen Folgen aufzuerlegen, lehnen wir ab.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass in Notsituationen nur ein starker und handlungsbereiter Staat in der Lage ist, schwierige Herausforderungen zu meistern. Obwohl Deutschland 2009 den stärksten Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise erlitten hat, hielten sich die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt in Grenzen. Einen wichtigen Beitrag dazu haben die zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten **konjunkturpolitischen Maßnahmen** geleistet. Rheinland-Pfalz hat durch seine schnelle und effiziente Umsetzung dieser Maßnahmen wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz auch in schwieriger Zeit bewiesen.

Das Ziel nachhaltiger öffentlicher Finanzen darf nicht ausgespielt werden gegen soziale Sicherheit und die Zukunftschancen des Landes. Es wird weiterhin einer Setzung politischer Schwerpunkte bedürfen, um die Zukunft des Landes erfolgreich zu gestalten. Bund, Länder und Kommunen müssen über ausreichende **Steuereinnahmen** verfügen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Deutschland hat schon jetzt eine der niedrigsten Steuerquoten unter den Industrienationen. Staatliche Leistungen gibt es nicht zum Nulltarif. Es ist vermeintlich populär, weitere Steuersenkungen zu fordern. Mit Gerechtigkeit hat dies aber nichts zu tun. Wer Steuersenkungen verspricht, muss entweder die Schulden erhöhen oder staatliche Leistungen einschränken. Wir wollen eine gerechte Lastenverteilung bei der Finanzierung staatlicher Aufgaben. Deshalb halten wir am Leistungsprinzip im Steuerrecht fest; starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Wir bekennen uns zur **Schuldenbremse**. Mittlerweile wurde diese in der Landesverfassung verankert. Das Ziel besteht darin, die strukturelle Neuverschuldung im Landeshaushalt bis zum Jahr 2020 schrittweise und konjunkturverträglich vollständig abzubauen. In konjunkturell schwierigen Zeiten dürfen auch dann noch weiterhin Kredite aufgenommen werden, um die wirtschaftliche Entwicklung nicht durch einen Entzug von Kaufkraft zusätzlich zu schwächen. Umgekehrt schreibt die neue Regel aber auch vor, dass in konjunkturell guten Zeiten Vorsorge für künftige Abschwünge getroffen wird – was bislang meist vergessen wurde. Für Krisensituationen wie Naturkatastrophen oder schwere Rezessionen gelten Sonderregelungen, die die Handlungsfähigkeit des Staates zur Bewältigung akuter Krisen auch in Zukunft sicherstellen.

8. Wir sind sozial, solidarisch und fair

Wir stehen für **soziale Gerechtigkeit**. Sie stärkt den Zusammenhalt in unserem Land und schafft zugleich gelebte Freiheit für möglichst viele Frauen und Männer.

Familie ist für uns da, wo Menschen partnerschaftlich Verantwortung füreinander übernehmen.

Das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu fördern, ist ein zentrales Ziel unserer **Familienpolitik**. Mit dem Landesgesetz zum **Schutz von Kindeswohl** und Kindergesundheit hat die sozialdemokratische Landesregierung dafür einen wichtigen Rahmen gesetzt.

Gesundheitsdienste und Jugendhilfe arbeiten überall im Land in bundesweit vorbildlicher Weise in lokalen Netzwerken zusammen.

Armut in einem reichen Land, wie es die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor ist, ist beschämend. Sie verhindert, dass sich die Freiheitsrechte für alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise entfalten. Deshalb wird die SPD Armut nicht hinnehmen, sondern weiter bekämpfen. Besonders bedrückend ist, dass stets die Kinder von Eltern mit geringem Einkommen am stärksten benachteiligt sind.

Es darf nicht sein, dass diese Kinder weniger Förderung und gesellschaftliche Teilhabe erfahren. Armut darf nicht dazu führen, dass den betroffenen Kindern eine altergemäße Entwicklung verschlossen bleibt. Wir stehen deshalb für kostenlose Bildung - von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule.

Kinderarmut ist Armut an Lebenschancen. Sie entsteht vor allem durch Arbeitslosigkeit der Eltern und durch Dumpinglöhne, für die Eltern arbeiten müssen. Hier will die SPD ansetzen und den Eltern helfen. Kinderarmut bedeutet aber auch, dass Kinder ausgegrenzt werden, sie haben zu selten Zugang zu Gemeinschaftsangeboten.

Für uns bedeutet **familienfreundliche Politik** auch eine **Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik**, die Unternehmen dafür gewinnt, sichere Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen aller Eltern und insbesondere von Alleinerziehenden besser gerecht werden. Die SPD und die sozialdemokratische Landesregierung werden diese Ziele zusammen mit den Personal- und Betriebsräten und den Gewerkschaften nachdrücklich weiterverfolgen.

Wir wollen die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern, und wir werden weiter darauf hinwirken, dass die noch bestehenden Nachteile beseitigt werden. In einem „Masterplan Gleichstellung“ werden wir darstellen, wie viel Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen Feldern der Landespolitik schon erreicht haben und was noch zu tun ist.

Wir werden alle nicht nur älter, wir bleiben auch länger gesund und aktiv. Das ist ein großer Gewinn für jede und jeden Einzelnen, und es ist eine Bereicherung für unsere ganze Gesellschaft. Wir treten ein für die **Solidarität zwischen den Generationen**.

Gutes Leben im Alter

Hierfür wollen wir die Infrastruktur und die Rahmenbedingungen schaffen. Deshalb wollen wir die **solidarische Alterssicherung** stärken und Selbstbestimmung und Teilhabe im Alter fördern. Wir werden die Bildung von Seniorenbeiräten weiter unterstützen und vorantreiben. Und wir stehen dafür, dass ältere Menschen im Beruf für ihr Erfahrungswissen die Anerkennung erfahren, die sie verdienen, und dafür, dass altersgerechte Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Wir wollen eine gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Rheinland-Pfalz, egal ob sie in der Stadt oder in ländlichen Regionen leben. Dazu gehört auch, dass die zunehmende Zahl älterer Menschen die für sie notwendigen medizinischen Leistungen einschließlich Rehabilitation erhält.

„Leben wie Alle – mittendrin von Anfang an“

Die SPD steht für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, für Teilhabe und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen.

Menschen mit Behinderungen sollen – wie alle anderen Menschen auch – mitten in unserer Gesellschaft leben können. Deshalb richten wir alle Angebote am Prinzip der Normalität aus: Das gilt für den Kindergarten, die Schule, die Ausbildung und den Beruf ebenso wie für das Wohnen, die Familie und die Freizeit. Die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen soll sich an ihren individuellen Bedürfnissen orientieren. Deshalb wollen wir auch bei der Finanzierung die Unterscheidung zwischen ambulanten und stationären Leistungen überwinden.

Wir setzen uns dafür ein, dass noch mehr Menschen mit Behinderung eine Chance auf dem **allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen**. Die erfolgreichen Sonderprogramme wird die sozialdemokratische Landesregierung deshalb fortführen. Den Übergang von der Schule in den Beruf werden wir rechtzeitig vor Schulende durch Integrationsfachdienste begleiten, so dass auch Menschen mit einer umfassenderen Behinderung eine Chance auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen und nicht automatisch in eine Werkstatt für behinderte Menschen kommen.

Auf Bundesebene werden wir – wie bisher – den Prozess der Reform der Eingliederungshilfe weiter aktiv vorantreiben. Unser Leitziel ist dabei der **personenzentrierte Ansatz**. Alle Leistungen müssen sich unabhängig vom Ort der Leistungserbringung **an den Bedürfnissen und an den Wünschen der behinderten Menschen** orientieren.

Rheinland-Pfalz ist Vorreiter bei der Umsetzung der **UN-Konvention** über die Rechte behinderter Menschen. Die Gleichstellung in allen Lebensbereichen ist etwas, woran wir weiter intensiv arbeiten. Von dem Selbstverständnis „Nichts über uns ohne uns“ geleitet, bezieht die Landesregierung schon seit Jahren die behinderten Menschen und ihre Organisationen in ihre Planungen mit ein.

Politik für und mit Menschen mit Behinderungen ist eine Querschnittsaufgabe. Eine ihrer Grundvoraussetzungen ist Barrierefreiheit im umfassenden Sinne. Bei neuen Vorhaben ist sie daher von vorneherein strikt zu beachten, in vorhandenen Strukturen ist sie nach wie vor bei allem, was wir tun, herzustellen.

Integration vor Ort leben

Wir wollen, dass **Integration von Menschen mit Migrationshintergrund** eine alltägliche Sache wird, die im Kindergarten, in der Schule, im Betrieb, in der Nachbarschaft stattfindet. Integration ist keine karitative Angelegenheit, sondern eine Aufgabe, die wir im Interesse aller Menschen in Rheinland-Pfalz angenommen haben.

Die SPD sieht in der **politischen Teilhabe** einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen der Integration. Nur wer anerkannt ist, **Rechte und Pflichten** hat, kann sich ins Arbeits- und Gemeinwesen einbringen und Verantwortung für sich und andere übernehmen. Mit einer Einbürgerungskampagne hat die SPD-geführte Landesregierung mit dazu beigetragen, dass wir eine der **höchsten Einbürgerungsquoten** in Deutschland haben. Mit den neuen **kommunalen Beiräten für Migration und Integration** haben wir die Partizipation von Migrantinnen und Migranten vor Ort erheblich gestärkt.

Eine **geringe Arbeitslosenquote** der Menschen mit Migrationshintergrund kommt nicht von ungefähr. Mit gezielten Arbeitsmarktprogrammen fördert die SPD-Regierung die **Integration in das Berufsleben und die Ausbildung** von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, darunter auch spezielle Angebote für Mädchen und junge Frauen.

Bei der Integration ins Berufsleben spielt insbesondere die Beseitigung der Barrieren (u.a. bürokratischer Natur) bei der **Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen** eine wichtige Rolle. Wir wollen uns für die Beseitigung solcher Barrieren einsetzen.

Mit der Aktionspartnerschaft „**Vorsprung durch Vielfalt**“ werden Unternehmen und Verwaltungen motiviert, die Potentiale der Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erkennen und zu nutzen. Diese Maßnahmen werden wir auf hohem Niveau fortführen.

Mit **umfassenden Programmen zu Sprachförderung**, der frühkindlichen Erziehung, der schulischen Begleitung und bei der Berufswahl werden wir Kindern von Einwandererfamilien den bestmöglichen Einstieg in unsere Gesellschaft anbieten. Dazu gehört auch, dass es Vorbilder mit Migrationshintergrund gibt, zum Beispiel als Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen, als Beamtinnen und Beamte bei der Polizei oder als Trainerinnen und Trainer im Sportverein gibt. Die Politik der SPD zielt darauf ab, solche positiven Vorbilder zu fördern.

Dazu wird eine SPD-geführte Landesregierung mit gezielten Personalentwicklungsmaßnahmen den Anteil der Migrantinnen und Migranten in der der Landesverwaltung erhöhen.

Außerdem wollen wir uns für **kultursensibilisierende Fortbildungsmaßnahmen**, vor allem in Bildungs- und Pflegeeinrichtungen, aber auch in behördlichen Einrichtungen, verstärkt einsetzen.

Wir wollen, dass junge Menschen sich nicht zwischen der deutschen und einer anderen **Staatsangehörigkeit** entscheiden müssen, um als Deutsche mit allen Rechten und Pflichten in Rheinland-Pfalz zu leben.

Wir wollen den **Dialog auf der religiös-kulturellen Ebene** stärken. Ein beziehungsloses Nebeneinander von verschiedenen Kulturen im Einwanderungsland Deutschland lehnen wir ab. Unsere Gesellschaft benötigt das gegenseitige Verständnis für kulturelle und religiöse Unterschiede, jedoch auch die Anerkennung der unverrückbaren Prinzipien von **Rechtsstaat und Demokratie**. Das gilt auch und besonders für die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir einen **festen regelmäßigen interkulturellen und interreligiösen Dialog** mit den in Rheinland-Pfalz vertretenden Religionen einführen.

Familienland Rheinland-Pfalz

Familien brauchen nicht nur finanzielle Förderung, sondern auch Angebote zur Beratung, Betreuung und Versorgung, also eine gute Infrastruktur: Diese Zusammenarbeit von Gesundheits- und Jugendhilfe wollen wir flächendeckend ausbauen, damit alle Kinder einen **guten Start ins Kinderleben** erhalten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt Kindern, die in prekären Lebensverhältnissen aufwachsen müssen. Gemeinsam mit ihren Eltern brauchen sie in besonderer Weise Bildung, Förderung und Unterstützung.

Unsere **Familienpolitik** setzt auf die Förderung der Familien von Anfang an. Mit dem Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ haben wir damit begonnen, Familienbildung, Schwangerenberatung, Ehe- und Familienberatung, Frauenärztinnen und -ärzte, Geburtskliniken und Hebammen miteinander zu vernetzen.

Die von der SPD gestellte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren viel in die **Infrastruktur** zur Förderung und zur Stärkung von Familien investiert. Dazu gehören der Ausbau der kostenlosen Betreuung für alle Kinder von Anfang an, der Aufbau und Ausbau der Ganztagschulen, neue Bildungsangebote, um alle Kinder möglichst gut individuell zu fördern. Dazu gehört aber auch der Aufbau und Ausbau von Pflegestützpunkten, die Familien bei der Sorge um pflegebedürftige Angehörige beraten und unterstützen.

Ein wesentliches Ziel unserer familienpolitischen Maßnahmen ist es, besonders Familien und Kinder in prekären Lebensverhältnissen zu erreichen. Wir wollen diese Menschen befähigen, diese Angebote auch für sich zu nutzen. Menschen zu befähigen, erfordert neue Instrumente und eine gute qualitativ hochwertige soziale Infrastruktur für Familien. So können **Kinder aus armen Familien den Weg aus der Armut schaffen**.

Die Häuser der Familie sind ein solcher Ort des Austauschs, der es den Menschen, die sie brauchen, leicht macht, Hilfe zu bekommen. Es gibt sie inzwischen in allen Kreisen und kreisfreien Städten unseres Landes. Sie führen familienfördernde und familienunterstützende Angebote unter

einem Dach zusammen. Sie helfen Familien dabei, für sie nützliche Angebote zu finden. Eine sozialdemokratische Regierung wird weitere **Häuser der Familien** schaffen und dazu bestehende Angebote von der Kindertagesstätte über die Familienbildungsstätte bis hin zum Bürger- und Seniorentreff nutzen.

Ein gutes Instrument für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur ist die verbindliche Vernetzung der unterschiedlichen **Angebote** für Familien. Familien sollen Bildung, Förderung, Beratung, Begleitung, Unterstützung und Hilfen möglichst dort erhalten, wo sie leben. Wir stärken die aufsuchende Arbeit bei den familienunterstützenden Maßnahmen.

Professionell geleitete Einrichtungen können das am besten erreichen, wenn sie eng mit bürgerschaftlich engagierten Frauen und Männern zusammenarbeiten, deren Kenntnisse und Fähigkeiten nutzen und unterstützen und von ihnen lernen.

Damit **Kinder aus armen Familien den Weg aus der Armut schaffen**, werden wir die schon heute hochwertige soziale Infrastruktur weiter verbessern. Diese Angebote sind auch ein wichtiger Beitrag dafür, dass Alleinerziehende, die meisten sind Frauen, die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen.

Familienfreundliche Politik ist auch im Interesse der Unternehmen, die in Zukunft noch stärker auf qualifizierte Kräfte angewiesen sein werden und deshalb darauf achten müssen, dass ihre Beschäftigten Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Die **Vereinbarkeit von Beruf und privatem Leben** ist längst kein Frauenthema mehr. Auch eine steigende Zahl von Männern hat das Bedürfnis, mehr Zeit für ihre Kinder zu haben.

Nur mit gutem Geld für Gute Arbeit, auch durch die Einführung von Mindestlöhnen, kann Ausgrenzung verhindert, kann Eltern und Kindern die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben möglich gemacht werden. Wir werden uns für gesetzliche Mindestlöhne einsetzen und gegen die Ausnutzung der Leiharbeit streiten.

Armut darf sich nicht verfestigen. Menschen, die in Armut geraten, brauchen ein breit gefächertes Beratungsangebot – von der Erziehungs-, Gesundheits-, Sucht- bis zur Schuldnerberatung. Sozialdemokratische Politik hat solche Angebote in Rheinland-Pfalz in den zurückliegenden Jahren geschaffen, nun arbeiten wir weiter daran, Netzwerke aufzubauen, die dazu beitragen, dass Menschen in Armut wieder ein auskömmliches Einkommen haben.

Wir haben mit unserer Familienpolitik die **Generationen im Blick**. Wir achten und unterstützen familiäre Bindungen, weil die Generationen aufeinander angewiesen sind.

Den Aktionsplan der Landesregierung „Gut leben im Alter“ wollen wir mit den Interessenvertretungen älterer Menschen und den Kommunen zu einem Landesaktionsplan weiterentwickeln. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen fördern, das selbstbestimmte Leben in der eigenen Wohnung möglichst bis zuletzt ermöglichen, die soziale Sicherheit ausbauen und die Älteren in ihrer Mobilität und Aktivität stärken.

Damit pflegebedürftige Menschen dort leben und versorgt werden können, wo sie wohnen, gibt es in Rheinland-Pfalz ein gut ausgebautes System von **Pflege- und Betreuungsangeboten**. Schon jetzt sind die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit Pflegestützpunkten so gut versorgt, wie in keinem anderen Bundesland. Doch auch das lässt sich noch verbessern, indem wir die Pflegestützpunkte mittelfristig zu Beratungszentren für alle Fragen machen, die im Zusammenhang mit Pflege und Behinderung zu klären sind.

Wir wollen die ambulante Pflege weiter stärken und treten dafür ein, dass auch Menschen mit Demenz in die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung einbezogen werden. Deshalb werden wir darauf dringen, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff endlich Eingang in die Pflegeversicherung findet und demente Menschen so bessere Leistungen erhalten.

Mit der weiteren Stärkung der Hospizarbeit und der Palliativmedizin wollen wir allen Menschen ein gutes und selbstbestimmtes Leben bis zuletzt ermöglichen.

Gute Gesundheitsversorgung im ganzen Land

Gesundheit muss für alle bezahlbar sein. Wir treten deshalb weiter dafür ein, dass die gesetzliche Krankenversicherung auch in Zukunft zu gleichen Teilen aus Beiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert wird und aus einem wachsenden Teil von Steuermitteln. Die solidarische Finanzierung, die sich an der unterschiedlichen finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen orientiert, muss das finanzielle Fundament unseres Gesundheitswesens bleiben. Mit einer Bürgerversicherung wird sichergestellt, dass starke Schultern wieder mehr tragen als schwache. Es müssen alle Einkommensarten bei der Festlegung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung berücksichtigt werden.

Die stärkere Belastung geringerer Einkommen durch eine Kopfpauschale lehnen wir ab.

Das Sachleistungsprinzip muss erhalten bleiben, und jede Patientin und jeder Patient muss den gleichen Zugang zum Gesundheitssystem und seinen Leistungen haben, unabhängig von seinem Einkommen. Wir lehnen daher auch eine Einführung der Vorkassen bzw. von Kostenerstattungsmodellen ab.

Wir stehen für eine umfassende **medizinische Versorgung** in den Kommunen. Wohnortnahe, leistungsfähige Krankenhäuser für die Grund- und Regelversorgung sichern eine optimale Versorgung. Mit dem neuen Krankenhausplan zeigen wir, dass das auch in der Fläche möglich ist. Wir unterstützen die Zusammenarbeit der Krankenhäuser durch Verbände, um die Leistungsfähigkeit der Kliniken im Interesse einer wohnortnahen stationären Versorgung zu sichern. Gleichzeitig wissen wir, dass die immer noch zu starren Grenzen zwischen Krankenhäusern auf der einen Seite und niedergelassenen Ärzten auf der anderen Seite durchlässiger gemacht werden müssen.

Gute hausärztliche und fachärztliche Versorgung in allen Regionen des Landes kann nur mit qualifizierten und motivierten Ärztinnen und Ärzten gesichert sein. Zur Entlastung der Ärztinnen und Ärzte in den Praxen, Arzthäusern, Medizinischen Versorgungszentren und Krankenhäusern müssen bestimmte Aufgaben von den Ärzten auf hierfür qualifiziertes Pflege- und Praxispersonal delegiert werden können. Auf diese Weise gewinnen die Ärztinnen und Ärzte auch wieder mehr Zeit für das Gespräch mit ihren Patientinnen und Patienten.

Auch die Möglichkeiten der Telemedizin und der elektronischen Patientenakte müssen in den Praxen und Krankenhäusern unseres Landes genutzt werden, um u.a. Doppeluntersuchungen zu vermeiden. Dabei ist allergrößter Wert auf einen umfassenden Datenschutz zu legen.

Damit der Generationenwechsel vor allem in den hausärztlichen Praxen im ländlichen Raum gelingt, muss die Kassenärztliche Vereinigung (KV) als verantwortliche Organisation eng mit den ärztlichen Verbänden, dem Land, den Städten, den Kreisen und den Gemeinden zusammenarbeiten. Dazu hat die sozialdemokratische Landesregierung in Umsetzung des gemeinsam entwickelten Masterplans schon vieles angestoßen: Die Einrichtung eines Internetportals zur Information über und Werbung für den Hausarztberuf; eine Nachwuchsinitiative der Kassenärztlichen Vereinigung und der Landesärztekammer; Wiedereinstiegskurse und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen; Ausbau der Niederlassungsberatungen durch die KV; neue Auswahlverfahren für das Medizinstudium; Stipendienprogramme und eine verbesserte Weiterbildungsförderung und vieles mehr. Wir wollen speziell für ländliche Regionen die Nachwuchsförderung verstärken und Anreizsysteme entwickeln.

Wir werden auch in Zukunft dafür eintreten, dass auf der Bundesebene die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die **ärztliche Versorgung im ländlichen Raum** zu sichern.

Mit der **Umsetzung des Geriatriekonzeptes** werden wir die ambulanten, akutstationären und rehabilitativen Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Wir stehen für die gleichwertige Versorgung psychisch kranker Menschen mit anderen Erkrankten. Deshalb werden wir die **Psychiatriereform** fortsetzen.

Es sind alle Möglichkeiten zu nutzen, über das Thema der lebensrettenden **Organspende** aufzuklären und für die Bereitschaft zu einer Organspende zu werben.

9. Wir gestalten Heimat

Rheinland-Pfalz ist eine **liebenswürdige Region im Herzen Europas**. Heimat bedeutet Wurzeln zu haben, vertraut zu sein, zu wissen, wo man zuhause ist. Heimat ist Ort und Raum für Freunde und Familie. Rheinland-Pfalz ist ein Land, das voller Kultur ist. Es ist geprägt von den Schönheiten und der Vielfalt seiner **Landschaften** und einer jahrhundertealten Tradition. In unserem Land engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich und stützen damit unsere Gesellschaft. Das Miteinander und die große Solidarität zeichnen die Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler aus. Das ist unser Lebensgefühl.

Rheinland-Pfalz: ein Land voller Kultur

Mit seinen über 500 Burgen und Schlössern, den **Weltkulturerbestätten** Oberes Mittelrheintal, römisches Trier, Speyerer Dom und Römischer Limes, zahllosen regionalen und örtlichen Kulturinitiativen, der freien Szene, der öffentlichen und freien Theater, der Musik- und Konzertszene ist das Land besonders attraktiv. Wir stehen für den Erhalt der Vielfalt der Angebote.

Wir bekennen uns zur **politischen Aufgabe der Kulturförderung**. Unsere Kulturlandschaften bieten die Möglichkeit zum gemeinschaftlichen Leben und Entspannen. Daher ist es so wichtig, dass wir die ländlichen Räume in ihrer Vielfalt erhalten. Landwirtschaft und Weinbau prägen Rheinland-Pfalz, die Menschen, die Kultur seiner Regionen und ihre Wirtschaftskraft in besonderem Maße.

Kultur ist, wie man lebt

Wir Sozialdemokraten wollen eine **demokratische Kultur und kulturelle Demokratie**; Teilhabe an der Kultur ist ein Menschenrecht. Unser reiches kulturelles Erbe, die vielfältigen Ausprägungen zeitgenössischer Kunst und alle Formen kultureller Bildung sollen für alle zugänglich sein und von möglichst vielen mit gestaltet werden. Kultur hilft in unserer **Gesellschaft Gemeinschaft** zu bilden, sie hält und fügt zusammen; sie schafft Lebensqualität. Die finanzielle Förderung des kulturellen Schaffens ist eine lohnende Investition in die Zukunft unseres Gemeinwesens.

Kulturpolitik ist eine Aufgabe von **Bund, Land und Kommunen** – und der Zivilgesellschaft, die von bürgerschaftlichem Engagement geprägt ist. In Rheinland-Pfalz ist es – auch mit Hilfe von **Stiftungen** – gelungen, das kulturelle Angebot auszubauen; dabei haben sich Mäzene und Sponsoren beteiligt, die Kunstsinn und Bürgersinn zeigen. Landesregierung und Kommunen sind bei kulturellen Projekten in vielfältiger Weise verbunden. Kulturelle Initiativen haben schon früh überkommene Verwaltungsstrukturen überwunden und regionale Identität gestiftet. Mit dem Auf- und Ausbau von **Jugendkunstschulen** unterstützen wir flächendeckend Angebote im künstlerisch-gestalterischen Bereich und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung.

Kultur ist auch ein **ökonomischer Faktor**. Rund 30.000 Menschen sind in der rheinland-pfälzischen **Kultur- und Kreativwirtschaft** in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Sie erwirtschaften rund 3,3 Milliarden Euro Umsatz. Hier ist eine Steigerung in den nächsten Jahren möglich, denn wir haben die kulturelle Infrastruktur in unserem Land enorm verbessert. Es ist uns aber auch bewusst, dass viele Kulturschaffende nur über geringe Einkommen verfügen. Kulturförderung ist auch dringend notwendige Hilfe. Mit einer neuen **Landesstiftung für Künstlerinnen und Künstler**, die in Not geraten, wollen wir künftig helfen.

Wir wollen, dass junge Künstlerinnen und Künstler im Land gute Möglichkeiten für ihre Arbeit haben und im Land bleiben können, wenn sie wollen. Sie sollen besser gefördert werden. „**Junge Kunst**“ soll zu einem Begriff werden, der mit Rheinland-Pfalz verbunden wird. Die Jugendkultur, die Freie Szene und soziokulturelle Initiativen sollen finanziell besser gestellt werden. Wir wollen die kulturelle Bildung im **schulischen und außerschulischen Bereich** stärken, um damit auch

der kulturellen und sozialen Spaltung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Kulturelle Bildung soll Pflichtaufgabe aller staatlich geförderten Kultureinrichtungen werden.

Wir sichern unser kulturelles Erbe und öffnen weiter historische Bauwerke für neue Nutzungen. Dafür hat die neue Generaldirektion Kulturelles Erbe viel getan. Künftig wollen wir stärker auch Denkmäler der Industriekultur als kulturelles Erbe wahren.

Das jüdische Erbe in den SchUM-Städten und die Dome in Mainz und Worms sollen als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt werden. Darüber hinaus werden wir uns für die Anerkennung weiterer herausragender Kulturdenkmäler und Landschaften einsetzen.

Das Hambacher Schloss, ein Monument unserer Demokratie-Geschichte, wird zu einem internationalen Zentrum für Tagungen, Seminare aber auch für Konzerte gestaltet. Rheinland-pfälzische Museen haben heute – nach vielen notwendigen Baumaßnahmen – einen internationalen Standard. Die Landesmuseen und das Arp Museum werden mit großen Ausstellungen ein erweitertes Angebot für das Publikum bieten. Viele Häuser der Kultur bereichern das Leben vor Ort.

Wir wollen den Dialog der Künste, der Wissenschaft und der Medien fördern. Ein Beispiel wird das Thema „Barock“ sein, für diese Epoche gibt es in unserem Land herausragende Baudenkmäler. In einer großen Barockausstellung, verbunden mit Konzertreihen und wissenschaftlichen Projekten, wird diese bedeutende Epoche präsentiert – auch als Beitrag zur kulturellen Bildung.

Der Kultursommer bleibt das landesweite Angebot, vor allem auch für die kleineren Städte und Gemeinden. Das Programm muss sich immer wieder erneuern. Wir setzen hier auch künftig auf die Freie Szene und ihre Kreativität.

Rheinland-Pfalz hat rund 80 Kultur-Festivals, vom Land, von Kommunen und privat organisiert. Diese Vielfalt gilt es zu erhalten – aber besser zu bewerben, um größere Aufmerksamkeit auch über die Landesgrenzen hinaus zu erreichen.

Wir schätzen die Arbeit der **Theater, Orchester, Museen** im Land. Sie leisten insbesondere gute pädagogische Arbeit. Die Kinder, das Publikum von morgen, und die jungen Familien sollen Kultur erleben und erfahren – zu günstigen Eintrittspreisen.

Jung sein in Rheinland-Pfalz

Die unterschiedlichen, mal ländlich, mal städtisch geprägten Regionen **bieten jungen Menschen viel. Ausbildungsplätze und Studienplätze** finden sich dank der Politik der SPD nicht nur in Ballungszentren, sondern in allen Regionen des Landes. **Festivals und große Musikveranstaltungen** auch an ungewöhnlichen Orten begeistern regelmäßig tausende junge Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet und unseren europäischen Nachbarländern. Wo sonst kann man in einer ehemaligen Raketenstation oder auf einem Formel-Eins-Kurs rocken?

Vereine, alle Bereiche des Ehrenamts und **starke, attraktive Jugendorganisationen** werden vom Land gefördert und unterstützt. Die **Juleica** ist hier nur ein Beispiel von vielen, wie junge Menschen von ehrenamtlicher Tätigkeit in Rheinland-Pfalz profitieren. Die **Jugendleiter/in-Card** ist der bundesweit einheitliche Ausweis für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit. Sie dient zur Legitimation und als Qualifikationsnachweis. Zusätzlich soll die Juleica auch die gesellschaftliche Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement zum Ausdruck bringen. Die Attraktivität der Juleica werden wir konsequent fördern und ausbauen.

Sportpolitik ist Gesellschaftspolitik

Sport ist wichtiger Bestandteil unseres **kulturellen und sozialen Lebens**. Sport schenkt Lebensfreude. Sport bietet allen Altersgruppen Raum zur persönlichen Verwirklichung und

Entfaltung. Kurzum: **Sport tut allen gut!** Fairness, Regeln, Leistung, Zusammenhalt - unsere Gesellschaft braucht den Sport und seine positiven Wirkungen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat die Sportstätteninvestitionen auf **hohem Niveau gehalten**. Sie hat viele rheinland-pfälzische **Schwimmbäder** instandgesetzt. Mit der Förderung des Projekts „**Sport und Sprache**“, mit dem deutsche und muslimische Frauen am Schwimm- und Sprachunterricht teilnehmen, hat die sozialdemokratische Landesregierung ein bundesweit viel beachtetes Pilotprojekt unterstützt. Das Miteinander der 1,5 Millionen Menschen in den rund 6300 rheinland-pfälzischen Sportvereinen hält die Gesellschaft zusammen. Moderne Sporteinrichtungen tragen entscheidend zur Lebensqualität in Dörfern und Städten bei. Vor diesem Hintergrund waren und sind wir Sozialdemokraten auch zukünftig **verlässlicher Partner des Sports**.

Respekt und Fair Play lernt man im Sport. Er stärkt das Gerechtigkeitsempfinden, fördert Verantwortungsbereitschaft und Toleranz und ist unerlässlich für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen hin zu einem gesunden Selbstwertgefühl. Er leistet einen positiven Beitrag zur **Gesundheit**, schafft **soziale Kontakte** und **verbindet Kulturen**. Sport leistet einen positiven Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten und bietet Kindern mit schwierigen Startbedingungen Chancen zu einem selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Leben.

Sportangebote müssen für alle da sein, Sporteinrichtungen müssen möglichst **allen offen stehen**. Dies ist Basis sozialdemokratischer Sportpolitik. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für eine zielgerichtete Förderung des Sportes ein, die seiner Bedeutung für unser Gemeinwesen in all seinen Facetten – der Sozial-, Jugend-, Familien- und Gesundheitspolitik – Rechnung trägt.

Unsere Vorhaben:

- Wir werden die Sportbünde und Vereine im Land auch zukünftig auf hohem Niveau fördern und unterstützen. Wir werden die hohen Investitionen in unsere Sportstätten fortführen.
- Wir werden die hohe Qualität unserer Bäderlandschaft sichern.
- Wir wollen ein Sonderprogramm zur Errichtung von ganzjährig beispielbaren **Kunstrasenplätzen** auf den Weg bringen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche nicht aufgrund der materiellen Möglichkeiten ihrer Eltern vom Sporttreiben ausgeschlossen werden. **Bezuschussung oder Beitragsfreiheit für Kinder** aus finanziell schwächeren Familien kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.
- Breiten- und Spitzensport sind bei uns eng verzahnt. In gleicher Weise unterstützen wir den Nachwuchsleistungssport. Mit dem „**Team Rheinland-Pfalz**“ wollen wir zusätzlich unsere Spitzensportlerinnen und Spitzensportler bestmöglich auf die **Olympischen und Paralympischen Spiele** vorbereiten. Wir setzen die Förderung des Behindertensports konsequent fort.

Heimat mit Zukunft

In **2257 Ortsgemeinden** finden die Menschen **Heimat** und **Identität**. Wir setzen uns für **lebens- und liebenswerte Kommunen** in ganz Rheinland-Pfalz ein. In Rheinland-Pfalz leben und arbeiten die Menschen gerne. Das soll auch in Zukunft so bleiben. **Zukunftsgerichtete Arbeitsplätze** gehören für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ebenso dazu wie eine **gesunde Umwelt**, die **Solidarität** mit den sozial Schwächeren und viele **Entwicklungschancen** für Kinder und Jugendliche. Und wir wissen: Die **Kreativität der älteren Menschen** ist eine wichtige Bereicherung der Gesellschaft, ebenso wie die vielen **Erfahrungen der Menschen mit Migrationshintergrund**, die in Rheinland-Pfalz leben.

Heimat zu sichern bedeutet, die **Handlungsfähigkeit der Kommunen** zu erhalten und sie in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Eine lebens- und liebenswerte Heimat setzt **starke Kommunen** voraus, die die öffentliche Infrastruktur und die Daseinsvorsorge sicherstellen. Hierzu gehört für uns auch eine ausreichende Unterstützung der Kommunen im Rahmen der Städtebauförderung. Wir bekennen uns zur gemeinsamen Aufgabe, die Attraktivität und Lebensqualität unserer Kommunen zu wahren, und fordern daher die Bundesregierung auf, ihre einseitigen Mittelkürzungen im Bereich der Städtebauförderung insbesondere in der "**Sozialen Stadt**" zurückzunehmen.

Wir werden unsere bewährte **Förderung des sozialen Wohnungsbaus** in Rheinland-Pfalz fortsetzen und den jeweiligen aktuellen Erfordernissen anpassen. Wir wenden uns gegen jeden Versuch seitens der schwarz-gelben Bundesregierung, das **Mietrecht** zum Nachteil der Mieter anzugreifen. Wie in anderen Fragen setzen wir hier auf die erprobte Kooperation mit dem Deutschen Mieterschutzbund.

Heimat zu sichern bedeutet auch, für wirtschaftlich schwache Regionen da zu sein und nachhaltige Strukturpolitik zu betreiben. Dafür stehen viele erfolgreiche Projekte in den Regionen des Landes: Hochschulen und außeruniversitäre Forschungsinstitute, die Flughäfen Hahn und Zweibrücken, das Arp-Museum in Remagen, die Bundesgartenschau in Koblenz und die Landesgartenschauen. Dazu gehört auch der Nürburgring. Er sichert Arbeitsplätze und schafft Perspektiven für die Region. Dabei einen langen Atem zu haben, aber auch Fehlentwicklungen zu korrigieren, zeichnet verantwortungsvolle Politik für ein starkes Rheinland-Pfalz aus.

Leben auf dem Land – gut versorgt und mobil

Der demographische Wandel ist zuerst in den **kleinen Dörfern** zu spüren. Weniger junge und mehr ältere Menschen stellen die Aktiven in Dörfern und Städten vor neue Probleme. Besonders wichtig ist dabei, dass die Menschen vor Ort weiterhin die Initiative ergreifen und sich in und für ihre Gemeinde engagieren.

Damit Leben auf dem Land auch in Zukunft lebenswert bleibt, unterstützen wir gezielt die ländlichen Räume. Zahlreiche Förderprogramme und Initiativen helfen, den Bedürfnissen der Menschen vor Ort gerecht zu werden.

Mit **zukunftsweisenden Verkehrsprojekten** sichern wir die Konkurrenzfähigkeit des ländlichen Raums. Mit **aktiver Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik** stärkt die Landesregierung die Qualifikationen und Fähigkeiten der Arbeitskräfte vor Ort und reduziert die Arbeitslosigkeit in den Regionen. **Moderne Arbeitszeit- und Arbeitsorganisationsmodelle** sowie gute, faire Arbeitsbedingungen sichern die Beschäftigungschancen- und -möglichkeiten auch im ländlichen Raum.

Im ländlichen Raum ist das Auto weiter der Verkehrsträger Nummer 1. Deshalb wird sich eine SPD-Landesregierung für den **Erhalt und Ausbau der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen** einsetzen. Der **Rheinland-Pfalz-Takt** wird ausgebaut und fortgeführt. Doch es muss in Zukunft in den ländlichen Räumen auch möglich sein, regelmäßig ohne Auto mobil zu sein. Mit dem Modellprojekt „**Bürgerbus**“ setzt die SPD-geführte Landesregierung auf individuelle und ehrenamtlich organisierte Verkehre.

Mit der **Breitbandinitiative** wird das Land die Anschlussqualität in Rheinland-Pfalz weiter verbessern. **Kommunale Initiativen** werden unterstützt, so dass auch im ländlichen Raum in Zukunft jeder online sein kann.

Auch wenn die Schülerzahl immer weiter abnimmt, sollen **Kindergärten und Schulen** möglichst vor Ort erhalten bleiben. Mittelfristig werden Kindertagesstätten für familienorientierte Angebote geöffnet und können sich zu **Familienzentren** weiterentwickeln.

Die SPD will durch positive Rahmenbedingungen für die ärztliche Tätigkeit mehr Nachwuchsärztinnen und -ärzte für die **Allgemeinmedizin** auf dem Land gewinnen. Für medizinische Notfälle wird der **Rettungsdienst** auch weiterhin flächendeckend vorhanden bleiben.

Daheim alt werden ist der größte Wunsch der älteren Menschen:

- Pflegestützpunkte, ambulante Pflegedienste und unterstützende Angebote beim Wohnen sichern die **Pflege** in den Dörfern und Kleinstädten.
- Dörfer und Kleinstädte sollen **barrierefrei** gestaltet werden.
- Ein **Hilfe-Mix** aus beruflich in der Pflege oder Unterstützung Tätigen und bürgerschaftlich engagierten Menschen soll aufgebaut werden.

Wir wollen die **Dorfzentren** erhalten. Mit dem Projekt „M-Punkt Rheinland-Pfalz“ bekommen **Dorfläden** oder Kommunen, die einen Dorfladen gründen wollen, eine umfassende Beratung geboten.

Die SPD will, dass Dorfläden – sofern es die Betreiber wünschen – als „**Dorfkernzentren**“ auch noch zusätzliche Angebote machen können und wird solche Überlegungen unterstützen. Zum Beispiel wöchentliche Sprechstunden von Ärzten, Verwaltung oder Rentenstelle sind denkbar. Außerdem müssen „**Bring-Strukturen**“ weiterhin eine angemessene Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sichern und dazu ausgebaut werden. D.h. die Leistungen sollen zu den Menschen gebracht werden. Dazu wird eine SPD-geführte Landesregierung die enge Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und besonders den lokalen Einzelhandelsunternehmen unterstützen und gegebenenfalls finanziell fördern.

Die SPD will die Gemeinden bei der Entwicklung von Antworten auf die Folgen des demographischen Wandels unterstützen. Dazu soll ein neuer einheitlicher Ansprechpartner geschaffen werden, an den sich Kommunen mit allen Fragen zur Konzeptentwicklung, Beantragung von Fördermitteln etc. wenden können. Dies ist ein zeitgemäßer Service für Kommunen und ihre haupt- und ehrenamtlich Engagierten.

Politik für Deutschland und Europa

Zu unserem Verständnis von Heimat gehört es auch, dass wir ein gutes Verhältnis zu unseren **europäischen Nachbarn** pflegen und für ein demokratisches und soziales **Europa** eintreten. Wir wissen, dass Entscheidungen der Europäischen Union immer mehr Einfluss auf die Politik in Rheinland-Pfalz nehmen werden. Deshalb setzt sich die SPD für ein **starkes Rheinland-Pfalz** und starke Regionen in Europa ein. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in Europa besser an den Entscheidungsprozessen beteiligen und ermutigen sie, vom Recht des europäischen **Bürgerbegehrens** Gebrauch zu machen. Wegen der geltenden Kompetenz- und Aufgabenverteilung zwischen Land, Bund und EU lassen sich viele unserer politischen Ziele auf landespolitischer Ebene nicht oder nicht allein erreichen. Deshalb ist eine aktive Mitwirkung im Bund und in der Europäischen Union zur Umsetzung unserer landespolitischen Ziele unumgänglich. In der Vergangenheit hat die sozialdemokratische Landesregierung zahlreiche Initiativen im Bundesrat eingebracht. Damit wurden u.a. in den Bereichen Bildung, Mindestlohn, Umwelt- und Datenschutz, Kinderbetreuung und gerechteres Steuersystem wichtige Impulse gegeben. Wir wollen auch künftig dafür sorgen, dass eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung im Bund für sozial gerechte und nachhaltige Politikkonzepte eintritt.

Auch in der EU werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns mit Nachdruck für unsere politischen Ziele einsetzen. Durch die Mitwirkung im Bundesrat nehmen wir Einfluss auf die deutsche Position in Europafragen. Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler arbeiten seit seiner Gründung 1994 erfolgreich im Ausschuss der Regionen mit Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern und Regionen sowie den Städten und den Gemeinden aus den 27 EU-

Staaten zusammen. Damit ist das Land in vielfacher Weise am Entscheidungsprozess der Europäischen Union beteiligt. Der Vertrag von Lissabon hat dafür den Weg geöffnet.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die EU eine soziale und nachhaltige Politik verfolgt. Der europäische Binnenmarkt muss den Rahmen bieten zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer zukunftsorientierter Arbeitsplätze. Lohn- und Sozialdumping darf es in der EU nicht geben. Im Gegenteil setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns dafür ein, dass ein Mindestlohn, der heute bereits in 20 der 27 EU-Staaten gilt, EU-weit verankert wird.

Wir setzen uns für einen starken Euro ein. Auch dazu brauchen wir eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte. Wir wollen die Finanzmarkttransaktionssteuer und eine öffentlich-rechtliche europäische Ratingagentur. Es darf nicht dabei bleiben, dass die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in erster Linie von den „kleinen Leuten“ getragen werden.

Die Generation unserer Großväter und Großmütter hat noch die schrecklichen Auswirkungen europäischer Kriege erlebt. Kriege in Europa darf es nie wieder geben. Wir stehen für ein **friedliches Miteinander** in Europa. Auch deshalb stehen wir zur Präsenz der Amerikaner im Land. Wir pflegen unsere Partnerschaft mit South Carolina. Wir leisten unseren Beitrag zum guten Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarn. Dabei ist es uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtig, dass die **positiven Auswirkungen** der europäischen Zusammenarbeit für die Menschen direkt erfahrbar sind. Wir pflegen die Partnerschaften mit Burgund, Oppeln und Mittelböhmen. Vor allem im unmittelbaren Grenzgebiet zum Elsass, zu Lothringen, Belgien, Luxemburg und der Schweiz sind die vielfältigen Vorteile des Zusammenwachsens Europas deutlich erkennbar. Denn **attraktive Arbeitsplätze** jenseits der Grenzen bieten vielen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern wie auch unseren Nachbarn neue berufliche Chancen. Hinzu kommen positive wirtschaftliche Perspektiven für Handwerk und Unternehmen durch den Zugang zu neuen Märkten im **Europa ohne Grenzen**.

Als Region im Herzen Europas stehen wir für Toleranz und Weltoffenheit. Unser Land ist in den vergangenen Jahrzehnten durch **Zuwanderung** bunter und vielfältiger geworden. Das geht nicht ohne Probleme, aber die Chancen für uns alle sind weitaus größer. Gemeinsam mit den Verbänden der **Migrantinnen und Migranten** entwickelt die Landesregierung verschiedenste Unterstützungs- und Partizipationsangebote. In den Kommunen sind sie mit eigenen Beiräten an der Gestaltung der Lebensbereiche beteiligt. Diesen Weg des Dialogs und der Kooperation werden wir weiter gehen.

Gleichstellung von Lesben und Schwulen

Die SPD setzt sich für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz ein, das Ausgrenzung, Diskriminierung und Homophobie aktiv bekämpft. Das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz gelten für alle Menschen, die hier leben, in gleicher Weise und ohne Einschränkungen. Die SPD Rheinland-Pfalz setzt sich auf Bundesebene für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben ein. Wir sagen ganz klar: Die Unterschiedlichkeit verschiedener Lebensformen ist eine Bereicherung unseres Zusammenlebens, keine Bedrohung.

Solidarisch und fair in der Weltgemeinschaft

Solidarisch sind wir auch, wenn es um die enormen Herausforderungen geht, vor denen die Weltgemeinschaft heute steht: Armut, Hunger, Bildungsnotstand und Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern. Unser entwicklungspolitischer Ansatz zielt auf eine gerechtere und lebenswertere Welt für alle. Wir wollen eine noch **engere Vernetzung** aller im Land im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Akteure, Organisationen und Initiativen. Die SPD bekennt sich zu den **Millenniumszielen** der Vereinten Nationen. Die Verwirklichung der **Menschenrechte** ist ein unveräußerlicher Bestandteil unserer Politik.

Schon seit fast 30 Jahren pflegen wir die erfolgreiche **Graswurzelpartnerschaft** mit den Menschen in Ruanda. Dank des großen Engagements der vielen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer lebt diese besondere Form der Entwicklungshilfe. Ihre Stärke ist die Begegnung zwischen den Menschen. Sie führt zu gezielten und direkten Hilfen vor Ort.

Wir wollen diese Partnerschaft erfolgreich weiterführen und den demokratischen Prozess in Ruanda stärken.

Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit Fujian (China). Diese Partnerschaften bleiben ebenso wie die innereuropäischen ein unverzichtbarer Bestandteil der internationalen Beziehungen und eine kulturelle Bereicherung für unser Land.

10. Menschlich und kompetent: Die SPD in Rheinland-Pfalz.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen unsere erfolgreiche Arbeit für die Zukunft des Landes fortsetzen. Die Politik der letzten Jahre spricht für uns. Sie können sich auf uns verlassen: Wir halten, was wir versprechen! Beim Erreichten bleiben wir nicht stehen. Es ist uns Ansporn, die Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen. Wir stehen für Zukunftsfreude und Zuversicht: Ein leistungsfähiges Team mit Ministerpräsident Kurt Beck und starken Frauen und Männern.

Wir bitten um Ihr Vertrauen für die kommenden fünf Jahre.

Für Kurt Beck und die SPD.

Auf gutem Kurs, Rheinland-Pfalz!

Programmkommission

Leiter der Programmkommission:

Martin Stadelmaier

Mitglieder:

Heinz Abrath
Doris Ahnen, MdL
Dr. Agnes Allroggen-Bedel
Erik Babucke
Dr. Heinz Georg Bamberger
Iris Bauer
Dr. Hans-Ulrich Bieler
Christoph Charlier
Margit Conrad, MdL
Peter Wilhelm Dröscher, MdL
Michael Ebling
Christoph Habermann
Jochen Hartloff, MdL
Michael Hartmann, MdB
Hendrik Hering, MdL
Clemens Hoch, MdL
Klaus Jensen
Alfred Klingel
David Langner, MdL
Roger Lewentz
Fabian Löffler
Dr. Rüdiger Messal
Dietmar Muscheid
Heike Raab, MdL
Beate Reich
Michael Reitzel
Barbara Schleicher-Rothmund,
MdL
Dr. Otto Schmuck
Alexander Schweitzer
Daniel Stich
Stephan Wilhelm
Bettina Winter

Büro und Kontakt:
SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz
Klarastraße 15 a
55116 Mainz
Tel.: 06131-27061-10
Fax: 06131-27061-27
lv.rheinland-pfalz@spd.de